

BUNDESSTEUERBLATT

2000 / Nr. 5

Bundesministerium der Finanzen

Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Betriebsprüfung - Betriebsprüfungsordnung - (BpO 2000)

Vom 15. März 2000

Nach Artikel 108 Abs. 7 des Grundgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende allgemeine Verwaltungsvorschrift erlassen:

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Anwendungsbereich der Betriebsprüfungsordnung

§ 2 Aufgaben der Betriebsprüfungsstellen

§ 3 Größenklassen

II. Durchführung der Außenprüfung

§ 4 Umfang der Außenprüfung

§ 5 Anordnung der Außenprüfung

§ 6 Ort der Außenprüfung

§ 7 Prüfungsgrundsätze

§ 8 Mitwirkungspflichten

§ 9 Kontrollmitteilungen

§ 10 Verdacht einer Steuerstraftat oder -ordnungswidrigkeit

§ 11 Schlussbesprechung

§ 12 Prüfungsbericht und Auswertung der Prüfungsfeststellungen

III. Außenprüfung von Konzernen und sonstigen zusammenhängenden Unternehmen

§ 13 Konzernprüfung

§ 14 Leitung der Konzernprüfung

§ 15 Einleitung der Konzernprüfung

§ 16 Richtlinien zur Durchführung der Konzernprüfung

§ 17 Abstimmung und Freigabe der Konzernprüfungsberichte

§ 18 Außenprüfung bei sonstigen zusammenhängenden Unternehmen

§ 19 Außenprüfung bei international verbundenen Unternehmen

IV. Mitwirkung des Bundes an Außenprüfungen der Landesfinanzbehörden

§ 20 Art der Mitwirkung

§ 21 Auswahl der Betriebe und Unterrichtung über die vorgesehene Mitwirkung

- §
22 Mitwirkung durch Prüfungstätigkeit
- §
23 Auswertung der Prüfungsfeststellungen
- §
24 Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundesamt für Finanzen und der Landesfinanzbehörde

V. Betriebsprüfer, Sachgebietsleiter für Betriebsprüfung, Prüferbesprechungen

- §
25 Verwendung von Beamten als Betriebsprüfer
- §
26 Verwendung von Verwaltungsangestellten als Betriebsprüfer
- §
27 Einsatz als Betriebsprüfer und Sachgebietsleiter für Betriebsprüfung
- §
28 Betriebsprüfungshelfer
- §
29 Prüferausweis
- §
30 Prüferbesprechungen
- §
31 Fach-(Branchen-)Prüferbesprechungen

VI. Karteien, Konzernverzeichnisse

- §
32 Betriebskartei
- §
33 Konzernverzeichnis

VII. Prüfungsgeschäftsplan, Jahresstatistik

- §
34 Aufstellung von Prüfungsgeschäftsplänen
- §
35 Jahresstatistik

VIII. Betriebsprüfungsarchiv, Kennzahlen, Haupt- und Nebenorte

- §
36 Betriebsprüfungsarchiv
- §
37 Kennzahlen
- §
38 Haupt- und Nebenorte

IX. In-Kraft-Treten

- §
39 In-Kraft-Treten

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Anwendungsbereich der Betriebsprüfungsordnung

- (1) Diese Verwaltungsvorschrift gilt für Außenprüfungen der Landesfinanzbehörden und des Bundesamtes für Finanzen.
- (2) Für besondere Außenprüfungen der Landesfinanzbehörden und des Bundesamtes für Finanzen (z. B. Lohnsteueraußenprüfung und Umsatzsteuersonderprüfung) sind die §§ 5 bis 12, 20 bis 24, 29 und 30 mit Ausnahme des § 5 Abs. 4 Satz 2 sinngemäß anzuwenden.

§ 2

Aufgaben der Betriebsprüfungsstellen

- (1) Zweck der Außenprüfung ist die Ermittlung und Beurteilung der steuerlich bedeutsamen Sachverhalte, um die Gleichmäßigkeit der Besteuerung sicherzustellen (§§ 85, 199 Abs. 1 AO). Bei der Anordnung und Durchführung von Prüfungsmaßnahmen sind im Rahmen der Ermessensausübung die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit der Mittel und des geringstmöglichen Eingriffs zu beachten.
- (2) Den Betriebsprüfungsstellen können auch Außenprüfungen im Sinne des § 193 Abs. 2 AO, Sonderprüfungen sowie andere Tätigkeiten mit Prüfungscharakter, zum Beispiel Liquiditätsprüfungen, übertragen werden; dies gilt nicht für Steuerfahndungsprüfungen.
- (3) Die Finanzbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, ob und wann eine Außenprüfung durchgeführt wird. Dies gilt auch, wenn der Steuerpflichtige eine baldige Außenprüfung begehrt.

§ 3

Größenklassen

Steuerpflichtige, die der Außenprüfung unterliegen, werden in die Größenklassen Großbetriebe (G)

Mittelbetriebe (M)

Kleinbetriebe (K)

und Kleinstbetriebe (Kst) eingeordnet. Der Stichtag, der maßgebende Besteuerungszeitraum und die Merkmale für diese Einordnung werden jeweils von den obersten Finanzbehörden der Länder im Benehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen festgelegt.

II. Durchführung der Außenprüfung

§ 4

Umfang der Außenprüfung

- (1) Die Finanzbehörde bestimmt den Umfang der Außenprüfung nach pflichtgemäßem Ermessen.
- (2) Bei Großbetrieben und Unternehmen im Sinne der §§ 13 und 19 soll der Prüfungszeitraum an den vorhergehenden Prüfungszeitraum anschließen. Eine Anschlussprüfung ist auch in den Fällen des § 18 möglich.
- (3) Bei anderen Betrieben soll der Prüfungszeitraum in der Regel nicht mehr als drei zusammenhängende Besteuerungszeiträume umfassen. Der Prüfungszeitraum kann insbesondere dann drei Besteuerungszeiträume übersteigen, wenn mit nicht unerheblichen Änderungen der Besteuerungsgrundlagen zu rechnen ist oder wenn der Verdacht einer Steuerstraftat oder einer Steuerordnungswidrigkeit besteht. Anschlussprüfungen sind zulässig.
- (4) Für die Entscheidung, ob ein Betrieb nach Absatz 2 oder Absatz 3 geprüft wird, ist grundsätzlich die Größenklasse maßgebend, in die der Betrieb im Zeitpunkt der Bekanntgabe der Prüfungsanordnung eingeordnet ist.
- (5) Hält die Finanzbehörde eine umfassende Ermittlung der steuerlichen Verhältnisse im Einzelfall nicht für erforderlich, kann sie eine abgekürzte Außenprüfung (§ 203 AO) durchführen. Diese beschränkt sich auf die Prüfung einzelner Besteuerungsgrundlagen eines Besteuerungszeitraums oder mehrerer Besteuerungszeiträume.

§ 5

Anordnung der Außenprüfung

- (1) Die für die Besteuerung zuständige Finanzbehörde ordnet die Außenprüfung an. Die Befugnis zur Anordnung kann auch der beauftragten Finanzbehörde übertragen werden.
- (2) Die Prüfungsanordnung hat die Rechtsgrundlagen der Außenprüfung, die zu prüfenden Steuerarten, Steuervergütungen, Prämien, Zulagen, gegebenenfalls zu prüfende bestimmte Sachverhalte sowie den Prüfungszeitraum zu enthalten. Ihr sind Hinweise auf die wesentlichen Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen bei der Außenprüfung beizufügen. Die Mitteilung über den voraussichtlichen Beginn und die Festlegung des Ortes der Außenprüfung kann mit der Prüfungsanordnung verbunden werden. Handelt es sich um eine abgekürzte Außenprüfung nach § 203 AO, ist die Prüfungsanordnung um diese Rechtsgrundlage zu ergänzen. Soll der Umfang einer Außenprüfung nachträglich erweitert werden, ist eine ergänzende Prüfungsanordnung zu erlassen.
- (3) Der Name des Betriebsprüfers, eines Betriebsprüfungshelfers und andere prüfungsleitende Bestimmungen können in die Prüfungsanordnung aufgenommen werden.
- (4) Die Prüfungsanordnung und die Mitteilungen nach den Absätzen 2 und 3 sind dem Steuerpflichtigen angemessene Zeit vor Beginn der Prüfung bekannt zu geben, wenn der Prüfungszweck dadurch nicht gefährdet wird. In der Regel sind bei Großbetrieben 4 Wochen und in anderen Fällen 2 Wochen angemessen.

(5) Wird beantragt, den Prüfungsbeginn zu verlegen, können als wichtige Gründe zum Beispiel Erkrankung des Steuerpflichtigen, seines steuerlichen Beraters oder eines für Auskünfte maßgeblichen Betriebsangehörigen, beträchtliche Betriebsstörungen durch Umbau oder höhere Gewalt anerkannt werden. Dem Antrag des Steuerpflichtigen kann auch unter Auflage, zum Beispiel Erledigung von Vorbereitungsarbeiten für die Prüfung, stattgegeben werden.

(6) Werden die steuerlichen Verhältnisse von Gesellschaftern und Mitgliedern sowie von Mitgliedern der Überwachungsorgane in die Außenprüfung einbezogen, so ist für jeden Beteiligten eine Prüfungsanordnung unter Beachtung der Voraussetzungen des § 193 AO zu erteilen.

§ 6

Ort der Außenprüfung

Die Außenprüfung ist in den Geschäftsräumen des Steuerpflichtigen durchzuführen. Ist ein geeigneter Geschäftsraum nachweislich nicht vorhanden und kann die Außenprüfung nicht in den Wohnräumen des Steuerpflichtigen stattfinden, ist an Amtsstelle zu prüfen (§ 200 Abs. 2 AO). Ein anderer Prüfungsort kommt nur ausnahmsweise in Betracht.

§ 7

Prüfungsgrundsätze

Die Außenprüfung ist auf das Wesentliche abzustellen. Ihre Dauer ist auf das notwendige Maß zu beschränken. Sie hat sich in erster Linie auf solche Sachverhalte zu erstrecken, die zu endgültigen Steuerausfällen oder Steuererstattungen oder -vergütungen oder zu nicht unbedeutenden Gewinnverlagerungen führen können.

§ 8

Mitwirkungspflichten

(1) Der Steuerpflichtige ist zu Beginn der Prüfung darauf hinzuweisen, dass er Auskunftspersonen benennen kann. Ihre Namen sind aktenkundig zu machen. Die Auskunfts- und sonstigen Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen erlöschen nicht mit der Benennung von Auskunftspersonen.

(2) Der Betriebsprüfer darf im Rahmen seiner Ermittlungsbefugnisse unter den Voraussetzungen des § 200 Abs. 1 Sätze 3 und 4 AO auch Betriebsangehörige um Auskunft ersuchen, die nicht als Auskunftspersonen benannt worden sind.

(3) Die Vorlage von Büchern, Aufzeichnungen, Geschäftspapieren und anderen Unterlagen, die nicht unmittelbar den Prüfungszeitraum betreffen, kann ohne Erweiterung des Prüfungszeitraums verlangt werden, wenn dies zur Feststellung von Sachverhalten des Prüfungszeitraums für erforderlich gehalten wird.

§ 9

Kontrollmitteilungen

Feststellungen, die nach § 194 Abs. 3 AO für die Besteuerung anderer Steuerpflichtiger ausgewertet werden können, sollen der zuständigen Finanzbehörde mitgeteilt werden. Kontrollmaterial über Auslandsbeziehungen ist auch dem Bundesamt für Finanzen zur Auswertung zu übersenden.

§ 10

Verdacht einer Steuerstraftat oder -ordnungswidrigkeit

(1) Ergeben sich während einer Außenprüfung zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat (§ 152 Abs. 2 StPO), deren Ermittlung der Finanzbehörde obliegt, so ist die für die Bearbeitung dieser Straftat zuständige Stelle unverzüglich zu unterrichten. Dies gilt auch, wenn lediglich die Möglichkeit besteht, dass ein Strafverfahren durchgeführt werden muss. Richtet sich der Verdacht gegen den Steuerpflichtigen, dürfen hinsichtlich des Sachverhalts, auf den sich der Verdacht bezieht, die Ermittlungen (§ 194 AO) bei ihm erst fortgesetzt werden, wenn ihm die Einleitung des Strafverfahrens mitgeteilt worden ist. Der Steuerpflichtige ist dabei, soweit die Feststellungen auch für Zwecke des Strafverfahrens verwendet werden können, darüber zu belehren, dass seine Mitwirkung im Besteuerungsverfahren nicht mehr erzwungen werden kann (§ 393 Abs. 1 AO). Die Belehrung ist unter Angabe von Datum und Uhrzeit aktenkundig zu machen und auf Verlangen schriftlich zu bestätigen (§ 397 Abs. 2 AO).

(2) Absatz 1 gilt beim Verdacht einer Ordnungswidrigkeit sinngemäß.

§ 11

Schlussbesprechung

(1) Findet eine Schlussbesprechung statt, so sind die Besprechungspunkte und der Termin der Schlussbesprechung dem Steuerpflichtigen angemessene Zeit vor der Besprechung bekannt zu geben. Diese Bekanntgabe bedarf nicht der Schriftform.

(2) Hinweise nach § 201 Abs. 2 AO sind aktenkundig zu machen.

§ 12

Prüfungsbericht und Auswertung der Prüfungsfeststellungen

(1) Wenn zu einem Sachverhalt mit einem Rechtsbehelf oder mit einem Antrag auf verbindliche Zusage zu rechnen ist, soll der Sachverhalt umfassend im Prüfungsbericht dargestellt werden.

(2) Ist bei der Auswertung des Prüfungsberichts oder im Rechtsbehelfsverfahren beabsichtigt, von den Feststellungen der Außenprüfung wesentlich abzuweichen, so ist der Betriebsprüfungsstelle Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Dies gilt auch für die Erörterung des Sach- und Rechtsstandes gemäß § 364a AO. Bei wesentlichen Abweichungen zuungunsten des Steuerpflichtigen soll auch diesem Gelegenheit gegeben werden, sich hierzu zu äußern.

(3) In dem durch die Prüfungsanordnung vorgegebenen Rahmen muss die Außenprüfung entweder durch Steuerfestsetzung oder durch Mitteilung über eine ergebnislose Prüfung abgeschlossen werden.

III. Außenprüfung von Konzernen und sonstigen zusammenhängenden Unternehmen

§ 13

Konzernprüfung

(1) Unternehmen, die zu einem Konzern im Sinne des § 18 AktG gehören, sind im Zusammenhang, unter einheitlicher Leitung und nach einheitlichen Gesichtspunkten zu prüfen, wenn die Außenumsätze der Konzernunternehmen insgesamt mindestens 50 Millionen Deutsche Mark im Jahr betragen.

(2) Ein Unternehmen, das zu mehreren Konzernen gehört, ist mit dem Konzern zu prüfen, der die größte Beteiligung an dem Unternehmen besitzt. Bei gleichen Beteiligungsverhältnissen ist das Unternehmen für die Prüfung dem Konzern zuzuordnen, der in der Geschäftsführung des Unternehmens federführend ist.

§ 14

Leitung der Konzernprüfung

(1) Bei Konzernprüfungen soll die Finanzbehörde, die für die Außenprüfung des herrschenden oder einheitlich leitenden Unternehmens zuständig ist, die Leitung der einheitlichen Prüfung übernehmen.

(2) Wird ein Konzern durch eine natürliche oder juristische Person, die selbst nicht der Außenprüfung unterliegt, beherrscht, soll die Finanzbehörde, die für die Außenprüfung des wirtschaftlich bedeutendsten abhängigen Unternehmens zuständig ist, die Leitung der einheitlichen Prüfung übernehmen. Im Einvernehmen der beteiligten Finanzbehörden kann hiervon abgewichen werden.

§ 15

Einleitung der Konzernprüfung

(1) Die für die Leitung der Konzernprüfung zuständige Finanzbehörde regt die Konzernprüfung an und stimmt sich mit den beteiligten Finanzbehörden ab.

(2) Konzernunternehmen sollen erst nach Abstimmung mit der für die Leitung, der Konzernprüfung zuständigen Finanzbehörde geprüft werden.

§ 16

Richtlinien zur Durchführung der Konzernprüfung

(1) Die für die Leitung einer Konzernprüfung zuständige Finanzbehörde kann Richtlinien für die Prüfung aufstellen. Die Richtlinien können neben prüfungstechnischen Einzelheiten auch Vorschläge zur einheitlichen Beurteilung von Sachverhalten enthalten.

(2) Soweit Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der Mitwirkung mehrerer Finanzbehörden im Rahmen der einheitlichen Prüfung ergeben, von den Beteiligten nicht ausgeräumt werden können, ist den zuständigen vorgesetzten Finanzbehörden zu berichten und die Entscheidung abzuwarten.

§ 17

Abstimmung und Freigabe der Konzernprüfungsberichte

Die Berichte über die Außenprüfungen bei Konzernunternehmen sind aufeinander abzustimmen und den Steuerpflichtigen erst nach Freigabe durch die für die Leitung der Konzernprüfung zuständige Finanzbehörde zu übersenden.

§ 18

Außenprüfung

bei sonstigen zusammenhängenden Unternehmen

Eine einheitliche Prüfung kann auch durchgeführt werden

1. bei Konzernen, die die Umsatzgrenze des § 13 Abs. 1 nicht erreichen,
2. bei Unternehmen, die nicht zu einem Konzern gehören, aber eng miteinander verbunden sind, zum Beispiel durch wirtschaftliche oder verwandtschaftliche Beziehungen der Beteiligten, gemeinschaftliche betriebliche Tätigkeit.

Die §§ 13 bis 17 gelten entsprechend.

§ 19

Außenprüfung bei international verbundenen Unternehmen

(1) Die §§ 13 bis 18 gelten auch für die Prüfung mehrerer inländischer Unternehmen, die von einer ausländischen natürlichen oder juristischen Person, einer Mehrheit von Personen, einer Stiftung oder einem anderen Zweckvermögen beherrscht oder einheitlich geleitet werden oder die mit einem ausländischen Unternehmen wirtschaftlich verbunden sind.

(2) Die Leitung der einheitlichen Prüfung soll die Finanzbehörde übernehmen, die für die Außenprüfung des wirtschaftlich bedeutendsten inländischen Unternehmens zuständig ist. Im Einvernehmen der beteiligten Finanzbehörden kann hiervon abgewichen werden.

IV. Mitwirkung des Bundes an Außenprüfungen der Landesfinanzbehörden

§ 20

Art der Mitwirkung

(1) Das Bundesamt für Finanzen wirkt an Außenprüfungen der Landesfinanzbehörden durch Prüfungstätigkeit und Beteiligung an Besprechungen mit.

(2) Art und Umfang der Mitwirkung werden jeweils von den beteiligten Behörden im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

(3) Die Landesfinanzbehörde bestimmt den für den Ablauf der Außenprüfung verantwortlichen Prüfer.

§ 21

Auswahl der Betriebe und Unterrichtung über die vorgesehene Mitwirkung

(1) Die Landesfinanzbehörden stellen dem Bundesamt für Finanzen die Prüfungsgeschäftspläne für Großbetriebe spätestens 10 Tage vor dem Beginn des Zeitraums, für den sie aufgestellt worden sind, zur Verfügung. Betriebe, bei deren Prüfung eine Mitwirkung des Bundesamtes für Finanzen von den Landesfinanzbehörden für zweckmäßig gehalten wird, sollen kenntlich gemacht werden. Das Bundesamt für Finanzen teilt den Landesfinanzbehörden unverzüglich die Betriebe mit, an deren Prüfung es mitwirken will.

(2) Sobald die Landesfinanzbehörde den Prüfungsbeginn mitgeteilt hat, wird sie vom Bundesamt für Finanzen über die vorgesehene Mitwirkung unterrichtet.

§ 22

Mitwirkung durch Prüfungstätigkeit

(1) Wirkt das Bundesamt für Finanzen durch Prüfungstätigkeit mit, so hat der Bundesbetriebsprüfer regelmäßig in sich geschlossene Prüfungsfelder zu übernehmen und diesen Teil des Prüfungsberichts zu entwerfen. Der Prüfungsstoff wird im gegenseitigen Einvernehmen auf die beteiligten Betriebsprüfer aufgeteilt.

(2) Hat das Bundesamt für Finanzen an einer Außenprüfung mitgewirkt, so erhält es eine Ausfertigung des Prüfungsberichts.

§ 23

Auswertung der Prüfungsfeststellungen

(1) § 12 Abs. 2 gilt entsprechend, soweit das Bundesamt für Finanzen an der Prüfung mitgewirkt hat.

§ 24

Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundesamt für Finanzen und der Landesfinanzbehörde

Soweit Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der Mitwirkung an Außenprüfungen zwischen dem Bundesamt für Finanzen und der Landesfinanzbehörde ergeben, von den Beteiligten nicht ausgeräumt werden können, ist den obersten Finanzbehörden des Bundes und des Landes zu berichten und die Entscheidung abzuwarten.

**Betriebsprüfer, Sachgebietsleiter für Betriebsprüfung,
Prüferbesprechungen**

§ 25

Verwendung von Beamten als Betriebsprüfer

Die Verwendung eines Beamten als Betriebsprüfer, der grundsätzlich dem gehobenen Dienst angehören soll, ist nach einer mindestens sechsmonatigen Einarbeitung in der Außenprüfung nur mit Einwilligung der zuständigen vorgesetzten Finanzbehörde oder der von ihr benannten Stelle zulässig.

§ 26

Verwendung von Verwaltungsangestellten als Betriebsprüfer

(1) Verwaltungsangestellte, die bereits in der Steuerverwaltung tätig sind, können als Betriebsprüfer verwendet werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. eine mindestens dreijährige zeitnahe Tätigkeit in der Veranlagung, davon eine mindestens neunmonatige qualifizierte Tätigkeit,
2. die Ablegung einer Prüfung nach Erfüllung der Voraussetzung zu Nummer 1 und
3. eine mindestens sechsmonatige Einarbeitung in der Außenprüfung.

(2) Andere Bewerber können als Verwaltungsangestellte in der Außenprüfung verwendet werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- a) ein abgeschlossenes einschlägiges Hochschulstudium (Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Versicherungsmathematik, Land- und Forstwirtschaft) oder
1. eine kaufmännische oder sonstige einschlägige Grundausbildung mit vorgeschriebener Abschlussprüfung und der Nachweis mehrjähriger kaufmännischer, betriebswirtschaftlicher oder revisionstechnischer Tätigkeit,
- b)
2. die Ablegung einer Prüfung nach Erfüllung der Voraussetzung zu Nummer 1 Buchstaben a oder b,
3. eine mindestens zwölfmonatige zeitnahe Tätigkeit außerhalb der Außenprüfung, davon eine mindestens neunmonatige qualifizierte Tätigkeit in der Veranlagung sowie
4. eine mindestens sechsmonatige Einarbeitung in der Außenprüfung.

(3) Die zuständige vorgesetzte Finanzbehörde kann zu Absatz 1 und zu Absatz 2 Nr. 2 bis 4 im Einzelfall Ausnahmen zulassen.

(4) Ein Rechtsanspruch auf Zulassung zur Prüfung besteht nicht.

(5) Die schriftliche Prüfung besteht mindestens aus zwei unter Aufsicht anzufertigenden Arbeiten aus dem Buchführungs- und Bilanzwesen.

(6) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf die Grundzüge des Abgabenrechts, des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts, insbesondere des Buchführungs- und Bilanzwesens sowie des kaufmännischen Rechnungswesens.

§ 27

**Einsatz als Betriebsprüfer und Sachgebietsleiter
für Betriebsprüfung**

(1) Beamte und Verwaltungsangestellte sollen erstmals nach Vollendung des fünfundvierzigsten Lebensjahres als Betriebsprüfer eingesetzt werden.

(2) Sachgebietsleiter für Betriebsprüfung dürfen nur mit Einwilligung der zuständigen Finanzbehörde eingesetzt werden.

(3) Sachgebietsleiter für Betriebsprüfung und Betriebsprüfer dürfen nur mit Einwilligung der zuständigen Finanzbehörde für prüfungsfremde Aufgaben verwendet werden.

§ 28

Betriebsprüfungshelfer

Zur Unterstützung der Betriebsprüfer können Betriebsprüfungshelfer eingesetzt werden. Diese haben nach den Weisungen des Betriebsprüfers zu verfahren.

§ 29

Prüferausweis

Für Sachgebietsleiter für Betriebsprüfung und Betriebsprüfer sind Ausweise auszustellen. Der Ausweis soll enthalten:

- Bezeichnung der ausstellenden Finanzbehörde
- Ort und Datum der Ausstellung
- laufende Nummer
- Funktionsbezeichnung (Betriebsprüfer, Sachgebietsleiter)
- Vor- und Zuname
- Gültigkeitsdauer
- Lichtbild mit Dienststempel und eigenhändiger Unterschrift
- Befugnisse des Inhabers
- Unterschrift und Amts- oder Dienstbezeichnung des zur Ausstellung Befugten mit Dienststempel.

§ 30

Prüferbesprechungen

Die Sachgebietsleiter für Betriebsprüfung sollen mit den Prüfern ihrer Sachgebiete, die zuständigen Finanzbehörden mit den Sachgebietsleitern für Betriebsprüfung oder mit den Betriebsprüfern ihrer Oberfinanzbezirke regelmäßig Zweifelsfragen aus der Prüfungstätigkeit erörtern, sie über neuere Rechtsprechung und neueres Schrifttum unterrichten sowie Richtlinien und Anregungen für ihre Arbeit geben.

§ 31

Fach-(Branchen-)Prüferbesprechungen

(1) Für die Fach-(Branchen-)Prüfer sind nach Bedarf Besprechungen durchzuführen. Hierbei sollen die Branchenerfahrungen ausgetauscht und verglichen, zweckmäßige Prüfungsmethoden, Kennzahlen und Formblätter für das prüfungstechnische Vorgehen entwickelt und gemeinsame Richtlinien erarbeitet werden.

(2) Dem Bundesamt für Finanzen ist Gelegenheit zu geben, an Fachprüferbesprechungen, die von den zuständigen Finanzbehörden (§ 38) durchgeführt werden, teilzunehmen.

VI.

Karteien, Konzernverzeichnisse

§ 32

Betriebskartei

(1) Die Betriebsprüfungsstellen haben über die Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe eine Kartei (Betriebskartei) zu führen.

(2) Die Betriebskartei besteht aus der Namenskartei und der Branchenkartei. Die Namenskartei soll als alphabetische Suchkartei, die Branchenkartei nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige (Tiefengliederung für Steuerstatistiken) geführt werden.

(3) Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft sind nur beim Hauptbetrieb zu vermerken.

(4) Für die Erfassung in der Betriebskartei ist jeweils die auf einen bestimmten Stichtag festgestellte Größenklasse der Betriebe - in der Regel für die Dauer von drei Jahren - maßgebend. Die Betriebe werden nach den Ergebnissen der Veranlagung, hilfsweise nach den Angaben in den Steuererklärung in die Größenklassen eingeordnet. Fehler, die bei der Einordnung der Betriebe unterlaufen, können jederzeit berichtigt werden.

(5) Änderungen der die Größenklasse bestimmenden Betriebsmerkmale bleiben bis zur nächsten Einordnung in Größenklassen unberücksichtigt. Bei sonstigen Änderungen ist die Kartei fortzuschreiben. Bei Abgängen aufgrund von Sitzverlegung (Wohnsitz oder Sitz der Geschäftsleitung) sind die Daten der Betriebskartei an die neu zuständige Finanzbehörde zu übermitteln; Zugänge von einer anderen Finanzbehörde und Neugründungen sind in der Betriebskartei zu erfassen.

§ 33

Konzernverzeichnis

(1) Jede zuständige Finanzbehörde hat ein Verzeichnis der Konzerne im Sinne der §§ 13, 18 und 19 zu führen. Das Konzernverzeichnis enthält die einzelnen Konzernübersichten und ist in die Abteilungen A und B zu gliedern.

(2) Liegt die Prüfungszuständigkeit für das herrschende oder einheitlich leitende Unternehmen im Oberfinanzbezirk, so ist die Konzernübersicht in der Abteilung A zu führen; liegt sie in einem anderen Oberfinanzbezirk, so ist die Übersicht über die im eigenen Oberfinanzbezirk steuerlich erfassten konzernabhängigen Unternehmen in der Abteilung B zu führen.

(3) Die zuständige Finanzbehörde teilt den Inhalt sowie Änderungen und Ergänzungen der in der Abteilung A geführten Konzernübersichten den beteiligten zuständigen Finanzbehörden und dem Bundesamt für Finanzen, die Änderungen und Ergänzungen in der Abteilung B nur der zuständigen Finanzbehörde mit, die die Konzernübersicht in der Abteilung A führt.

VII.

Prüfungsgeschäftsplan, Jahresstatistik

§ 34

Aufstellung von Prüfungsgeschäftsplänen

(1) Die zur Prüfung vorgesehenen Fälle werden in regelmäßigen Abständen in Prüfungsgeschäftsplänen zusammengestellt. Der Abstand darf bei Großbetrieben nicht kürzer als 6 Monate und nicht länger als 12 Monate sein. Änderungen der Prüfungsgeschäftspläne sind jederzeit möglich. In den Prüfungsgeschäftsplänen ist auf Konzernzugehörigkeit hinzuweisen.

(2) Fälle, mit deren Prüfung im vorgesehenen Zeitraum nicht begonnen worden ist, sind im nächsten Prüfungsgeschäftsplan zu kennzeichnen.

§ 35

Jahresstatistik

(1) Die Betriebsprüfungsstellen haben eine Jahresstatistik aufzustellen und der vorgesetzten Finanzbehörde vorzulegen.

(2) Die obersten Finanzbehörden der Länder teilen dem Bundesministerium der Finanzen die Arbeitsergebnisse der Außenprüfung nach einem abgestimmten Muster bis zum 31. März eines jeden Jahres mit. Das Bundesministerium der Finanzen gibt das Gesamtergebnis in einer zusammengefassten Veröffentlichung jährlich bekannt.

(3) Statistiken über die Prüfungsergebnisse der einzelnen Prüfer sind nicht zu führen.

VIII.

Betriebsprüfungsarchiv, Kennzahlen, Haupt- und Nebenorte

§ 36

Betriebsprüfungsarchiv

(1) Steuerliche, prüfungstechnische, branchentypische und allgemeine wirtschaftliche Erfahrungen sind den zuständigen Finanzbehörden mitzuteilen. Diese sammeln die Erfahrungen und werten sie in einem Betriebsprüfungsarchiv aus.

(2) Das Bundesamt für Finanzen teilt den zuständigen Finanzbehörden Prüfungserfahrungen von allgemeiner Bedeutung mit.

§ 37

Kennzahlen

(1) Die zuständigen Finanzbehörden ermitteln nach Ergebnissen von Außenprüfungen branchenbezogene Kennzahlen.

(2) Diese Kennzahlen werden vom Bundesministerium der Finanzen veröffentlicht.

§ 38

Haupt- und Nebenorte

(1) Die zuständigen Finanzbehörden haben als Haupt- oder Nebenorte die Aufgabe, für einzelne Berufs- oder Wirtschaftszweige Unterlagen zu sammeln und auszuwerten, die für die Besteuerung von Bedeutung sind. Zu den Aufgaben gehört auch die Mitwirkung bei der Aufstellung von AfA-Tabellen. Die Haupt- und Nebenorte werden durch Vereinbarungen der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder bestimmt.

(2) Das Ergebnis der Auswertung wird den anderen zuständigen Finanzbehörden und dem Bundesamt für Finanzen regelmäßig mitgeteilt.

IX. In-Kraft-Treten

§ 39

In-Kraft-Treten

Diese allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft. Gleichzeitig tritt die Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Betriebsprüfung - Betriebsprüfungsordnung - vom 17. Dezember 1987 (BAnz. Nr. 241a vom 24. Dezember 1987) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Der Bundeskanzler
Gerhard S c h r ö d e r

Der Bundesminister der Finanzen
Hans E i c h e l

Einkommensteuer

Bundesministerium der Finanzen

Bonn, 25. Februar 2000

IV C 2 - S 2171 b - 14/00

Oberste Finanzbehörden
der L ä n d e r

nachrichtlich:

Bundesministerium der Justiz
Bundesamt für Finanzen

Neuregelung der Teilwertabschreibung gemäß § 6 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 EStG durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002; voraussichtlich dauernde Wertminderung; Wertaufholungsgebot; steuerliche Rücklage nach § 52 Abs. 16 EStG

Nach § 6 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 EStG i.d.F. des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 (BGBl. I S. 402, BStBl I S. 304) erfordert der Ansatz des niedrigeren Teilwerts mit Wirkung ab dem ersten nach dem 31. Dezember 1998 endenden Wirtschaftsjahr (Erstjahr) eine voraussichtlich dauernde Wertminderung. Daneben ist das bislang geltende Wertbeibehaltungswahlrecht aufgehoben und stattdessen ein striktes Wertaufholungsgebot eingeführt worden. Zur Sicherung einer dem Unternehmen verbleibenden, ausreichenden Liquidität kann der Gewinn, der im Erstjahr aus der Anwendung der Neuregelung entsteht, auf fünf Jahre verteilt werden (§ 52 Abs. 16 EStG). Zu den sich hieraus ergebenden Fragen nehme ich im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder wie folgt Stellung:

I. Allgemeines

Der Teilwert ist auch nach der Neuregelung durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 grundsätzlich nach den in den EStR und den entsprechenden Hinweisen enthaltenen Anweisungen zu ermitteln. Insbesondere kann der Teilwert von zum Absatz bestimmten Waren bei gesunkenen Verkaufspreisen weiterhin retrograd ermittelt werden (vgl. R 36 Abs. 2 EStR 1999).

Wenn bei rentabel geführten Betrieben der Verkaufspreis bewusst nicht kostendeckend kalkuliert ist (so genannte Verlustprodukte), ist eine Teilwertabschreibung nicht zulässig (BFH vom 29. April 1999, BStBl II S. 681).

Die Nachweisspflicht für den niedrigeren Teilwert liegt unverändert beim Steuerpflichtigen. Darüber hinaus trägt der Steuerpflichtige nunmehr auch die Darlegungs- und Feststellungslast für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung. Zudem ist im Rahmen des Wertaufholungsgebots nachzuweisen, dass und in welchem Umfang der Teilwert weiterhin unter der Bewertungsobergrenze liegt.

II. Voraussichtlich dauernde Wertminderung

1. Begriff

Eine voraussichtlich dauernde Wertminderung bedeutet ein voraussichtlich nachhaltiges Absinken des Werts des Wirtschaftsguts unter den maßgeblichen Buchwert; eine nur vorübergehende Wertminderung reicht für eine Teilwertabschreibung nicht aus (vgl. auch § 253 Abs. 2 HGB).

Die Wertminderung ist voraussichtlich nachhaltig, wenn der Steuerpflichtige hiermit aus der Sicht am Bilanzstichtag aufgrund objektiver Anzeichen ernsthaft zu rechnen hat. Aus der Sicht eines sorgfältigen und gewissenhaften Kaufmanns müssen mehr Gründe für als gegen eine Nachhaltigkeit sprechen. Grundsätzlich ist von einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auszugehen, wenn der Wert des Wirtschaftsguts die Bewertungsobergrenze während eines erheblichen Teils der voraussichtlichen Verweildauer im Unternehmen nicht erreichen wird. Wertminderungen aus besonderem Anlass (z.B. Katastrophen oder technischer Fortschritt) sind regelmäßig von Dauer. Zusätzliche Erkenntnisse bis zum Zeitpunkt der Aufstellung der Handelsbilanz sind zu berücksichtigen. Wenn keine Handelsbilanz aufzustellen ist, ist der Zeitpunkt der Aufstellung der Steuerbilanz maßgebend.

Für die Beurteilung eines voraussichtlich dauernden Wertverlustes zum Bilanzstichtag kommt der Eigenart des betreffenden Wirtschaftsguts eine maßgebliche Bedeutung zu (BFH vom 27. November 1974, BStBl II 1975 S. 294).

2. Abnutzbares Anlagevermögen

Für die Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens kann von einer voraussichtlich dauernden Wertminderung ausgegangen werden, wenn der Wert des jeweiligen Wirtschaftsguts zum Bilanzstichtag mindestens für die halbe Restnutzungsdauer unter dem planmäßigen Restbuchwert liegt. Die verbleibende Nutzungsdauer ist für Gebäude nach § 7 Abs. 4 und 5 EStG, für
6 andere Wirtschaftsgüter grundsätzlich nach den amtlichen AfA-Tabellen zu bestimmen.

Beispiel 1:

Der Steuerpflichtige hat eine Maschine zu Anschaffungskosten von 100000 DM erworben. Die Nutzungsdauer beträgt 10 Jahre, die jährliche AfA beträgt 10000 DM. Im Jahre 02 beträgt der Teilwert nur noch 30000 DM bei einer Restnutzungsdauer von 8 Jah-
7 ren.

Lösung:

Eine Teilwertabschreibung auf 30000 DM ist zulässig. Die Minderung ist voraussichtlich von Dauer, da der Wert des Wirtschaftsguts zum Bilanzstichtag bei planmäßiger Abschreibung erst nach 5 Jahren, das heißt erst nach mehr als der Hälfte der Restnut-
8 zungsdauer, erreicht wird.

Abwandlung:

Der Teilwert beträgt 50000 DM.

9

Lösung:

Eine Teilwertabschreibung auf 50000 DM ist nicht zulässig. Die Minderung ist voraussichtlich nicht von Dauer, da der Wert des
10 Wirtschaftsguts zum Bilanzstichtag bei planmäßiger Abschreibung schon nach 3 Jahren und damit früher als nach mehr als der Hälfte der Restnutzungsdauer erreicht wird.

3. Nichtabnutzbares Anlagevermögen

Für die Wirtschaftsgüter des nichtabnutzbaren Anlagevermögens ist grundsätzlich darauf abzustellen, ob die Gründe für eine
11 niedrigere Bewertung voraussichtlich anhalten werden. Kursschwankungen von börsennotierten Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens stellen eine nur vorübergehende Wertminderung dar. Sie berechtigen demgemäß nicht zum Ansatz des niedrigeren Teilwerts.

Beispiel 2:

Der Steuerpflichtige ist Eigentümer eines mit Altlasten verseuchten Grundstücks. Die ursprünglichen Anschaffungskosten des Grund und Bodens betragen 200000 DM. Zum Bilanzstichtag ermittelt ein Gutachter den Wert des Grundstücks aufgrund der festgestellten Altlast mit nur noch 10000 DM. Aus umweltrechtlichen Gründen ist der Steuerpflichtige grundsätzlich verpflichtet,
12 die Altlast zu beseitigen. Mangels akuter Umweltgefährdung wird die zuständige Behörde die Schadensbeseitigung jedoch erst fordern, wenn der Steuerpflichtige die derzeitige Nutzung des Grundstücks ändert. Die Bildung einer Rückstellung ist aus diesem Grund nicht zulässig.

Lösung:

Eine Teilwertabschreibung in Höhe von 190000 DM auf den vom Gutachter ermittelten Wert ist zulässig. Zwar ist der Steuerpflichtige grundsätzlich verpflichtet, die Altlast zu beseitigen. Allerdings ist vor dem Hintergrund einer eventuellen Nutzungsän-
13 derung des Grundstücks nicht zu erwarten, dass der Steuerpflichtige in absehbarer Zeit behördlich zur Beseitigung des Schadens aufgefordert wird. Aus der Sicht am Bilanzstichtag ist daher von einer voraussichtlich dauernden Wertminderung des Grundstücks auszugehen. Wird die Altlast später beseitigt und erhöht sich dementsprechend der Wert des Grundstücks, ist eine Zuschreibung, bis höchstens zu den ursprünglichen Anschaffungskosten vorzunehmen.

Beispiel 3:

Der Steuerpflichtige betreibt ein Kiesausbeuteunternehmen. Der zu dem Unternehmen gehörige Grund und Boden ist z. T. aufgeschlossen, z. T. rekultiviert und wieder der ursprünglichen landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt. Da die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke allgemein gefallen sind, macht der Steuerpflichtige zum Bilanzstichtag eine Teilwertabschreibung für
14 die Grundstücke geltend. Nach den Feststellungen des Finanzamtes liegen die Richtwerte für die verfüllten Grundstücke indes höher als die Anschaffungskosten.

Lösung:

Eine Teilwertabschreibung ist nicht zulässig. Die Preise auf dem Markt für landwirtschaftliche Grundstücke unterliegen ebenso
15 wie die anderen Immobilienpreise marktbedingten Schwankungen. Die Preisschwankungen stellen deshalb eine nur vorübergehende Wertminderung dar. Die Preise für die verfüllten Grundstücke liegen am Bilanzstichtag sogar höher als die Anschaffungskosten.

kosten. Aus diesem Grund ist es auch für die Grundstücke, auf denen noch die Kiesausbeute betrieben wird, nicht ausgeschlossen, dass die Preise bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Kiesausbeute und die sich daran anschließende Wiederauffüllung abgeschlossen sein werden, die Anschaffungskosten wieder erreichen oder sogar noch übersteigen.

Beispiel 4:

Der Steuerpflichtige hat festverzinsliche Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von 4 Jahren, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, zum Wert von 102 % erworben. Die Papiere werden bei Fälligkeit zu 100 % eingelöst. Aufgrund einer **nachhaltigen** Änderung des Zinsniveaus unterschreitet der Börsenkurs den Einlösebetrag zum Bilanzstichtag auf Dauer und beträgt zum Bilanzstichtag nur noch 98 %.

Lösung:

Eine Teilwertabschreibung ist nur auf 100 % zulässig, weil die Papiere bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden. Der niedrigere Börsenkurs am Bilanzstichtag ist nicht von Dauer.

Beispiel 5:

Der Steuerpflichtige hat Aktien der X-AG zum Preis von 100 DM/Stück erworben. Die Aktien sind als langfristige Kapitalanlage dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.

a) Der Kurs der Aktien schwankt nach der Anschaffung zwischen 70 und 100 DM. Am Bilanzstichtag beträgt der Börsenpreis 90 DM.

Lösung:

Eine Teilwertabschreibung ist nicht zulässig. Der durch die Kursschwankung verursachte niedrigere Börsenpreis am Bilanzstichtag stellt eine nur vorübergehende Wertminderung dar.

b) Die X-AG gerät im Laufe des Wirtschaftsjahres unerwartet in Zahlungsschwierigkeiten und es droht ein Insolvenzverfahren. Der Aktienkurs bricht daraufhin auf 20 DM ein. Nachfolgend wird ein Sanierungsplan für die Gesellschaft erstellt. Im Zusammenhang damit erhält die Gesellschaft einen Liquiditätskredit. Daraufhin erholt sich der Aktienkurs auf 40 DM und schwankt bis zum Bilanzstichtag zwischen 35 und 40 DM. Am Bilanzstichtag beträgt der Kurs 38 DM.

Lösung:

Der durch die plötzliche Zahlungsnot verursachte Kurseinbruch stellt eine Wertminderung aus besonderem Anlass und keine bloße Kursschwankung dar. Aus diesem Grund ist eine Teilwertabschreibung zulässig, für deren Höhe auch die Kurserholung zu berücksichtigen ist. Die Aktien können hiernach mit 40 DM/Stück angesetzt werden. Der demgegenüber niedrigere Börsenpreis am Bilanzstichtag folgt aus einer Kursschwankung und stellt insoweit eine nur vorübergehende Wertminderung dar.

4. Umlaufvermögen

Die Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens sind nicht dazu bestimmt, dem Betrieb auf Dauer zu dienen. Sie werden stattdessen regelmäßig für den Verkauf oder den Verbrauch gehalten. Demgemäß kommt dem Zeitpunkt der Veräußerung oder Verwendung für die Bestimmung einer voraussichtlich dauernden Wertminderung eine besondere Bedeutung zu. Hält die Minderung bis zum Zeitpunkt der Aufstellung der Bilanz (vgl. Tz. 4) oder dem vorangegangenen Verkaufs- oder Verbrauchszeitpunkt an, so ist die Wertminderung voraussichtlich von Dauer. Zusätzliche Erkenntnisse bis zu diesen Zeitpunkten sind zu berücksichtigen. Allgemeine Marktentwicklungen, z.B. Kursschwankungen von börsennotierten Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens, sind zusätzliche Erkenntnisse und als solche in die Beurteilung einer voraussichtlich dauernden Wertminderung der Wirtschaftsgüter zum Bilanzstichtag einzubeziehen.

Beispiel 6:

Der Steuerpflichtige hält festverzinsliche Wertpapiere, die bei Fälligkeit zu 100 % eingelöst werden. Aufgrund einer Änderung des Zinsniveaus beträgt der Börsenkurs am Bilanzstichtag nur noch 98 % gegenüber dem Nennwert. Bis zum Zeitpunkt der Bilanzanstellung hat sich der Börsenkurs auf 98,5 % erholt.

Lösung:

Grundsätzlich ist eine Teilwertabschreibung zum Bilanzstichtag zulässig. Allerdings sind die zusätzlichen Erkenntnisse bis zur Bilanzanstellung zu berücksichtigen. Danach können die Wertpapiere mit einem Kurswert von 98,5 % des Nennwerts angesetzt werden.

Beispiel 7:

Der Steuerpflichtige hat Aktien zum Preis von 100 DM/Stück erworben. Zum Bilanzstichtag ist der Börsenpreis der Aktien auf 80 DM/Stück gesunken.

a) Bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung hat der Börsenkurs zwischen 70 und 90 DM geschwankt.

26 Lösung:

27 Grundsätzlich ist eine Teilwertabschreibung zum Bilanzstichtag zulässig. Die Erkenntnisse bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung haben jedoch gezeigt, dass die ursprüngliche Wertminderung in Höhe von 20 DM/Stück nicht von Dauer war. Vielmehr ist eine voraussichtlich dauernde Wertminderung nur in Höhe von 10 DM/Stück gegeben, so dass eine Teilwertabschreibung nur in dieser Höhe vorgenommen werden kann. Die Aktien können demnach mit 90 DM/Stück angesetzt werden.

b) Bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung hat der Börsenkurs zwischen 70 und 110 DM geschwankt.

28 Lösung:

29 Die Erkenntnisse bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung haben gezeigt, dass die ursprüngliche Wertminderung in Höhe von 20 DM/Stück nicht von Dauer war. Vielmehr hat der Wert der Aktie bis zur Bilanzaufstellung die ursprünglichen Anschaffungskosten sogar noch überstiegen. Eine Teilwertabschreibung zum Bilanzstichtag ist daher nicht zulässig.

c) Bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung hat der Börsenkurs zwischen 60 und 80 DM geschwankt.

30 Lösung:

31 Eine Teilwertabschreibung zum Bilanzstichtag ist zulässig. Die Erkenntnisse bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung haben gezeigt, dass die ursprüngliche Wertminderung in Höhe von 20 DM/Stück von Dauer war. Aus diesem Grund kann eine Teilwertabschreibung in Höhe von 20 DM/Stück vorgenommen werden. Eine Teilwertabschreibung unter den Wert des Bilanzstichtags kommt allerdings nicht in Betracht. Die Aktien können somit mit 80 DM/Stück angesetzt werden.

Beispiel 8:

Der Steuerpflichtige hat eine Forderung aus einem Kredit im Nennwert von 100 an die Y-KG. Wegen unerwarteter Zahlungsausfälle ist die Y-KG im Laufe des Wirtschaftsjahrs notleidend geworden. Am Bilanzstichtag kann die Forderung des Steuerpflichtigen deshalb nur in Höhe von 20 % bedient werden. Bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung stellt die Y-KG wider Erwarten eine Sicherheit in Höhe von 30 % der Forderung.

Lösung:

32 Am Bilanzstichtag ist eine Teilwertabschreibung auf die Forderung des Steuerpflichtigen in Höhe von 80 % zulässig, da mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nur mit einem Zahlungseingang von 20 % gerechnet werden kann. Zwar gewinnt die Forderung bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung durch die Gestellung der Sicherheit nachträglich an Wert. Ein unerwartetes Ereignis dieser Art ist jedoch keine zusätzliche Erkenntnis im Sinne der Tzn. 4, 23.

III. Wertaufholungsgebot

1. Allgemeines

34 Mit der Einführung eines Wertaufholungsgebots anstelle des bislang geltenden Wertbeibehaltungswahlrechts ergibt sich nunmehr der Wertansatz eines Wirtschaftsguts für jeden Bilanzstichtag aus dem Vergleich der um die zulässigen Abzüge geminder- ten Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder des an deren Stelle tretenden Werts als der Bewertungsobergrenze und dem niedrigeren Teilwert als der Bewertungsuntergrenze. Hat sich der Wert des Wirtschaftsguts nach einer vorangegangenen Teilwertabschreibung wieder erhöht, so ist diese Betriebsvermögensmehrung bis zum Erreichen der Bewertungsobergrenze steuerlich zu erfassen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die konkreten Gründe für die vorherige Teilwertabschreibung weggefallen sind. Auch eine Erhöhung des Teilwerts aus anderen Gründen führt zu einer Korrektur des Bilanzansatzes. Gleiches gilt auch, wenn die vorherige Teilwertabschreibung steuerlich nicht oder nicht vollständig wirksam wurde (vgl. Tz. 36).

2. Nachweispflicht

35 Grundsätzlich hat der Steuerpflichtige die Bewertungsobergrenze anhand geeigneter Unterlagen (historische Anschaffungs- oder Herstellungskosten) nachzuweisen. Können die historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht nachgewiesen werden, gilt der Buchwert, der in der ältesten noch vorhandenen Bilanz als Anfangswert für das Wirtschaftsgut ausgewiesen ist, als Bewertungsobergrenze, es sei denn, die Finanzbehörde legt - zum Beispiel auf Grund der dort vorhandenen Unterlagen - eine höhere Bewertungsobergrenze dar.

3. Steuerrechtliche Sonderregelungen (z. B. § 50 c EStG)

36 Steuerrechtliche Sonderregelungen stehen dem Wertaufholungsgebot nicht entgegen (vgl. Tz. 34). So dient beispielsweise die Regelung des § 50 c EStG, wonach eine ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibung letztlich ohne Gewinnauswirkung bleibt, der zutreffenden Versteuerung der Dividendeneinnahmen. Die Teilwertabschreibung als solche und damit das Wertaufholungsgebot bleiben hiervon unberührt.

IV. Rücklage nach § 52 Abs. 16 EStG

37 Nach § 52 Abs. 16 Satz 3, 7 und 10 EStG kann der Gewinn, der im ersten nach dem 31. Dezember 1998 endenden Wirtschaftsjahr durch die Anwendung der Neuregelung in § 6 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und 3 a EStG entsteht, in Höhe von vier Fünftel bzw. neun Zehntel in eine den Gewinn mindernde Rücklage eingestellt werden. Das sich hiernach ergebende steuerrechtliche Wahlrecht ist grundsätzlich in Übereinstimmung mit der Handelsbilanz auszuüben (§ 5 Abs. 1 Satz 2 EStG). Die steuerrechtliche Anerkennung der Rücklage ist jedoch vom Ausweis eines entsprechenden Sonderpostens mit Rücklageanteil in der Handelsbilanz nur abhängig, soweit auch in der Handelsbilanz durch Zuschreibung ein entsprechend höherer Gewinn ausgewiesen wird.

Im Auftrag

W e i ß

Einkommensteuer

Bundesministerium der Finanzen

Bonn, 25. Februar 2000

IV C 2 - S 2137 - 15/00

Oberste Finanzbehörden
der L ä n d e r

nachrichtlich:

Bundesministerium der Justiz

- Referat III A 3 -

Bundesamt für Finanzen

Passivierung von Verpflichtungen, die nur aus künftigen Erlösen zu tilgen sind

BMF-Schreiben vom 17. November 1999 - IV C 2 - S 2137 - 102/99 -

Nach bisheriger Auffassung der Finanzverwaltung sind für Verpflichtungen, die nur in Abhängigkeit von künftigen Einnahmen oder Gewinnen zu erfüllen sind, Verbindlichkeiten oder Rückstellungen erst dann auszuweisen, wenn diese Einnahmen oder Gewinne erzielt worden sind (vgl. BMF-Schreiben vom 8. Mai 1978, BStBl I S. 203, vom 28. April 1997, BStBl I S. 398 und vom 27. April 1998, BStBl I S. 368).

Demgegenüber hat der BFH mit den Urteilen vom 17. Dezember 1998, BStBl 2000 II S. 116, und vom 4. Februar 1999, BStBl 2000 II S. 139, entschieden, dass für betriebliche Zuwendungen, die nur unter einer noch nicht eingetretenen Bedingung zurückzuzahlen sind, unabhängig davon, ob das Rechtsverhältnis als auflösend oder aufschiebend bedingte Liquiditätshilfe oder als bedingt nicht rückzahlbarer Zuschuss anzusehen ist, eine Verbindlichkeitsrückstellung zu bilden ist. Die Grundsätze dieser Urteile sind über den entschiedenen Einzelfall hinaus anzuwenden. Soweit die BMF-Schreiben vom 8. Mai 1978, a. a. O., vom 28. April 1997, a. a. O., und vom 27. April 1998, a. a. O., diesen Grundsätzen entgegenstehen, sind sie nicht mehr anzuwenden.

Im Rahmen des Steuerbereinigungsgesetzes 1999 vom 22. Dezember 1999 (BGBl I S. 2601) wurde in § 5 Abs. 2 a EStG eine Regelung aufgenommen, nach der für Verpflichtungen, die nur zu erfüllen sind, soweit künftig Einnahmen oder Gewinne anfallen, Verbindlichkeiten oder Rückstellungen erst anzusetzen sind, wenn die Einnahmen oder Gewinne angefallen sind. Die Neuregelung ist nach § 52 Abs. 12 a Satz 1 EStG erstmals für das Wirtschaftsjahr anzuwenden, das nach dem 31. Dezember 1998 beginnt. Sind in Wirtschaftsjahren, die vor dem 1. Januar 1999 begonnen haben, in den Fällen des § 5 Abs. 2 a EStG Verbindlichkeiten oder Rückstellungen angesetzt worden, sind diese nach § 52 Abs. 12 a Satz 2 EStG zum Schluss des ersten nach dem 31. Dezember 1998 beginnenden Wirtschaftsjahres gewinnerhöhend aufzulösen.

Im Hinblick auf die o. g. Gesetzesänderung ist es nicht zu beanstanden, wenn bereits in Wirtschaftsjahren, die vor dem 1. Januar 1999 begonnen haben, in den Fällen, die von § 5 Abs. 2 a EStG betroffen sind, der Ausweis einer Verbindlichkeit oder Rückstellung unterbleibt.

Im Auftrag

W e i ß

Einkommensteuer

Bundesamt für Finanzen

Bonn, 29. Februar 2000

St I 2 - S 1980 a - 2/2000

Steuerliche Erfassung der im Kalenderjahr 1997 zugeflossenen Erträge aus ausländischen Investmentanteilen

Nachfolgend veröffentliche ich die letzte

Bundesamt für Finanzen
St I 2 - S 1980a - 2/2000

Bonn, 29. Februar 2000

2. Veröffentlichung betr. steuerliche Erfassung der im Kalenderjahr 1997 zugeflossenen Erträge aus ausländischen Investmentanteilen

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
A 5 Aktienfonds	971053	ATS	15.08.97x 15.10.97	0,0000 100,4034	0,0000 318,6453	
ABN AMRO Funds - Asian Tigers Equity Fund Thesaurierungsanteile	973924	USD	30.04.97x	0,2560		
ABN AMRO Funds - China Equity Fund Thesaurierungsanteile	974393	USD	30.04.97x	0,1376		
ABN AMRO Funds - Eastern Europe Equity Fund Thesaurierungsanteile	974394	DEM	30.04.97x	(1,3408)		
ABN AMRO Funds - Europe Bond Fund Thesaurierungsanteile	973682	USD	30.04.97x	3,5831		
ABN AMRO Funds - Europe Equity Fund Thesaurierungsanteile	973925	USD	30.04.97x	0,0441		
ABN AMRO Funds - Germany Bond Fund Ausschüttungsanteile	973683	DEM	30.04.97x 22.08.97	0,0008 5,6100		
ABN AMRO Funds - Germany Equity Fund Thesaurierungsanteile	973684	DEM	30.04.97x	(0,2599)		
ABN AMRO Funds - Global Bond Fund Thesaurierungsanteile	973927	USD	30.04.97x	3,4784		
ABN AMRO Funds - Japan Equity Fund Thesaurierungsanteile	973926	USD	30.04.97x	(0,1445)		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
ABN AMRO Funds - Latin America Equity Fund Thesaurierungsanteile	973685	USD	30.04.97x	0,1394		
ABN AMRO Funds - North America Equity Fund Thesaurierungsanteile	973686	USD	30.04.97x	0,2590		
ABN AMRO Funds - Spain Bond Fund Thesaurierungsanteile	973929	ESP	30.04.97x	781,4030		
ABN AMRO Funds - Switzerland Equity Fund Thesaurierungsanteile	974395	CHF	30.04.97x	(0,2406)		
ABN AMRO Funds - US Bond Fund Thesaurierungsanteile	973928	USD	30.04.97x	3,1904		
ABN AMRO Interest Growth Fund - BEF	972503	BEF	30.04.97x	60,6450		
ABN AMRO Interest Growth Fund - DEM	972504	DEM	30.04.97x	5,6148		
ABN AMRO Interest Growth Fund - NLG	972501	NLG	30.04.97x	3,7680		
ABN AMRO Interest Growth Fund - USD	972502	USD	30.04.97x	2,9547		
Aegon International - Aktienfonds	974534	DEM	31.12.97x	(0,9000)		
AIG Balanced World Fund plc.	973808	USD	31.12.97x	3,4200		
Asia Growth Convert Class SFR	972787	CHF	31.12.97x	12,9500		
Asia Growth Convert Class US\$	972870	USD	31.12.97x	13,6400		
AXA France Actions	974555	FRF	30.06.97x 23.10.97	41,5054 62,6900		
B-Fund	971386	CHF	31.12.97x	51,3800		
Baerbond	970666	CHF	12.02.97 31.12.97x	23,0000 36,1200		
BIL Equities Allemagne Ausschüttungsanteile	987089	DEM	30.06.97x 16.07.97	7,9902 25,0000		
BIL Equities Allemagne Thesaurierungsanteile	987090	DEM	30.06.97x	28,0534		
BIL Equities France Ausschüttungsanteile	987091	FRF	30.06.97x 16.07.97	0,0000 13,4729	0,0000 110,0000	
BIL Equities France Thesaurierungsanteile	987092	FRF	30.06.97x	13,3855		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
BIL Equities Grande-Bretagne Ausschüttungsanteile	987093	GBP	30.06.97x 16.07.97	62,4522 25,0000		
BIL Equities Grande-Bretagne Thesaurierungsanteile	987185	GBP	30.06.97x	84,7127		
BIL Equities Japon Ausschüttungsanteile	974875	JPY	30.06.97x 16.07.97	(103,1911)		
BIL Equities Japon Thesaurierungsanteile	987088	JPY	30.06.97x	(103,1911)		
BIL Equities Pays-Bas Ausschüttungsanteile	987186	NLG	30.06.97x 16.07.97	2,3051 30,0000		
BIL Equities Pays-Bas Thesaurierungsanteile	987187	NLG	30.06.97x	32,8505		
BIL Equities USA Ausschüttungsanteile	987188	USD	30.06.97x 16.07.97	0,0000 3,3988	0,0000 5,0000	
BIL Equities USA Thesaurierungsanteile	987189	USD	30.06.97x	3,0240		
BIL Euro Rent Fund - High Yield Currencies Ausschüttungsanteile	971671	ITL	24.07.97 31.12.97x	40.300,0000 14.737,1501		
BIL Euro Rent Fund - High Yield Currencies Kapitalisierungsanteile	973598	ITL	31.12.97x	23.173,5032		
BIL Euro Rent Fund - Multi-Currencies Ausschüttungsanteile	973599	BEF	24.07.97 31.12.97x	530,0000 431,5079		
BIL Euro Rent Fund - Multi-Currencies Kapitalisierungsanteile	973600	BEF	31.12.97x	530,0709		
BIL Euro Rent Fund - Strong Currencies Ausschüttungsanteile	971850	DEM	24.07.97 31.12.97x	24,0000 13,8013		
BIL Euro Rent Fund - Strong Currencies Kapitalisierungsanteile	973597	DEM	31.12.97x	22,8491		
Capital International Emerging Countries Fund	974549	USD	31.12.97x	0,0199		
Central Asian Investment Company Limited		USD	28.02.97x	(0,0970)		
Conbar	970772	CHF	12.02.97 31.12.97x	30,0000 345,4500		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Cornerstone Properties Inc. - Common Stock	886315	USD	31.01.97 30.04.97 31.07.97 31.10.97 26.11.97 31.12.97x	0,0000 0,0000 0,0000 0,0417 0,0195 0,0000		Die Bruttoausschüttungen betragen 0,60 / 0,30 / 0,30 / 0,30 und 0,14 USD. In Höhe von 0,60 / 0,30 / 0,30 / 0,2583 und 0,1205 USD liegen Ausschüttungen aus der Substanz des Investmentvermögens vor, die sich als Kapitalrückzahlungen darstellen und daher beim Anteilinhaber keine Einnahmen aus Kapitalvermögen sind.
Coutts Global Fund - Continental European Equity Fund	974820	XEU	30.11.97 30.11.97x	0,7320 0,0373		
Coutts Global Fund - Deutsche Mark Income Fund	974823	DEM	30.11.97 30.11.97x	4,8007 0,1444		
Coutts Global Fund - Dollar Income Fund	974827	USD	30.06.97 30.11.97 30.11.97x	0,4763 0,4740 0,0432		
Coutts Global Fund - Euro Currency Income Fund	974824	XEU	30.11.97 30.11.97x	5,3429 0,3272		
Coutts Global Fund - Global Equity Fund	972468	CHF	30.06.97 30.11.97 30.11.97x	0,0662 0,4900 0,0000		
Coutts Global Fund - Global Income Fund (Sterling)	974825	GBP	30.06.97 30.11.97 30.11.97x	0,2839 0,2990 0,0352		
Coutts Global Fund - Global Income Fund (Swiss Franc)	972469	CHF	30.11.97 30.11.97x	4,8794 0,2681		
Coutts Global Fund - Global Small Cap Equity Fund	974828	USD	30.11.97x	(0,1017)		
Coutts Global Fund - Japan Equity Fund	974821	JPY	30.11.97x	(0,0239)		
Coutts Global Fund - Japanese Convertible Fund	972470	CHF	30.11.97 30.11.97x	0,1160 0,0000		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Coutts Global Fund - Managed Assets Fund (Sterling)	974826	GBP	30.06.97 30.11.97 30.11.97x	0,1613 0,1640 0,0236		
Coutts Global Fund - North American Equity Fund	974818	USD	30.06.97 30.11.97 30.11.97x	0,0000 0,0266 0,0000		
Coutts Global Fund - Pacific Basin Equity Fund	974822	USD	30.11.97 30.11.97x	0,1960 0,0000		
Coutts Global Fund - Sterling Income Fund	972898	GBP	30.06.97 30.11.97 30.11.97x	0,2981 0,3090 0,0301		
Coutts Global Fund - Swiss Equity Fund	986924	CHF	30.11.97x	(0,0263)		
Coutts Global Fund - United Kingdom Equity Fund	974819	GBP	30.06.97 30.11.97 30.11.97x	0,1551 0,1810 0,0231		
DM-Euro-Asset	974895	DEM	30.11.97x	(5,7570)		
DSB-Latin Bond Fund	972159	USD	31.12.97x	139,6900		
DuroRent Hartwährungs-Rentenfonds	971128	ATS	31.08.97x 03.11.97	0,0000 42,0261	0,0000 65,0000	
E-Fund	971313	CHF	31.12.97x	2,8100		
Energy International N.V.	970455	USD	31.03.97x 05.08.97	0,0000 1,1027		
Equibaer Europe	971086	CHF	12.02.97 31.12.97x	11,0000 333,6000		
Euro-Strategie-Aktien	974896	DEM	30.09.97x 18.12.97	0,0000 9,9770	0,0000 10,0000	
Eurocash-Fund Apo Liquid \$ Anteile A vormals: Eurocash-Fund US-Dollar	974883	USD	31.12.97x	6,1200		
Eurocash-Fund Apo Liquid \$ Anteile B vormals: Eurocash-Fund US-Dollar	974643	USD	31.12.97x	6,1200		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Eurocash-Fund D-Mark Anteile A	974882	DEM	31.12.97x	7,4800		
Eurocash-Fund D-Mark Anteile B	974634	DEM	31.12.97x	7,4800		
Fidelity Currency Funds - Deutschemark Fund	972487	DEM	31.01.97x	0,8848		
Fidelity Currency Funds - European Currency Unit Fund	974163	XEU	31.01.97x	0,5002		
Fidelity Currency Funds - US Dollar Fund	972175	USD	31.01.97x	0,9220		
Fidelity Funds - America Fund	971522	USD	30.04.97x	(0,0194)		
Fidelity Funds - ASEAN Fund	971523	USD	30.04.97x	(0,2168)		
Fidelity Funds - Asian Special Situations Fund	974004	USD	30.04.97x	(0,0518)		
Fidelity Funds - Australia Fund	972152	AUD	30.04.97x 15.08.97	0,0000 0,2216		
Fidelity Funds - Emerging Markets Fund	972998	USD	30.04.97x	0,0504		
Fidelity Funds - European Balanced Fund	973810	DEM	30.04.97x 15.08.97	0,0000 0,1411	0,0000 0,1666	
Fidelity Funds - European Bond Fund	971525	XEU	30.04.97x 15.08.97	0,0024 0,6891		
Fidelity Funds - European Growth Fund	971524	DEM	30.04.97x	(0,0029)		
Fidelity Funds - European Smaller Companies Fund	974608	DEM	30.04.97x	(0,0654)		
Fidelity Funds - Fidelity Portfolio Selector DM Defensive Growth Fund	974296	DEM	30.06.97x	0,1330		
Fidelity Funds - Fidelity Portfolio Selector DM Growth Fund	974300	DEM	30.06.97x	(0,0759)		
Fidelity Funds - Fidelity Portfolio Selector DM Moderate Growth Fund	974298	DEM	30.06.97x	0,4757		
Fidelity Funds - France Fund	971526	FRF	30.04.97x	(0,4035)		
Fidelity Funds - Germany Fund	971527	DEM	30.04.97x	(0,1644)		
Fidelity Funds - Hong Kong & China Fund	971528	USD	30.04.97x	0,4100		
Fidelity Funds - Iberia Fund	971529	ESP	30.04.97x	2,3573		

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Fidelity Funds - Indonesia Fund	974128	USD	30.04.97x	(0,1089)		
Fidelity Funds - International Bond Fund	971530	USD	30.04.97x 15.08.97	0,0000 0,0488		
Fidelity Funds - International Fund	972031	USD	30.04.97x	(0,0825)		
Fidelity Funds - Italy Fund	971531	ITL	30.04.97x	(96,0183)		
Fidelity Funds - Japan Fund	971532	JPY	30.04.97x	(1,6708)		
Fidelity Funds - Japan Smaller Companies Fund	972154	JPY	30.04.97x	(15,8183)		
Fidelity Funds - Korea Fund	971533	USD	30.04.97x	(0,0065)		
Fidelity Funds - Latin America Fund	973661	USD	30.04.97x	0,0232		
Fidelity Funds - Malaysia Fund	971534	USD	30.04.97x	(0,3372)		
Fidelity Funds - Nordic Fund	971535	SEK	30.04.97x	0,4706		
Fidelity Funds - Pacific Fund	973083	USD	30.04.97x	(0,0715)		
Fidelity Funds - Singapore Fund	971536	USD	30.04.97x	(0,2120)		
Fidelity Funds - South East Asia Fund	971537	USD	30.04.97x	(0,0037)		
Fidelity Funds - Sterling Bond Fund	971538	GBP	14.03.97 30.04.97x 12.06.97 15.08.97 17.11.97	0,0044 0,0000 0,0041 0,0045 0,0044	0,0044 0,0000 0,0045 0,0045 0,0044	
Fidelity Funds - Switzerland Fund	974065	CHF	30.04.97x	(0,0953)		
Fidelity Funds - Taiwan Fund	986903	USD	30.04.97x	(0,0199)		
Fidelity Funds - Thailand Fund	971539	USD	30.04.97x	0,0717		
Fidelity Funds - United Kingdom Fund	971540	GBP	30.04.97x	0,0276		
Fidelity Funds - US Dollar Bond Fund	971541	USD	14.03.97 30.04.97x 15.08.97	0,1406 0,0031 0,1702		
Fidelity Funds II - CapitalBuilder DAX Fund	986379	DEM	30.04.97x	0,0182		
Fidelity Funds II - CapitalBuilder DM Cash Fund	986372	DEM	30.04.97x	0,2684		

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Fidelity Funds II - CapitalBuilder DM Income Fund	972984	DEM	30.04.97x	0,1988		
Fidelity Funds II - CapitalBuilder World Fund	986377	DEM	30.04.97x	(0,0413)		
Fidelity Funds II - US Dollar Cash Fund	986374	USD	30.04.97x	0,3666		
Fleming Flagship Fund - Fleming American Fledgeling Fund	971759	USD	30.06.97x	(0,5113)		
Fleming Flagship Fund - Fleming American Fund	971603	USD	30.06.97x	0,0480		
Fleming Flagship Fund - Fleming Asian Smaller Companies Fund	973804	USD	30.06.97x 24.10.97	0,0096 0,0400		
Fleming Flagship Fund - Fleming China Fund	973778	USD	30.06.97x 24.10.97	0,0000 0,0165	0,0000 0,0800	
Fleming Flagship Fund - Fleming Continental European Fund	971604	DEM	30.06.97x 24.10.97	0,0000 0,0628	0,0000 0,1400	
Fleming Flagship Fund - Fleming DM Balanced Fund	974540	DEM	30.06.97x 24.10.97	0,1237 0,1300		
Fleming Flagship Fund - Fleming DM Bond Fund	974420	DEM	30.06.97x 24.10.97	0,0000 0,4813	0,0000 0,5500	
Fleming Flagship Fund - Fleming Eastern European Fund	973802	DEM	30.06.97x	0,2318		
Fleming Flagship Fund - Fleming Eastern Opportunities Fund	971335	USD	30.06.97x	0,4858		
Fleming Flagship Fund - Fleming Emerging European Fund	986951	USD	30.06.97x	(0,0092)		
Fleming Flagship Fund - Fleming Emerging Markets Debt Fund	986706	USD	30.06.97x 24.10.97	0,0000 0,2120	0,0000 0,2800	
Fleming Flagship Fund - Fleming Emerging Markets Fund	973678	USD	30.06.97x 24.10.97	0,1500 0,0200		
Fleming Flagship Fund - Fleming European Fund	971605	DEM	30.06.97x 24.10.97	0,0000 0,1214	0,0000 0,2600	
Fleming Flagship Fund - Fleming European Smaller Companies Fund	973679	DEM	30.06.97x	0,1514		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Fleming Flagship Fund - Fleming Global Convertible Fund	971606	USD	30.06.97x 24.10.97	0,0000 0,3464	0,0000 0,5800	
Fleming Flagship Fund - Fleming India Fund	974541	USD	30.06.97x	(0,0262)		
Fleming Flagship Fund - Fleming International Bond Fund	971607	USD	30.06.97x 24.10.97	0,3104 0,6400		
Fleming Flagship Fund - Fleming International Equity Fund	971608	DEM	30.06.97x	1,6628		
Fleming Flagship Fund - Fleming Japanese Fund	971602	USD	30.06.97x	(0,1652)		
Fleming Flagship Fund - Fleming Japanese Smaller Companies Fund	973803	USD	30.06.97x	(0,0892)		
Fleming Flagship Fund - Fleming Latin American Fund	972079	USD	30.06.97x 24.10.97	0,0429 0,0500		
Fleming Flagship Fund - Fleming Pacific Fund	971609	USD	30.06.97x	0,2914		
Fleming Flagship Fund - Fleming Sterling Bond Fund	971947	GBP	14.01.97 30.06.97x 07.07.97	0,0350 0,0000 0,0342	0,0400 0,0000 0,0500	
Fleming Flagship Fund - Fleming United Kingdom Enterprise Fund	971948	GBP	30.06.97x 24.10.97	0,0361 0,0400		
Fleming Flagship Fund - Fleming US Discovery Fund	971611	USD	30.06.97x	(0,4225)		
Fleming Flagship Series II - DEM	972080	DEM	31.07.97x	0,3049		
Fleming Flagship Series II - FRF	972082	FRF	31.07.97x	1,7676		
Fleming Flagship Series II - GBP	972083	GBP	31.07.97x	0,2753		
Fleming Flagship Series II - ITL	974813	ITL	31.07.97x	1.645,0390		
Fleming Flagship Series II - USD	972081	USD	31.07.97x	0,5857		
Fleming Guaranteed Fund - DAX DM Garantie 10/2000	974535	DEM	31.08.97x	0,7226		
Fleming Guaranteed Fund - DEM Protektion Amerika I	986649	DEM	31.08.97x	(0,8150)		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Fleming Guaranteed Fund - DEM Protektion Deutschland I	986647	DEM	31.08.97x	(0,4688)		
Fleming Guaranteed Fund - DEM Protektion Japan I	986648	DEM	31.08.97x	(0,4085)		
Fleming Guaranteed Fund - Nikkei DM Garantie 10/98	974490	DEM	31.08.97x	0,4017		
Fleming Guaranteed Fund - Pazifik DEM Garantie 5/99	974922	DEM	31.08.97x	0,0000		
Fleming Guaranteed Fund - VB Pazifik Wachstumsfonds mit Garantie	986201	DEM	31.08.97x	(0,0087)		
G-Bond Fund - G-Capital Rentinvest	972300	BEF	31.12.97x	1.083,8200		
G-Bond Fund - G-DEM Bond Ausschüttungsanteile		DEM	20.01.97 31.12.97x	25,0000 4,6100		
G-Bond Fund - G-DEM Bond Thesaurierungsanteile		DEM	31.12.97x	28,9500		
G-Bond Fund - G-DKK Bond Ausschüttungsanteile	974754	DKK	20.01.97 31.12.97x	115,0000 12,5200		
G-Bond Fund - G-DKK Bond Thesaurierungsanteile	974746	DKK	31.12.97x	126,4600		
G-Bond Fund - G-Ecu Bond Ausschüttungsanteile	972306	BEF	20.01.97 31.12.97x	2.645,0000 1.331,6400		
G-Bond Fund - G-Ecu Bond Thesaurierungsanteile	972305	BEF	31.12.97x	5.742,1000		
G-Bond Fund - G-FRF Bond Ausschüttungsanteile		FRF	20.01.97 31.12.97x	95,0000 9,8200		
G-Bond Fund - G-FRF Bond Thesaurierungsanteile		FRF	31.12.97x	120,3400		
G-Bond Fund - G-ITL Bond Ausschüttungsanteile		ITL	31.12.97x	10.207,0900		

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
G-Bond Fund - G-ITL Bond Thesaurierungsanteile		ITL	31.12.97x	27.349,8300		
G-Bond Fund - G-Long Duration Bond Ausschüttungsanteile		BEF	31.12.97x	76,4500		
G-Bond Fund - G-Long Duration Bond Thesaurierungsanteile		BEF	31.12.97x	344,6800		
G-Bond Fund - G-NLG Bond Ausschüttungsanteile		NLG	20.01.97 31.12.97x	30,0000 5,5200		
G-Bond Fund - G-NLG Bond Thesaurierungsanteile		NLG	31.12.97x	34,2900		
G-Bond Fund - G-Rentinbel Ausschüttungsanteile	972304	BEF	20.01.97 31.12.97x	550,0000 287,3000		
G-Bond Fund - G-Rentinbel Thesaurierungsanteile	972303	BEF	31.12.97x	1.542,9600		
G-Bond Fund - G-Rentinplus Ausschüttungsanteile	973933	BEF	20.01.97 31.12.97x	921,0000 920,5100		
G-Bond Fund - G-Rentinplus Thesaurierungsanteile	973932	BEF	31.12.97x	2.772,0100		
G-Bond Fund - G-Rentinvest	972301	BEF	19.12.97 31.12.97x	52,0000 77,1300		
G-Bond Fund - G-USD Bond Ausschüttungsanteile		USD	20.01.97 31.12.97x	13,9100 0,0000		Die Bruttoausschüttung beträgt USD 15,00. In Höhe von USD 1,09 liegt eine Ausschüttung aus der Substanz des Investmentvermögens vor, die sich als Kapitalrückzahlung darstellt und daher beim Anteilinhaber keine Einnahme aus Kapitalvermögen ist.
G-Bond Fund - G-USD Bond Thesaurierungsanteile		USD	31.12.97x	16,8600		
G-Bond Fund - G-World Emerging Bond Ausschüttungsanteile		USD	31.12.97x	(5,3700)		

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
G-Bond Fund - G-World Emerging Bond Thesaurierungsanteile		USD	31.12.97x	(4,7400)		
G-Equity Fund - G-British Equity Ausschüttungsanteile	973966	GBP	20.01.97 30.09.97x	6,8700 0,3200		
G-Equity Fund - G-British Equity Thesaurierungsanteile	972516	GBP	30.09.97x	8,9000		
G-Equity Fund - G-Dutch Equity Ausschüttungsanteile	973967	NLG	20.01.97 30.09.97x	13,0300 0,0000	13,5900 0,0000	
G-Equity Fund - G-Dutch Equity Thesaurierungsanteile	972519	NLG	30.09.97x	11,1400		
G-Equity Fund - G-French Equity Ausschüttungsanteile	973968	FRF	20.01.97 30.09.97x	21,1200 0,0000		
G-Equity Fund - G-French Equity Thesaurierungsanteile	972518	FRF	30.09.97x	9,2900		
G-Equity Fund - G-German Equity Ausschüttungsanteile	973864	DEM	20.01.97 30.09.97x	7,8200 3,2500	8,3400 3,2500	
G-Equity Fund - G-German Equity Thesaurierungsanteile	972517	DEM	30.09.97x	6,3400		
G-Equity Fund - G-Italian Equity Ausschüttungsanteile	973969	ITL	20.01.97 30.09.97x	11.312,5900 6.132,7900	11.384,0000 6.132,7900	
G-Equity Fund - G-Italian Equity Thesaurierungsanteile	973607	ITL	30.09.97x	11.074,7900		
G-Equity Fund - G-Spanish Equity Ausschüttungsanteile	973970	ESP	20.01.97 30.09.97x	834,0100 0,0000	923,0000 0,0000	
G-Equity Fund - G-Spanish Equity Thesaurierungsanteile	972520	ESP	30.09.97x	1.401,8100		
G-Global Fund Teilfonds A - Portefeuille neutral Ausschüttungsanteile	973852	BEF	31.03.97x 10.06.97	418,1600 511,7600		
G-Global Fund Teilfonds A - Portefeuille neutral Thesaurierungsanteile	973853	BEF	31.03.97x	836,7000		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2801)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen	Betriebsvermögen	Anmerkungen
				in Währung	in Währung	
G-Global Fund Teilfonds B - Portefeuille aggressiv Ausschüttungsanteile	973854	BEF	31.03.97x 10.06.97	634,0700 405,8800		
G-Global Fund Teilfonds B - Portefeuille aggressiv Thesaurierungsanteile	973855	BEF	31.03.97x	958,5700		
G-Global Fund Teilfonds C - Portefeuille defensiv Ausschüttungsanteile	973856	BEF	31.03.97x 10.06.97	330,0700 608,2300		
G-Global Fund Teilfonds C - Portefeuille defensiv Thesaurierungsanteile	973857	BEF	31.03.97x	916,1400		
Gamax Funds - Junior A-Anteile	986703	DEM	31.12.97x	(0,1500)		
Gamax Funds - Junior B-Anteile	986704	DEM	31.12.97x	(0,1800)		
Gamax Funds - Maxi-bond A-Anteile	973956	DEM	31.03.97 31.12.97x	0,4500 0,0000	0,6900 0,0000	
Gamax Funds - Maxi-bond B-Anteile	974487	DEM	31.03.97 31.12.97x	0,1700 0,0000	0,5200 0,0000	
Gamax Funds - Maxi-Fonds International A-Anteile	972194	DEM	31.12.97x	(0,0800)		
Gamax Funds - Maxi-Fonds International B-Anteile	974486	DEM	31.12.97x	(0,1700)		
Gamax Funds - Top 100 A-Anteile	974579	DEM	31.12.97x	(0,1100)		
Gamax Funds - Top 100 B-Anteile	974580	DEM	31.12.97x	(0,2000)		
Generalux CHF Ausschüttungsanteile	986776	CHF	30.06.97x 25.09.97	0,0000 0,0900	0,0000 0,1200	
Generalux CHF Thesaurierungsanteile	986777	CHF	30.06.97x	0,1100		
Generalux DEM Ausschüttungsanteile	972324	DEM	30.06.97x 25.09.97	0,0000 0,6300	0,0000 0,7700	
Generalux DEM Thesaurierungsanteile	972325	DEM	30.06.97x	0,6700		
Generalux Euro Ausschüttungsanteile	986774	DEM	30.06.97x 25.09.97	0,0000 0,2600	0,0000 0,2900	
Generalux Euro Thesaurierungsanteile	986775	DEM	30.06.97x	0,2600		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2801)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen	Betriebsvermögen	Anmerkungen
				in Währung	in Währung	
Generalux Europe Ausschüttungsanteile	972220	XEU	30.06.97x 25.09.97	0,0000 0,3700	0,0000 0,4300	
Generalux Europe Thesaurierungsanteile	972221	XEU	30.06.97x	0,4200		
Generalux Francs Ausschüttungsanteile	971138	BEF	30.06.97x 25.09.97	0,0000 15,8600	0,0000 19,4700	
Generalux Francs Thesaurierungsanteile	971143	BEF	30.06.97x	16,3400		
Generalux FRF Ausschüttungsanteile	972331	FRF	30.06.97x 25.09.97	0,0000 2,8200	0,0000 3,4000	
Generalux FRF Thesaurierungsanteile	972332	FRF	30.06.97x	3,1000		
Generalux JPY Ausschüttungsanteile	986778	JPY	30.06.97x 25.09.97	0,9900 10,0000		
Generalux JPY Thesaurierungsanteile	986779	JPY	30.06.97x	11,2800		
Generalux Multi Currency Ausschüttungsanteile	971233	DEM	30.06.97x 25.09.97	0,0000 0,8300	0,0000 0,9000	
Generalux Multi Currency Thesaurierungsanteile	971234	DEM	30.06.97x	0,9900		
Generalux USD Ausschüttungsanteile	972475	USD	30.06.97x 25.09.97	0,0000 0,5300	0,0000 0,5500	
Generalux USD Thesaurierungsanteile	972476	USD	30.06.97x	0,5900		
Govett Emerging Markets Income Fund Limited		USD	31.05.97x 01.07.97 01.12.97	0,4700 0,5250 0,5250		
GSAM Money Markets Fund - Deutsche Mark		DEM	00.01.97 00.07.97 31.12.97x	1,1000 1,0000 0,0000		
Hauck Cash DM	974503	DEM	30.06.97x	2,4100		
Hauck DM-Rent	971653	DEM	30.06.97x	4,5100		
Hauck Geo-Rent	972067	DEM	30.06.97x	5,2400		
Helvetbär	970980	CHF	12.02.97 31.12.97x	33,0000 10,5800		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Hungarian Investment Company Limited	878806	USD	28.02.97x	9,2730		
IAM - European Equity Fund		CHF	31.12.97x	0,0000		
IAM - Global Equity Fund		CHF	12.02.97 31.12.97x	2,6000 26,0900		
IAM - Swiss Equity Fund		CHF	31.12.97x	2,0400		
IHSV 98 Global (Lux)	972333	DEM	31.03.97x	68,0500		
Indosuez Latin America Fund Ausschüttungsanteile	986436	USD	30.06.97x	(0,0189)		
Indosuez Latin America Fund Thesaurierungsanteile	973681	USD	30.06.97x	(0,0189)		
Interselex Europa Ausschüttungsanteile	973863	BEF	20.01.97 30.09.97x	130,0000 49,3500		
Interselex Europa Thesaurierungsanteile	971163	BEF	30.09.97x	161,7200		
Interselex Invest - Interselex America Ausschüttungsanteile	973958	USD	20.01.97 30.09.97x	0,7100 1,9400	0,7600 1,9400	
Interselex Invest - Interselex America Thesaurierungsanteile	970812	USD	30.09.97x	2,3600		
Interselex Invest - Interselex Belga Ausschüttungsanteile	973959	BEF	20.01.97 30.09.97x	91,9100 0,0000	130,5900 0,0000	
Interselex Invest - Interselex Belga Thesaurierungsanteile	970982	BEF	30.09.97x	150,6700		
Interselex Invest - Interselex Japan Ausschüttungsanteile	973961	BEF	20.01.97 30.09.97x	0,0000 (11,1600)	22,3500 (11,1600)	
Interselex Invest - Interselex Japan Thesaurierungsanteile	970914	BEF	30.09.97x	(11,6800)		
Interselex Invest - Interselex New Asia Ausschüttungsanteile	973960	BEF	20.01.97 30.09.97x	0,0000 68,8300	234,1200 68,8300	
Interselex Invest - Interselex New Asia Thesaurierungsanteile	972683	BEF	30.09.97x	293,0400		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Interswiss	985001	CHF	31.03.97 31.12.97x	9,4000 0,0000		
Isa Asian Growth Fund	974999	USD	31.12.97x	(0,3460)		
J-Fund	971314	CHF	31.12.97x	(4,4100)		
J.P. Morgan Funds - JPM European Bond Fund Ausschüttungsanteile	973706	CHF	25.04.97 31.12.97x	5,2700 1,3900		
J.P. Morgan Funds - JPM European Bond Fund Thesaurierungsanteile	972809	CHF	31.12.97x	7,3000		
J.P. Morgan Funds - JPM European Equity Fund Ausschüttungsanteile	974236	XEU	25.04.97 31.12.97x	1,2900 0,0500		
J.P. Morgan Funds - JPM European Equity Fund Thesaurierungsanteile	974233	XEU	31.12.97x	1,6400		
J.P. Morgan Funds - JPM Japan Equity Fund Ausschüttungsanteile	974237	JPY	31.12.97x	(25,3100)		
J.P. Morgan Funds - JPM Japan Equity Fund Thesaurierungsanteile	974234	JPY	31.12.97x	(25,3100)		
J.P. Morgan Funds - JPM U.S. Bond Fund Ausschüttungsanteile	973705	USD	25.04.97 31.12.97x	6,0400 2,3600		
J.P. Morgan Funds - JPM U.S. Bond Fund Thesaurierungsanteile	972812	USD	31.12.97x	10,4500		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Asia Equity Fund Klasse A		USD	31.12.97x	(0,0820)		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Blue and Green Fund		FRF	31.12.97x	2.732,2300		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Capital Preservation Fund Klasse A		XEU	31.12.97x	1,1830		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Capital Preservation Fund Klasse B		XEU	31.12.97x	1,1410		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Europe Equity Fund Klasse A		XEU	31.12.97x	(0,0010)		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Europe Equity Fund Klasse B		XEU	31.12.97x	(0,0010)		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Europe Fixed Income Fund Klasse A		XEU	31.12.97x	0,5500		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Europe Fixed Income Fund Klasse B		XEU	31.12.97x	0,5400		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Global Balanced Fund Klasse A		USD	31.12.97x	0,1700		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Global Balanced Fund Klasse B		USD	31.12.97x	0,1700		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Global Balanced Fund Klasse X		USD	31.12.97x	0,1700		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Global Equity Fund Klasse A		USD	31.12.97x	(0,0060)		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Global Equity Fund Klasse B		USD	31.12.97x	(0,0060)		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM International Fixed Income Fund Klasse A		USD	31.12.97x	1,5200		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM International Fixed Income Fund Klasse B		USD	31.12.97x	1,5200		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Interoblig Fund Klasse A		USD	31.12.97x	16,0200		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Interoblig Fund Klasse B		USD	31.12.97x	16,0300		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Japan Equity Fund Klasse A		USD	31.12.97x	(58,2000)		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Japan Equity Fund Klasse B		USD	31.12.97x	(54,0200)		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Mixto Renta Fija Klasse A		ESP	31.12.97x	3.319,8200		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Mixto Renta Fija Klasse B		ESP	31.12.97x	3.502,6300		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Mixto Renta Fija Klasse C		ESP	31.12.97x	2.736,3100		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Mixto Renta Variable Klasse A		ESP	31.12.97x	2.949,0300		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Mixto Renta Variable Klasse B		ESP	31.12.97x	3.162,3900		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM Peseta Liquidity Fund		ESP	31.12.97x	4.540,7900		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM US Equity Fund Klasse A	987333	USD	31.12.97x	(0,3800)		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM US Equity Fund Klasse B	987334	USD	31.12.97x	(0,3300)		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM US Fixed Income Fund Klasse A		USD	31.12.97x	2,2700		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM US Fixed Income Fund Klasse B		USD	31.12.97x	2,2700		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM US Small Company Equity Fund Klasse A	987335	USD	31.12.97x	(0,2700)		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM US Small Company Equity Fund Klasse B	987336	USD	31.12.97x	(0,2200)		
J.P. Morgan Investment Fund - JPM US Small Company Equity Fund Klasse C		USD	31.12.97x	0,2200		
J.P. Morgan Luxembourg Funds - JPM DEM Liquidity Fund (Class A Shares)	974785	DEM	30.11.97x	3,2400		
J.P. Morgan Luxembourg Funds - JPM ECU Liquidity Fund (Class A Shares)	974789	XEU	30.11.97x	3,2600		
J.P. Morgan Luxembourg Funds - JPM FFR Liquidity Fund (Class A Shares)	974786	FRF	30.11.97x	2,2500		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2801)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
J.P. Morgan Luxembourg Funds - JPM GBP Liquidity Fund (Class A Shares)	974788	GBP	30.11.97x	4,6600		
J.P. Morgan Luxembourg Funds - JPM ITL Liquidity Fund (Class A Shares)		ITL	30.11.97x	867,1000		
J.P. Morgan Luxembourg Funds - JPM ITL Liquidity Fund (Class B Shares)		ITL	30.08.97 30.11.97x	1.338,4500 1.500,4000		
J.P. Morgan Luxembourg Funds - JPM SFR Liquidity Fund (Class A Shares)		CHF	30.11.97x	0,8390		
J.P. Morgan Luxembourg Funds - JPM USD Liquidity Fund (Class A Shares)	974787	USD	30.11.97x	96,1800		
JPM Lux - JPM Emerging Markets Equity Fund A-Anteile		USD	31.12.97x	(0,0480)		
JPM Lux - JPM Emerging Markets Equity Fund B-Anteile		USD	31.12.97x	1,6580		
JPM Lux - JPM Global Strategic Fixed Income Fund A-Anteile	987178	USD	31.12.97x	2,6090		
JPM Lux - JPM Global Strategic Fixed Income Fund B-Anteile	987622	USD	31.12.97x	2,7530		
JPM Lux - JPM Global Strategic Fixed Income Fund C-Anteile	987415	USD	31.12.97x	2,8080		
JPM U.S. Equity Fund Ausschüttungsanteile	974238	USD	25.04.97 31.12.97x	0,7400 0,2900		
JPM U.S. Equity Fund Thesaurierungsanteile	974235	USD	31.12.97x	0,7500		
Lion-Interaction Amerique	971421	USD	31.12.97x	(0,7400)		
Lion-Interaction Asie-Pacifique	971422	USD	31.12.97x	(0,6400)		
Lion-Interaction CL Global Equity Fund	971423	USD	31.12.97x	(3,0900)		
Lion-Interaction Europe	971424	XEU	31.12.97x	0,2300		
Lux Global RE-INVEST	971458	DEM	30.06.97x	7,3930		
M-Fund	971928	CHF	31.12.97x	178,0500		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2801)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Merck Finck Invest OptiZins II	986587	DEM	30.09.97x	(2,2543)		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Asian Tiger Opportunity Portfolio A-Anteile	986707	USD	31.08.97x 15.12.97	0,0180 0,0420	0,0180 0,1330	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Asian Tiger Opportunity Portfolio B-Anteile	986708	USD	31.08.97x 15.12.97	0,0180 0,0420	0,0180 0,1340	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Basic Value Portfolio A-Anteile	987135	USD	31.08.97x 15.12.97	0,0500 0,0000	0,0500 0,2600	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Basic Value Portfolio B-Anteile	973616	USD	31.08.97x 15.12.97	0,0500 0,0000	0,0500 0,2090	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Basic Value Portfolio O-Anteile	973615	USD	31.08.97x 15.12.97	0,0500 0,0000	0,0500 0,2580	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Basic Value Portfolio P-Anteile		USD	31.08.97x	0,0500		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Capital Portfolio A-Anteile	974501	USD	31.08.97x 15.12.97	0,0540 0,1460		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Capital Portfolio B-Anteile	974502	USD	31.08.97x 15.12.97	0,0930 0,1170		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Convertible Securities Portfolio A-Anteile	987136	USD	31.08.97x 15.12.97	0,2300 0,1730		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Convertible Securities Portfolio B-Anteile	973617	USD	31.08.97x 15.12.97	0,2380 0,1520		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Convertible Securities Portfolio O-Anteile	971559	USD	31.08.97x 15.12.97	0,2120 0,1880		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Dragon Portfolio A-Anteile	987140	USD	31.08.97x 15.12.97	(0,0800) 0,0000	(0,0800) 0,1620	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Dragon Portfolio B-Anteile	972474	USD	31.08.97x 15.12.97	(0,0800) 0,0000	(0,0800) 0,1930	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Dragon Portfolio O-Anteile	972029	USD	31.08.97x	(0,0800) 0,0000	(0,0800) 0,2050	

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Dragon Portfolio P-Anteile		USD	31.08.97x	(0,0900)		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Euro Equity Portfolio A-Anteile	987138	USD	31.08.97x 15.12.97	0,0000 0,1000		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Euro Equity Portfolio B-Anteile	973620	USD	31.08.97x 15.12.97	0,0000 0,1150	0,0000 0,2050	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Euro Equity Portfolio O-Anteile	972173	USD	31.08.97x 15.12.97	0,0000 0,1000	0,0000 0,2320	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Euro Equity Portfolio P-Anteile		USD	31.08.97x	0,1000		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Global Allocation Portfolio A-Anteile	987142	USD	31.08.97x 15.12.97	0,5300 0,1900		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Global Allocation Portfolio B-Anteile	973624	USD	31.08.97x 15.12.97	0,3790 0,1310		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Global Allocation Portfolio O-Anteile	973623	USD	31.08.97x 15.12.97	0,3600 0,1600		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Global Equity Portfolio A-Anteile	973618	USD	31.08.97x 17.11.97x	(0,0200) (0,0272)		Der Fonds wurde am 17.11.1997 durch den Teilfonds Global Value übernommen.
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Global Equity Portfolio B-Anteile	973619	USD	31.08.97x 17.11.97x	(0,0600) (0,0249)		Der Fonds wurde am 17.11.1997 durch den Teilfonds Global Value übernommen.
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Global Equity Portfolio O-Anteile	987137	USD	31.08.97x 17.11.97x	(0,0600) (0,0273)		Der Fonds wurde am 17.11.1997 durch den Teilfonds Global Value übernommen.
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Global Small Cap Portfolio A-Anteile	974251	USD	31.08.97x 15.12.97	(0,1200) 0,0000	(0,1200) 0,1240	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Global Small Cap Portfolio B-Anteile	974252	USD	31.08.97x	(0,1200) 0,0000	(0,1200) 0,1300	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Global Small Cap Portfolio P-Anteile		USD	31.08.97x	(0,1200)		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Global Value Portfolio A-Anteile	987207	USD	31.08.97x	0,0000		

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Global Value Portfolio B-Anteile	987208	USD	31.08.97x	0,0000		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Latin America Portfolio A-Anteile	987139	USD	31.08.97x	0,1500		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Latin America Portfolio B-Anteile	972877	USD	31.08.97x	0,1400		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Latin America Portfolio O-Anteile	973364	USD	31.08.97x	0,1400		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Latin America Portfolio P-Anteile		USD	31.08.97x	0,1400		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Pacific Equity Portfolio A-Anteile	973868	USD	31.08.97x	(0,1400)		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Pacific Equity Portfolio B-Anteile	973869	USD	31.08.97x	(0,1600)		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Pacific Equity Portfolio P-Anteile		USD	31.08.97x	(0,1800)		
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Technology Portfolio A-Anteile	974499	USD	31.08.97x 15.12.97	(0,3800) 0,0000	(0,3800) 0,2180	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Technology Portfolio B-Anteile	974500	USD	31.08.97x 15.12.97	(0,3800) 0,0000	(0,3800) 0,1320	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Visionary Portfolio A-Anteile	974666	USD	31.08.97x 15.12.97	(0,2500) 0,0000	(0,2500) 0,1540	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - Visionary Portfolio B-Anteile	974667	USD	31.08.97x 15.12.97	(0,2500) 0,0000	(0,2500) 0,1210	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - World Natural Resources Portfolio A-Anteile	987141	USD	31.08.97x 15.12.97	(0,1500) 0,0000	(0,1500) 0,1480	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - World Natural Resources Portfolio B-Anteile	973622	USD	31.08.97x 15.12.97	(0,1300) 0,0000	(0,1300) 0,1360	
Merrill Lynch Equity/Convertible Series - World Natural Resources Portfolio O-Anteile	973621	USD	31.08.97x 15.12.97	(0,1500) 0,0000	(0,1500) 0,1770	

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
MFS American Funds - Charter Income Fund Ausschüttungsanteile (Back-End Load)	974169	USD	02.01.97 03.02.97 03.03.97 01.04.97 01.05.97 02.06.97 01.07.97 01.08.97 01.09.97 01.10.97 03.11.97 01.12.97 31.12.97x	0,0350 0,0350 0,0300 0,0300 0,0360 0,0430 0,0570 0,0530 0,0480 0,0610 0,0380 0,0100 0,0000	0,0350 0,0350 0,0300 0,0300 0,0360 0,0430 0,0570 0,0530 0,0480 0,0610 0,0380 0,0440 0,0000	
MFS American Funds - Charter Income Fund Ausschüttungsanteile (Front-End Load)	974143	USD	02.01.97 03.02.97 03.03.97 01.04.97 01.05.97 02.06.97 01.07.97 01.08.97 01.09.97 01.10.97 03.11.97 01.12.97 31.12.97x	0,0370 0,0370 0,0310 0,0310 0,0330 0,0400 0,0590 0,0540 0,2260 0,0500 0,0460 0,0020 0,0000	0,0370 0,0370 0,0310 0,0310 0,0330 0,0400 0,0590 0,0540 0,2260 0,0500 0,0460 0,0480 0,0000	
MFS American Funds - Charter Income Fund Thesaurierungsanteile (Back-End Load)	974144	USD	31.12.97x	0,5500		
MFS American Funds - Charter Income Fund Thesaurierungsanteile (Front-End Load)	974168	USD	31.12.97x	0,0400		

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
MFS American Funds - U.S. Dollar Reserve Fund Ausschüttungsanteile (Back-End Load)	986182	USD	31.12.97x	0,0500		
MFS American Funds - U.S. Dollar Reserve Fund Ausschüttungsanteile (Front-End Load)	986180	USD	31.12.97x	0,0500		
MFS American Funds - U.S. Dollar Reserve Fund Thesaurierungsanteile (Back-End Load)	986181	USD	31.12.97x	0,0300		
MFS American Funds - U.S. Dollar Reserve Fund Thesaurierungsanteile (Front-End Load)	986179	USD	31.12.97x	0,0500		
MFS American Funds - U.S. Emerging Growth Fund Ausschüttungsanteile (Back-End Load)	974167	USD	31.12.97x	(0,2200)		
MFS American Funds - U.S. Emerging Growth Fund Ausschüttungsanteile (Front-End Load)	974141	USD	31.12.97x	(0,3200)		
MFS American Funds - U.S. Emerging Growth Fund Thesaurierungsanteile (Back-End Load)	974142	USD	31.12.97x	(0,3200)		
MFS American Funds - U.S. Emerging Growth Fund Thesaurierungsanteile (Front-End Load)	974140	USD	31.12.97x	(0,1300)		
MFS American Funds - U.S. Equity Fund Ausschüttungsanteile (Back-End Load)	974164	USD	31.12.97x	(0,0400)		
MFS American Funds - U.S. Equity Fund Ausschüttungsanteile (Front-End Load)	974136	USD	12.12.97 31.12.97x	0,0163 0,0000	0,0200 0,0000	
MFS American Funds - U.S. Equity Fund Thesaurierungsanteile (Back-End Load)	974137	USD	31.12.97x	(0,0400)		
MFS American Funds - U.S. Equity Fund Thesaurierungsanteile (Front-End Load)	974135	USD	31.12.97x	0,0200		

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
MFS American Funds - U.S. High Yield Bond Fund Ausschüttungsanteile (Back-End Load)	974166	USD	07.04.97 01.07.97 07.07.97 01.08.97 01.09.97 01.10.97 03.11.97 01.12.97 31.12.97x	0,0680 0,0690 0,1050 0,0560 0,0600 0,0710 0,0680 0,0600 0,0100		
MFS American Funds - U.S. High Yield Bond Fund Ausschüttungsanteile (Front-End Load)	974139	USD	07.04.97 01.07.97 07.07.97 01.08.97 01.09.97 01.10.97 03.11.97 01.12.97 31.12.97x	0,0750 0,0590 0,1000 0,0640 0,0660 0,0760 0,0700 0,0450 0,0200		
MFS American Funds - U.S. High Yield Bond Fund Thesaurierungsanteile (Back-End Load)	974165	USD	31.12.97x	0,3100		
MFS American Funds - U.S. High Yield Bond Fund Thesaurierungsanteile (Front-End Load)	974138	USD	31.12.97x	0,2700		
MFS American Funds - U.S. Research Fund Ausschüttungsanteile (Back-End Load)			31.12.97x	0,0400		
MFS American Funds - U.S. Research Fund Ausschüttungsanteile (Front-End Load)			31.12.97x	(0,0200)		
MFS American Funds - U.S. Research Fund Thesaurierungsanteile (Back-End Load)			31.12.97x	(0,0300)		
MFS American Funds - U.S. Research Fund Thesaurierungsanteile (Front-End Load)			31.12.97x	(0,0200)		

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
MK Lux Classic Plus Klasse A	974639	DEM	31.12.97x	1,4000		
MK Lux Classic Plus Klasse B	974640	DEM	31.12.97x	1,4000		
MK Lux Classic Plus Klasse C	974641	CHF	31.12.97x	1,2800		
MK Lux Classic Plus Klasse D	974642	CHF	31.12.97x	1,2800		
MK Lux Eurorent Klasse A	972497	DEM	31.12.97x	4,9700		
MK Lux Eurorent Klasse B	972496	DEM	21.02.97 31.12.97x	3,9400 0,0000	3,9600 0,0000	
MK Lux Variogeld	972498	DEM	31.12.97x	2,6100		
MLBS Balanced Fund A	974216	USD	31.12.97x	117,4577		
MLBS Balanced Fund (ECU)	974217	XEU	31.12.97x	193,0829		
MLBS Equity Portfolio (USD)		USD	31.12.97x	212,0792		
MLBS Fixed Income Fund (USD)	974218	USD	31.12.97x	117,9201		
MLBS Fixed Income Fund (ECU)	974219	XEU	31.12.97x	169,3016		
MLBS Fixed Income Portfolio (DEM)		DEM	31.12.97x	134,8091		
Morgan Grenfell American Growth Trust Thesaurierungsanteile	974808	GBP	30.06.97x	0,4101		
Morgan Grenfell Asian Trader Trust Thesaurierungsanteile	973823	GBP	30.09.97x	0,0235		
Morgan Grenfell European Growth Trust Ausschüttungsanteile	974920	GBP	31.05.97x	1,1154		
Morgan Grenfell European Growth Trust Thesaurierungsanteile	972767	GBP	31.05.97x	1,1276		
Morgan Grenfell International Funds - Japan Bullet Fund	973825	GBP	31.01.97x	(0,0079)		
Morgan Grenfell International Funds - Morgan Grenfell European Capital Growth Fund	973826	DEM	31.01.97x	(1,3584)		
Nikko Currency Fund - Nikko Yen Portfolio	974547	JPY	31.12.97x	0,2700		
Nikko Global Umbrella Fund - Asia Convertible Bond Fund	986088	USD	06.05.97 31.12.97x	0,1500 0,0000	0,1600 0,0000	

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Nikko Global Umbrella Fund - Asia-Pacific Fund	986091	USD	06.05.97 31.12.97x	0,0500 0,0000	0,2400 0,0000	
Nikko Global Umbrella Fund - Hong Kong Fund	986092	USD	06.05.97 31.12.97x	0,0000 (0,6100)		
Nikko Global Umbrella Fund - Indonesia Fund	986096	USD	31.12.97x	(0,5320)		
Nikko Global Umbrella Fund - Japan Return Reversal Fund	986087	JPY	31.12.97x	(7,7210)		
Nikko Global Umbrella Fund - JASDAQ Fund A-Anteile	986089	JPY	31.12.97x	(21,6920)		
Nikko Global Umbrella Fund - JASDAQ Fund B-Anteile	986090	JPY	31.12.97x	(12,8760)		
Nikko Global Umbrella Fund - Malaysia Fund	986094	USD	31.12.97x	(0,9650)		
Nikko Global Umbrella Fund - Oceania Fund	986098	USD	06.05.97 31.12.97x	0,0100 (0,0520)	0,0400 (0,0520)	
Nikko Global Umbrella Fund - Philippines Fund	986097	USD	31.12.97x	(0,7320)		
Nikko Global Umbrella Fund - Singapore Fund	986093	USD	06.05.97 31.12.97x	0,0000 (2,5200)		
Nikko Global Umbrella Fund - Thailand Fund	986095	USD	31.12.97x	(0,1860)		
Nordlux - Aktien	986872	DEM	31.12.97x	(1,0700)		
Nordlux - Renten Klasse A	974410	DEM	31.12.97x	3,0500		
Nordlux - Renten Klasse B	974411	DEM	21.02.97 31.12.97x	2,7300 0,0000	3,5000 0,0000	
Oberbank Portfolio-Mix Miteigentumsfonds in Wertpapieren	973381	ATS	14.10.97x 15.12.97	0,0000 4,6558	0,0000 9,1462	
OIM Kapital-Garant 9/98 Tranche A	974782	DEM	30.09.97x 26.11.97	0,0000 0,1800		
OIM Kapital-Garant 9/98 Tranche B	974781	DEM	30.09.97x	0,1800		
OIM Vermögensaufbau-Fonds	973912	DEM	31.12.97x	2,5500		
ÖkoVision	974968	DEM	31.07.97x	(1,1900)		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
OP-Invest CHF Klasse A	974737	CHF	20.03.97 31.12.97x	1,7100 0,0000		
OP-Invest CHF Klasse B	974738	CHF	31.12.97x	2,0700		
Oppenheim Aktien D Protect I	973987	DEM	31.12.97x	(0,6700)		
Oppenheim Dispo - Bond	971994	DEM	31.12.97x	63,1800		
Oppenheim Dispo - Cash	971993	DEM	31.12.97x	34,2900		
Oppenheim DM-Rent 3/99	974104	DEM	31.03.97x 11.06.97	0,0000 2,6800		
Oppenheim Interlux Tranche A	974650	DEM	20.03.97 31.12.97x	4,6700 0,0000		
Oppenheim Interlux Tranche B	971173	DEM	31.12.97x	5,1900		
PEH Quintessenz Sicav Q-Aktien D	986364	DEM	31.12.97x	(0,9200)		
PEH Quintessenz Sicav Q-Emerging Markets	986424	DEM	31.12.97x	(0,9900)		
PEH Quintessenz Sicav Q-Europa	986367	DEM	31.12.97x	(0,6000)		
PEH Quintessenz Sicav Q-Goldmines	986366	DEM	31.12.97x	0,0200		
PEH Quintessenz Sicav Q-High-Yield	973704	DEM	14.05.97 31.12.97x	6,3800 0,0000		
PEH Quintessenz Sicav Q-Renten D	986365	DEM	14.05.97 31.12.97x	0,1400 0,0000		
PEH Quintessenz Sicav Q-Turn-around	972871	DEM	31.12.97x	(0,7800)		
Performa Fund - European Equity	971669	XEU	31.12.97x	0,2891		
Performa Fund - Global Mix	974253	CHF	31.12.97x	0,0317		
Performa Fund - Japanese Equities	986827	JPY	31.12.97x	(2,6114)		
Performa Fund - U.S. Dollar International Income	972860	USD	31.12.97x	0,6588		
Performa Fund - U.S. Real Estate Securities	974239	USD	31.12.97x	0,4561		
Permal Europe Ltd.		DEM	31.12.97 31.12.97x	20,0000 1,367,4400		
Permal Growth N.V.		USD	31.12.97x	810,1800		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Permal Media and Communications Ltd.		USD	31.12.97x	277,7500		
Permal Noscail Ltd.		USD	31.12.97x	290,3200		
Pharma/Health	973039	USD	31.12.97x	(1,3400)		
Pictet Targeted Fund - Australasia	974314	USD	31.12.97x	0,6800		
Pictet Targeted Fund - Eastern Europe	974669	DEM	31.12.97x	(3,9100)		
Pictet Targeted Fund - Emerging Markets	972822	USD	31.12.97x	(1,7400)		
Pictet Targeted Fund - European Opportunity	973609	XEU	31.12.97x	(1,0700)		
Pictet Targeted Fund - Euroval	973659	XEU	31.12.97x	0,3500		
Pictet Targeted Fund - International Small Cap	986223	USD	31.12.97x	1,4400		
Raiffeisen DM - Rent	971865	DEM	31.05.97x 01.08.97	0,5440 6,5000		
Rosenberg Alpha Fund U.S. Japan A-Anteile	971263	USD	30.06.97x 12.09.97	3,4500 0,0500		
Rosenberg Alpha Fund U.S. Japan B-Anteile	971264	USD	30.06.97x 12.09.97	1,8800 0,0500		
SBC Equity Fund Asia vormals: AsiaPortfolio	971165	CHF	30.09.97x 04.12.97	161,6289 10,1877		
SBC Equity Fund Emerging Markets vormals: SBC Emerging Markets Fund	972827	CHF	30.06.97x 04.09.97	126,0278 10,0000		
SBC Equity Fund France vormals: FranceValor	971072	FRF	31.03.97x 05.06.97	234,2828 11,8915		
SBC Equity Fund Germany vormals: GermaniaValor	971056	DEM	31.03.97x 05.06.97	21,2069 2,0000		
SBC Equity Fund Great Britain vormals: AngloValor	971048	GBP	31.03.97x 05.06.97	3,4140 8,2072		
SBC Equity Fund Japan vormals: JapanPortfolio	970646	JPY	30.09.97x	(217,9000)		
SBC Equity Fund Spain vormals: IberiaValor	971343	ESP	31.03.97x 05.06.97	15.605,2400 1,047,7900		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslInvestmG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
SBC Equity Fund Switzerland vormals: SwissValor	970301	CHF	31.10.97x	196,6199		
SBC Equity Fund USA vormals: AmericaValor	970749	USD	31.03.97x 05.06.97	59,7113 5,8000		
SBC Equity Portfolio - Australia	972974	AUD	30.11.97x	1,7000		
SBC Equity Portfolio - Canada	972746	CAD	30.11.97x	1,1800		
SBC Equity Portfolio - Europe	971556	XEU	30.11.97x	2,0300		
SBC Equity Portfolio - Hong Kong	986579	USD	30.11.97x	7,2800		
SBC Equity Portfolio - Malaysia	986581	USD	30.11.97x	1,1800		
SBC Equity Portfolio - Netherlands	972747	NLG	30.11.97x	(1,8000)		
SBC Equity Portfolio - Singapore	986580	USD	30.11.97x	0,0600		
SBC Equity Portfolio - Small & Mid Caps Europe	974185	XEU	30.11.97x	0,2000		
SBC Equity Portfolio - Small & Mid Caps Japan	974187	JPY	30.11.97x	(89,6100)		
SBC Equity Portfolio - Small & Mid Caps USA	974186	USD	30.11.97x	(3,4500)		
Singapore Sesdaq Fund Ltd. (The)	878057	USD	30.11.97x	4,2200		
Stockbar	970774	CHF	12.02.97 31.12.97x	28,1000 221,4900		
Swiss Re Global Fund	971835	CHF	20.02.97 31.12.97x	549,5675 81,1300		
Swissbar	971068	CHF	12.02.97 31.12.97x	35,0000 536,2800		
Swissfonds 10	985222	CHF	30.04.97 31.12.97x	850,0000 652,6300		
Threadneedle Global Assets - Belgian Franc Liquid Assets Fund	974854	BEF	04.01.97 31.12.97x	20,0000 0,0003		
Threadneedle Global Assets - Benelux Equity Fund	974585	NLG	31.12.97x	(0,0494)		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslvestrnG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Threadneedle Global Assets - Deutschmark Bond Fund	973562	DEM	02.01.97 18.08.97 31.12.97x	0,0900 0,0727 0,0004		
Threadneedle Global Assets - Deutschmark Liquid Assets Fund	973566	DEM	02.01.97 18.08.97 31.12.97x	0,0320 0,0427 0,0024		
Threadneedle Global Assets - European Bond Fund	973707	DEM	02.01.97 18.08.97 31.12.97x	0,1000 0,1229 0,0013		
Threadneedle Global Assets - European Equity Fund	973558	DEM	31.12.97x	(0,0824)		
Threadneedle Global Assets - European Smaller Companies Equity Fund	986166	DEM	31.12.97x	(0,1493)		
Threadneedle Global Assets - International Bond Fund	974763	USD	02.01.97 18.08.97 31.12.97x	0,2700 0,1909 0,0077		
Threadneedle Global Assets - International Equity Fund	973708	USD	31.12.97x	0,0005		
Threadneedle Global Assets - Japanese Equity Fund	973556	JPY	31.12.97x	(1,6592)		
Threadneedle Global Assets - Japanese Smaller Companies Equity Fund	974764	JPY	31.12.97x	(14,5046)		
Threadneedle Global Assets - Japanese Yen Bond Fund	973561	JPY	02.01.97 18.08.97 31.12.97x	2,6000 3,2378 0,0045		
Threadneedle Global Assets - Japanese Yen Liquid Assets Fund	973565	JPY	18.08.97 31.12.97x	0,1402 0,0188		
Threadneedle Global Assets - Latin America Fund	974762	USD	31.12.97x	0,0007		
Threadneedle Global Assets - North American Equity Fund	973555	USD	31.12.97x	(0,0544)		

Erträge nach § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 des Gesetzes über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen vom 28. Juli 1969 - AuslvestrnG - (BGBl. I S. 986); zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Dez. 1999 (BGBl. 1999 I S. 2601)

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
Threadneedle Global Assets - North American Smaller Companies Equity Fund	986165	USD	31.12.97x	(0,2064)		
Threadneedle Global Assets - Pacific Basin Equity Fund	973557	USD	31.12.97x	(0,0001)		
Threadneedle Global Assets - Sterling Bond Fund	973559	GBP	02.01.97 18.08.97 31.12.97x	0,0400 0,0317 0,0001		
Threadneedle Global Assets - Sterling Liquid Assets Fund	973563	GBP	02.01.97 18.08.97 31.12.97x	0,0060 0,0262 0,0022		
Threadneedle Global Assets - United Kingdom Equity Fund	973554	GBP	02.01.97 31.12.97x	0,0100 0,0002		
Threadneedle Global Assets - US Dollar Bond Fund	973560	USD	02.01.97 18.08.97 31.12.97x	0,0420 0,0591 0,0009		
Threadneedle Global Assets - US Dollar Liquid Assets Fund	973564	USD	02.01.97 18.08.97 31.12.97x	0,0440 0,0468 0,0000		
TradeRent	973033	ATS	31.08.97x 03.11.97	0,0000 53,1858	0,0000 70,0000	
Trinkaus Optima US Equities Klasse A	986550	USD	31.12.97x	(0,6980)		
Trinkaus Optima US Equities Klasse B	986551	USD	31.12.97x	(0,6980)		
UBS Bond Invest CHF Domestic	970612	CHF	30.06.97x 28.07.97	1,5000 2,6000		
UBS Equity Invest Switzerland	970161	CHF	31.03.97x	(2,2200)		
UBS Sima	985018	CHF	26.03.97 31.12.97x	11,5000 0,4800		
UBS Swissreal	985023	CHF	26.03.97 31.12.97x	11,5000 0,3100		
UBZ \$-Bond Fund	972980	USD	31.12.97x	5,5900		

Fonds	WPKN	Währung	Ausschüttungstag	Privatvermögen in Währung	Betriebsvermögen in Währung	Anmerkungen
UBZ American Equity Fund	972976	USD	31.12.97x	(0,6100)		
UBZ D-Fund	972978	DEM	31.12.97x	(0,4200)		
UBZ DM-Bond Fund	972977	DEM	31.12.97x	5,4800		
UBZ Gold Fund	972376	USD	31.12.97x	(0,3800)		
UBZ Liquidity Fund - Deutschmark	972262	DEM	31.03.97x	8,4800		
UBZ Liquidity Fund - ECU	972265	XEU	31.03.97x	15,6700		
UBZ Liquidity Fund - Swiss Franc	972264	CHF	31.03.97x	5,0900		
UBZ Liquidity Fund - US Dollar	972263	USD	31.03.97x	10,2700		
UBZ Nippon Convert	972486	CHF	31.12.97x	(12,2700)		
UBZ Southeast Asia Fund	986050	USD	31.12.97x	13,0700		
UBZ Swiss Equity Fund	972975	CHF	31.12.97x	(0,2700)		
UBZ World Income Fund	972485	CHF	28.02.97 31.12.97x	4,5000 0,0000		
Vontobel Swiss Small Companies	971907	CHF	31.03.97x 09.05.97	55,1094 6,0000		
Vontobel Swissequities	971600	CHF	30.09.97x 11.11.97	222,3954 14,0000		
Walser DM Aktien Spezial	986111	DEM	31.12.97x	(0,9930)		
Walser Valor	974967	DEM	31.07.97x	3,1700		
ZZ 1	986462	ATS	03.03.97 31.12.97x	34,3538 20,4800	35,0000 20,4800	
ZZ 2	987239	ATS	31.12.97x	0,9800		

Anmerkungen:

- Der Besteuerung beim Anteilseigner unterliegen nicht nur die Ausschüttungen auf die ausländischen Investmentanteile, sondern auch bestimmte von den ausländischen Fonds nicht ausgeschüttete (thesaurierte) Erträge, die im AuslInvestmG als ausschüttungs-gleiche Erträge (§ 17 Abs. 1 AuslInvestmG) bzw. als ausgeschüttet zu behandelnde Erträge (§ 18 Abs. 1 AuslInvestmG) bezeichnet werden.
Die ausschüttungs-gleichen Erträge und die als ausgeschüttet zu behandelnden Erträge gelten mit Ablauf des Geschäftsjahres des Fonds, in dem sie der Fonds vereinnahmt hat, als zugeflossen.
In der Spalte "Ausschüttungstag" ist der Tag des Ablaufs des Geschäftsjahres des Fonds mit einem x gekennzeichnet. Ein Anteilseigner, der am Schluss dieses Tages Anteile an dem Fonds gehalten hat, hat deshalb, entsprechend der Zahl der von ihm an diesem Zeitpunkt gehaltenen Anteile, auch die ausschüttungs-gleichen bzw. die als ausgeschüttet zu behandelnden Erträge - ggf. zusammen mit den ihm gleichfalls zugeflossenen Ausschüttungen - der Besteuerung zu unterwerfen.
- In der Spalte "Währung" ist die Währung angegeben, in der die Ausschüttungen erfolgten und/oder die ausschüttungs-gleichen oder die als ausgeschüttet zu behandelnden Erträge festgestellt worden sind.
- Die Umrechnung der in Fremdwährung angegebenen Ausschüttungen in Deutsche Mark kann - soweit festgesetzt - mit den Umsatzsteuer-Umrechnungskursen (siehe Anlage 1) der betreffenden Auslandswährung vorgenommen werden. Gleiches gilt für die anrechenbare Abzugsteuer. Es bleibt dem Anteilseigner jedoch unbenommen, den Zuflussstag der Ausschüttungen nachzuweisen und sowohl die Ausschüttungen als auch die von den Ausschüttungen einbehaltene Abzugsteuer (Quellensteuer) zum Tageskurs umzurechnen (s. auch R 212 a, EStH).
Die ausschüttungs-gleichen und die als ausgeschüttet zu behandelnden Erträge sind mit den jeweiligen amtlich festgesetzten Devisenkursen (siehe Anlage 2) umzurechnen.
- Die in Klammern gesetzten Zahlen bedeuten Minusbeträge (negative Erträge). Negative Erträge auf im Betriebsvermögen gehaltene Anteile dürfen den Gewinn insoweit nicht mindern, als bereits eine Teilwertabschreibung auf die Anteile vorgenommen worden ist.
Soweit der Anteilseigner die Voraussetzungen der Einkünfteerzielungsabsicht erfüllt, können negative Erträge mit positiven Ergebnissen aus anderen Kapitaleinkünften oder aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen werden.
- Wird auf Ausschüttungen auf ausländische Investmentanteile im Sinne der §§ 17 und 18 AuslInvestmG in dem Staat, in dem das ausschüttende ausländische Investmentvermögen ansässig ist, eine Abzugsteuer erhoben, die nach § 34 c Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes oder § 26 Abs. 1 des Körperschaftsteuergesetzes oder nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer anrechenbar ist, so ist bei unbeschränkt steuerpflichtigen Inhabern der ausländischen Investmentanteile die einbehaltene und keinem Ermäßigungsanspruch unterliegende ausländische Steuer auf den Teil der Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer anrechenbar, der auf die Einkünfte aus diesen ausländischen Investmentanteilen einschließlich der Abzugsteuer entfällt.
Der Anteilseigner hat gemäß § 19 Abs. 4 AuslInvestmG den Nachweis über die Höhe der ausländischen Abzugsteuer durch Vorlage entsprechender Unterlagen zu führen.

Die Beträge der ausländischen Abzugsteuer werden nicht mehr durch das Bundesamt für Finanzen bekanntgegeben.
- Eintragungen in den Spalten "Betriebsvermögen" erfolgen nur, wenn sich gegenüber den Eintragungen in den Spalten "Privatvermögen" Änderungen ergeben. Daher sind, wenn die Spalten "Betriebsvermögen" keine Eintragungen enthalten, auch bei Zugehörigkeit der Anteile zu einem Betriebsvermögen die in den Spalten "Privatvermögen" ausgewiesenen Beträge für die Besteuerung maßgebend.
- Eine weitere Veröffentlichung für das Kalenderjahr 1997 wird nicht folgen.
- Fundstelle der letzten Veröffentlichung im Bundessteuerblatt: BSBl. 1999 I S. 728.

Umsatzsteuer-Umrechnungskurse 1997

Anlage 1

Wäh- rung	Land	Jan. DEM	Feb. DEM	März DEM	April DEM	Mai DEM	Juni DEM	Juli DEM	Aug. DEM	Sept. DEM	Okt. DEM	Nov. DEM	Dez. DEM
ATS	Österreich	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423
BEF	Belgien	0,0486	0,0486	0,0486	0,0486	0,0486	0,0486	0,0485	0,0485	0,0485	0,0486	0,0486	0,0486
CAD	Kanada	1,19	1,24	1,24	1,23	1,24	1,25	1,31	1,33	1,29	1,27	1,23	1,25
CHF	Schweiz	1,1542	1,1533	1,1593	1,1714	1,1915	1,1986	1,2104	1,2174	1,2163	1,2107	1,2323	1,2371
DKK	Dänemark	0,2628	0,2628	0,2628	0,2631	0,2632	0,2632	0,2632	0,2631	0,2632	0,2632	0,2633	0,2631
ESP	Spanien	0,0120	0,0118	0,0118	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119
FIM	Finnland	0,3371	0,3373	0,3355	0,3343	0,3324	0,3345	0,3382	0,3352	0,3348	0,3345	0,3326	0,3318
FRF	Frankreich	0,2969	0,2968	0,2970	0,2975	0,2972	0,2969	0,2970	0,2973	0,2981	0,2987	0,2992	0,2993
GBP	Großbritannien	2,67	2,73	2,73	2,79	2,79	2,85	3,00	2,96	2,87	2,87	2,93	2,96
IEP	Irland	2,63	2,66	2,66	2,66	2,59	2,61	2,69	2,68	2,66	2,59	2,61	2,60
ITL	Italien	0,00103	0,00102	0,00101	0,00101	0,00102	0,00102	0,00103	0,00103	0,00103	0,00103	0,00102	0,00102
JPY	Japan	0,0136	0,0136	0,0139	0,0136	0,0144	0,0151	0,0156	0,0156	0,0148	0,0145	0,0139	0,0137
NLG	Niederlande	0,8916	0,8914	0,8897	0,8903	0,8903	0,8899	0,8893	0,8889	0,8890	0,8887	0,8884	0,8885
NOK	Norwegen	0,2493	0,2530	0,2498	0,2458	0,2415	0,2399	0,2413	0,2420	0,2451	0,2488	0,2460	0,2458
PTE	Portugal	0,0100	0,0100	0,0100	0,0100	0,0100	0,0099	0,0099	0,0099	0,0099	0,0098	0,0098	0,0098
SEK	Schweden	0,2280	0,2269	0,2222	0,2234	0,2226	0,2236	0,2300	0,2310	0,2328	0,2327	0,2297	0,2290
USD	USA	1,61	1,68	1,70	1,72	1,71	1,73	1,80	1,85	1,79	1,76	1,74	1,78
XEU		1,95	1,95	1,95	1,96	1,96	1,96	1,98	1,97	1,97	1,97	1,97	1,98

Devisen-Umrechnungskurse 1997

Anlage 2

Wäh- rung	Land	Ende Jan. DEM	Ende Feb. DEM	Ende März DEM	Ende April DEM	Ende Mai DEM	Ende Juni DEM	Ende Juli DEM	Ende Aug. DEM	Ende Sept. DEM	Ende Okt. DEM	Ende Nov. DEM	Ende Dez. DEM
ATS	Österreich	0,14209	0,14208	0,14209	0,14209	0,14208	0,14211	0,14212	0,14210	0,14209	0,14208	0,14208	0,14213
AUD	Australien	1,2450	1,3110	1,3134	1,3495	1,2942	1,2998	1,3612	1,3193	1,2704	1,2075	1,2081	1,1716
BEF	Belgien	0,048465	0,048472	0,048462	0,048467	0,048440	0,048467	0,048433	0,048435	0,048459	0,048489	0,048480	0,048478
CAD	Kanada	1,2088	1,2350	1,2215	1,2362	1,2290	1,2665	1,3272	1,2926	1,2795	1,2255	1,2410	1,2445
CHF	Schweiz	1,15225	1,14520	1,15567	1,17630	1,20480	1,19500	1,21180	1,20980	1,21620	1,23120	1,23640	1,23250
DKK	Dänemark												0,26246
ESP	Spanien	0,011812	0,011778	0,011793	0,011848	0,011815	0,011834	0,011844	0,011837	0,011841	0,011840	0,011831	0,011814
FRF	Frankreich	0,29619	0,29622	0,29671	0,29659	0,29587	0,29658	0,29649	0,29705	0,29767	0,29856	0,29883	0,29883
GBP	Großbritannien	2,6195	2,7560	2,7315	2,8145	2,7873	2,9012	2,9945	2,9109	2,8500	2,8855	2,9584	2,9820
HKD	Hongkong			0,2168									
ITL	Italien	0,0010131	0,0010034	0,0010018	0,0010087	0,0010065	0,0010244	0,0010244	0,0010216	0,0010231	0,0010192	0,0010209	0,0010177
JPY	Japan	0,013463	0,014023	0,013593	0,013631	0,014611	0,015253	0,015502	0,015048	0,014577	0,014355	0,013813	0,013838
NLG	Niederlande	0,89027	0,88943	0,88897	0,88889	0,88889	0,88838	0,88787	0,88780	0,88773	0,88694	0,88743	0,88739
NOK	Norwegen												0,2436
PTE	Portugal						0,009909						
SEK	Schweden				0,22080		0,22535						0,22682
USD	USA	1,6336	1,6912	1,6778	1,7274	1,7000	1,7441	1,8325	1,7940	1,7655	1,7230	1,7637	1,7921
XEU		1,94305	1,95375	1,95206	1,95997	1,95559	1,97019	1,97853	1,97139	1,96612	1,96968	1,97688	1,97632

Es handelt sich bei dieser Aufstellung um die ungeprüfte Wiedergabe der von den ausländischen Fondsgesellschaften erklärten Werte. In Einzelfällen wurden die Angaben überprüft und ggf. berichtigt. Für die Umrechnung der in der Fondswährung angegebenen steuerlichen Werte sind die erforderlichen

Umsatzsteuer-Umrechnungskurse 1997

Anlage 1

Wäh- rung	Land	Jan. DEM	Feb. DEM	März DEM	April DEM	Mai DEM	Juni DEM	Juli DEM	Aug. DEM	Sept. DEM	Okt. DEM	Nov. DEM	Dez. DEM
ATS	Österreich	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423	0,1423
BEF	Belgien	0,0486	0,0486	0,0486	0,0486	0,0486	0,0486	0,0485	0,0485	0,0485	0,0486	0,0486	0,0486
CAD	Kanada	1,19	1,24	1,24	1,23	1,24	1,25	1,31	1,33	1,29	1,27	1,23	1,25
CHF	Schweiz	1,1542	1,1533	1,1593	1,1714	1,1915	1,1986	1,2104	1,2174	1,2163	1,2107	1,2323	1,2371
DKK	Dänemark	0,2628	0,2628	0,2628	0,2631	0,2632	0,2632	0,2632	0,2631	0,2632	0,2632	0,2633	0,2631
ESP	Spanien	0,0120	0,0118	0,0118	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119	0,0119
FIM	Finnland	0,3371	0,3373	0,3355	0,3343	0,3324	0,3345	0,3382	0,3352	0,3348	0,3345	0,3326	0,3318
FRF	Frankreich	0,2969	0,2968	0,2970	0,2975	0,2972	0,2969	0,2970	0,2973	0,2981	0,2987	0,2992	0,2993
GBP	Großbritannien	2,67	2,73	2,73	2,79	2,79	2,85	3,00	2,96	2,87	2,87	2,93	2,96
IEP	Irland	2,63	2,66	2,66	2,66	2,59	2,61	2,69	2,68	2,66	2,59	2,61	2,60
ITL	Italien	0,00103	0,00102	0,00101	0,00101	0,00102	0,00102	0,00103	0,00103	0,00103	0,00103	0,00102	0,00102
JPY	Japan	0,0136	0,0136	0,0139	0,0136	0,0144	0,0151	0,0156	0,0156	0,0148	0,0145	0,0139	0,0137
NLG	Niederlande	0,8916	0,8914	0,8897	0,8903	0,8903	0,8899	0,8893	0,8889	0,8890	0,8887	0,8884	0,8885
NOK	Norwegen	0,2493	0,2530	0,2498	0,2458	0,2415	0,2399	0,2413	0,2420	0,2451	0,2488	0,2460	0,2458
PTE	Portugal	0,0100	0,0100	0,0100	0,0100	0,0100	0,0099	0,0099	0,0099	0,0099	0,0098	0,0098	0,0098
SEK	Schweden	0,2280	0,2269	0,2222	0,2234	0,2226	0,2236	0,2300	0,2310	0,2328	0,2327	0,2297	0,2290
USD	USA	1,61	1,68	1,70	1,72	1,71	1,73	1,80	1,85	1,79	1,76	1,74	1,78
XEU		1,95	1,95	1,95	1,96	1,96	1,96	1,98	1,97	1,97	1,97	1,97	1,98

Devisen-Umrechnungskurse 1997

Anlage 2

Wäh- rung	Land	Ende Jan. DEM	Ende Feb. DEM	Ende März DEM	Ende April DEM	Ende Mai DEM	Ende Juni DEM	Ende Juli DEM	Ende Aug. DEM	Ende Sept. DEM	Ende Okt. DEM	Ende Nov. DEM	Ende Dez. DEM
ATS	Österreich	0,14209	0,14208	0,14209	0,14209	0,14208	0,14211	0,14212	0,14210	0,14209	0,14208	0,14208	0,14213
AUD	Australien	1,2450	1,3110	1,3134	1,3495	1,2942	1,2998	1,3612	1,3193	1,2704	1,2075	1,2081	1,1716
BEF	Belgien	0,048465	0,048472	0,048462	0,048467	0,048440	0,048467	0,048433	0,048435	0,048459	0,048489	0,048480	0,048478
CAD	Kanada	1,2088	1,2350	1,2215	1,2362	1,2290	1,2665	1,3272	1,2926	1,2795	1,2255	1,2410	1,2445
CHF	Schweiz	1,15225	1,14520	1,15567	1,17630	1,20480	1,19500	1,21180	1,20980	1,21620	1,23120	1,23640	1,23250
DKK	Dänemark												0,26246
ESP	Spanien	0,011812	0,011778	0,011793	0,011848	0,011815	0,011834	0,011844	0,011837	0,011841	0,011840	0,011831	0,011814
FRF	Frankreich	0,29619	0,29622	0,29671	0,29659	0,29587	0,29658	0,29649	0,29705	0,29767	0,29856	0,29883	0,29883
GBP	Großbritannien	2,6195	2,7560	2,7315	2,8145	2,7873	2,9012	2,9945	2,9109	2,8500	2,8855	2,9584	2,9820
HKD	Hongkong			0,2168									
ITL	Italien	0,0010131	0,0010034	0,0010018	0,0010087	0,0010065	0,0010244	0,0010244	0,0010216	0,0010231	0,0010192	0,0010209	0,0010177
JPY	Japan	0,013463	0,014023	0,013593	0,013631	0,014611	0,015253	0,015502	0,015048	0,014577	0,014355	0,013813	0,013838
NLG	Niederlande	0,89027	0,88943	0,88897	0,88889	0,88889	0,88838	0,88787	0,88780	0,88773	0,88694	0,88743	0,88739
NOK	Norwegen												0,2436
PTE	Portugal						0,009909						
SEK	Schweden				0,22080		0,22535						0,22682
USD	USA	1,6336	1,6912	1,6778	1,7274	1,7000	1,7441	1,8325	1,7940	1,7655	1,7230	1,7637	1,7921
XEU		1,94305	1,95375	1,95206	1,95997	1,95559	1,97019	1,97853	1,97139	1,96612	1,96968	1,97688	1,97632

Die steuerlichen Werte werden nur für einen Teil der ausländischen Investmentfonds vom Bundesamt für Finanzen veröffentlicht. Sollten die steuerlichen Werte für ausländische Investmentfonds benötigt werden, die nicht in diesen Aufstellungen enthalten sind, so können diese im Einzelfall beim Bundesamt für Finanzen angefragt werden.

Im Auftrag

Reiffs

Einkommensteuer

Bundesministerium der Finanzen

Bonn, 14. März 2000

IV C 4 - S 2282 a - 35/00

Oberste Finanzbehörden
der L ä n d e r

nachrichtlich:
Vertretungen der Länder
beim Bund

Umsetzung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 10. November 1998 (BStSI 1999 II S. 174, 193 und 194) zu den Kinderfreibeträgen (§ 32 Abs. 6 EStG)

ESt II/00, TOP 1

§ 53

**Sondervorschrift zur Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes
in den Veranlagungszeiträumen 1983 bis 1995**

In den Veranlagungszeiträumen 1983 bis 1995 sind in Fällen, in denen die Einkommensteuer noch nicht formell bestandskräftig oder hinsichtlich der Höhe der Kinderfreibeträge vorläufig festgesetzt ist, für jedes bei der Festsetzung berücksichtigte Kind folgende Beträge als Existenzminimum des Kindes steuerfrei zu belassen:

1983	3 732 Deutsche Mark,
1984	3 864 Deutsche Mark,
1985	3 924 Deutsche Mark,
1986	4 296 Deutsche Mark,
1987	4 416 Deutsche Mark,
1988	4 672 Deutsche Mark,
1989	4 752 Deutsche Mark,
1990	5 076 Deutsche Mark,
1991	5 388 Deutsche Mark,
1992	5 676 Deutsche Mark,
1993	5 940 Deutsche Mark,
1994	6 096 Deutsche Mark,
1995	6 168 Deutsche Mark.

Im übrigen ist § 32 in der für den jeweiligen Veranlagungszeitraum geltenden Fassung anzuwenden.

Für die Prüfung, ob die nach Satz 1 und 2 gebotene Steuerfreistellung bereits erfolgt ist, ist das dem Steuerpflichtigen im jeweiligen Veranlagungszeitraum zustehende Kindergeld mit dem auf das bisherige zu versteuernde Einkommen des Steuerpflichtigen in demselben Veranlagungszeitraum anzuwendenden Grenzsteuersatz in einen Freibetrag umzurechnen; dies gilt auch dann, soweit das Kindergeld dem Steuerpflichtigen im Wege eines zivilrechtlichen Ausgleichs zusteht. Die Umrechnung des zustehenden Kindergeldes ist entsprechend dem Umfang der bisher abgezogenen Kinderfreibeträge vorzunehmen. Bei einem unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Elternpaar, bei dem die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 Satz 1 nicht vorliegen, ist eine Änderung der bisherigen Inanspruchnahme des Kinderfreibetrags unzulässig. Erreicht die Summe aus dem bei der bisherigen Einkommensteuerfestsetzung abgezogenen Kinderfreibetrag und dem nach Satz 3 und 4 berechneten Freibetrag nicht den nach Satz 1 und 2 für

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
a) Steuerpflichtige mit 0,5 Kinderfreibeträgen					
1983	1.866	300	1.216	39.852	70.308
1984	1.932	300	1.216	35.262	70.308
1985	1.962	300	1.216	35.262	70.308
1986	2.148	300	1.242	28.836	53.244
1987	2.208	300	1.242	26.892	53.244
1988	2.286	300	1.242	26.514	52.380
1989	2.376	300	1.242	24.678	45.252
1990	2.538	300	1.512	42.498	75.492
1991	2.694	300	1.512	29.376	58.320
1992	2.838	420	2.052	116.910	211.896
1993	2.970	420	2.052	96.768	176.472
1994	3.048	420	2.052	80.838	148.392
1995	3.084	420	2.052	74.196	148.392
b) Steuerpflichtige mit 1 Kinderfreibetrag					
1983	3.732	600	2.432	42.984	79.704
1984	3.864	600	2.432	37.638	70.524
1985	3.924	600	2.432	35.640	70.524
1986	4.296	600	2.484	29.268	57.672
1987	4.416	600	2.484	27.324	53.784
1988	4.572	600	2.484	28.026	53.028
1989	4.752	600	2.484	25.164	49.356
1990	5.076	600	3.024	42.984	84.996
1991	5.388	600	3.024	29.916	58.752
1992	5.676	840	4.104	117.180	233.820
1993	5.940	840	4.104	97.146	193.536
1994	6.096	840	4.104	85.050	161.676
1995	6.168	840	4.104	77.976	148.392
c) Steuerpflichtige mit 1,5 Kinderfreibeträgen					
1983	5.598	1.020	3.348	44.496	87.912
1984	5.796	1.020	3.348	38.016	74.736
1985	5.886	1.020	3.348	36.828	70.200
1986	6.444	1.020	3.726	35.154	67.068
1987	6.624	1.020	3.726	32.562	63.612
1988	6.858	1.020	3.726	34.992	68.364
1989	7.128	1.020	3.726	30.942	58.752
1990	7.614	1.020	4.536	56.214	107.136
1991	8.082	1.020	4.536	41.580	81.648
1992	8.514	1.260	6.156	-	-
1993	8.910	1.260	6.156	97.632	188.136
1994	9.144	1.260	6.156	84.240	167.184
1995	9.252	1.260	6.156	79.650	157.572
d) Steuerpflichtige mit 2 Kinderfreibeträgen					
1983	7.464	1.440	4.264	43.956	86.400
1984	7.728	1.440	4.264	38.448	73.440
1985	7.848	1.440	4.264	36.828	70.308
1986	8.592	1.440	4.968	38.772	75.708
1987	8.832	1.440	4.968	35.748	69.444
1988	9.144	1.440	4.968	38.286	74.520
1989	9.504	1.440	4.968	34.290	66.312
1990	10.152	1.440	6.048	63.180	124.416
1991	10.776	1.440	6.048	47.682	93.096
1992	11.352	1.680	8.208	120.906	234.360
1993	11.880	1.680	8.208	98.010	194.292
1994	12.192	1.680	8.208	86.022	170.100
1995	12.336	1.680	8.208	80.676	155.952

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
e) Steuerpflichtige mit 2,5 Kinderfreibeträgen					
1983	9.330	2.280	4.480	50.112	97.848
1984	9.660	2.280	4.480	44.118	85.536
1985	9.810	2.280	4.480	41.904	79.704
1986	10.740	2.280	6.210	68.958	135.648
1987	11.040	2.280	6.210	55.242	108.000
1988	11.430	2.280	6.210	59.670	114.264
1989	11.880	2.280	6.210	51.246	97.848
1990	12.690	2.280	7.560	94.500	183.384
1991	13.470	2.280	7.560	74.898	146.880
1992	14.190	2.520	10.260	-	-
1993	14.850	2.520	10.260	-	-
1994	15.240	2.100	10.260	85.752	165.996
1995	15.420	2.100	10.260	81.486	160.488
f) Steuerpflichtige mit 3 Kinderfreibeträgen					
1983	11.196	3.120	4.696	53.244	100.980
1984	11.592	3.120	4.696	47.196	90.936
1985	11.772	3.120	4.696	44.712	85.860
1986	12.888	3.120	7.452	-	-
1987	13.248	3.120	7.452	103.248	203.904
1988	13.716	3.120	7.452	88.992	174.852
1989	14.256	3.120	7.452	68.094	132.732
1990	15.228	3.120	9.072	115.452	227.880
1991	16.164	3.120	9.072	93.204	182.952
1992	17.028	3.360	12.312	-	-
1993	17.820	3.360	12.312	-	-
1994	18.288	2.520	12.312	86.994	168.480
1995	18.504	2.520	12.312	82.242	159.300
g) Steuerpflichtige mit 3,5 Kinderfreibeträgen					
1983	13.062	3.960	4.912	56.592	106.812
1984	13.524	3.960	4.912	49.572	94.716
1985	13.734	3.960	4.912	47.412	90.180
1986	15.036	3.960	8.694	-	-
1987	15.456	3.960	8.694	-	-
1988	16.002	3.960	8.694	118.854	234.036
1989	16.632	3.960	8.694	90.342	171.936
1990	17.766	3.960	10.584	-	-
1991	18.858	3.960	10.584	106.488	208.872
1992	19.866	4.200	14.364	-	-
1993	20.790	4.200	14.364	-	-
1994	21.336	2.940	14.364	86.994	170.424
1995	21.588	2.940	14.364	82.944	162.216
h) Steuerpflichtige mit 4 Kinderfreibeträgen					
1983	14.928	4.800	5.128	58.428	111.564
1984	15.456	4.800	5.128	51.570	97.632
1985	15.696	4.800	5.128	49.626	93.636
1986	17.184	4.800	9.936	-	-
1987	17.664	4.800	9.936	-	-
1988	18.288	4.800	9.936	-	-
1989	19.008	4.800	9.936	112.536	220.536
1990	20.304	4.800	12.096	-	-
1991	21.552	4.800	12.096	116.586	228.420
1992	22.704	5.040	16.416	-	-

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
i) Steuerpflichtige mit 4,5 Kinderfreibeträgen					
1983	16.794	5.640	5.344	60.102	112.320
1984	17.388	5.640	5.344	53.298	100.116
1985	17.658	5.640	5.344	51.138	94.824
1986	19.332	5.640	11.178	-	-
1987	19.872	5.640	11.178	-	-
1988	20.574	5.640	11.178	-	-
1989	21.384	5.640	11.178	129.870	250.668
1990	22.842	5.640	13.608	-	-
1991	24.246	5.640	13.608	-	244.944
1992	25.542	5.880	18.468	-	-
1993	26.730	5.880	18.468	-	-
1994	27.432	3.780	18.468	88.830	173.340
1995	27.756	3.780	18.468	84.186	163.728
j) Steuerpflichtige mit 5 Kinderfreibeträgen					
1983	18.660	6.480	5.560	62.370	115.884
1984	19.320	6.480	5.560	55.296	102.276
1985	19.620	6.480	5.560	52.920	97.416
1986	21.480	6.480	12.420	-	-
1987	22.080	6.480	12.420	-	-
1988	22.860	6.480	12.420	-	-
1989	23.760	6.480	12.420	-	-
1990	25.380	6.480	15.120	-	-
1991	26.940	6.480	15.120	-	-
1992	28.380	6.720	20.520	-	-
1993	29.700	6.720	20.520	-	-
1994	30.480	4.200	20.520	88.938	171.504
1995	30.840	4.200	20.520	84.132	162.972
k) Steuerpflichtige mit 5,5 Kinderfreibeträgen					
1983	20.526	7.320	5.776	63.666	119.124
1984	21.252	7.320	5.776	56.754	104.112
1985	21.582	7.320	5.776	54.540	99.684
1986	23.628	7.320	13.662	-	-
1987	24.288	7.320	13.662	-	-
1988	25.146	7.320	13.662	-	-
1989	26.136	7.320	13.662	-	-
1990	27.918	7.320	16.632	-	-
1991	29.634	7.320	16.632	-	-
1992	31.218	7.560	22.572	-	-
1993	32.670	7.560	22.572	-	-
1994	33.528	4.620	22.572	89.802	172.800
1995	33.924	4.620	22.572	84.726	162.648
l) Steuerpflichtige mit 6 Kinderfreibeträgen					
1983	22.392	8.160	5.992	65.556	122.040
1984	23.184	8.160	5.992	58.104	105.840
1985	23.544	8.160	5.992	55.782	101.736
1986	25.776	8.160	14.904	-	-
1987	26.496	8.160	14.904	-	-
1988	27.432	8.160	14.904	-	-
1989	28.512	8.160	14.904	-	-
1990	30.456	8.160	18.144	-	-
1991	32.328	8.160	18.144	-	-
1992	34.252	8.160	21.384	-	-
1993	36.126	8.160	21.384	-	-
1994	37.992	5.040	21.384	91.656	183.312
1995	39.792	5.040	21.384	86.520	173.040

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
m) Steuerpflichtige mit 6,5 Kinderfreibeträgen					
1983	24.258	9.000	6.208	66.744	122.040
1984	25.116	9.000	6.208	59.454	107.460
1985	25.506	9.000	6.208	57.294	103.572
1986	27.924	9.000	16.146	-	-
1987	28.704	9.000	16.146	-	-
1988	29.718	9.000	16.146	-	-
1989	30.888	9.000	16.146	-	-
1990	32.994	9.000	19.656	-	-
1991	35.022	9.000	19.656	-	-
1992	36.894	9.240	26.676	-	-
1993	38.610	9.240	26.676	-	-
1994	39.624	5.460	26.676	90.720	174.960
1995	40.092	5.460	26.676	85.968	164.268
n) Steuerpflichtige mit 7 Kinderfreibeträgen					
1983	26.124	9.840	6.424	68.418	124.416
1984	27.048	9.840	6.424	61.074	110.268
1985	27.468	9.840	6.424	58.698	105.300
1986	30.072	9.840	17.388	-	-
1987	30.912	9.840	17.388	-	-
1988	32.004	9.840	17.388	-	-
1989	33.264	9.840	17.388	-	-
1990	35.532	9.840	21.168	-	-
1991	37.716	9.840	21.168	-	-
1992	39.732	10.080	28.728	-	-
1993	41.580	10.080	28.728	-	-
1994	42.672	5.880	28.728	90.936	173.988
1995	43.176	5.880	28.728	86.562	165.888
o) Steuerpflichtige mit 7,5 Kinderfreibeträgen					
1983	27.990	10.680	6.640	69.498	126.792
1984	28.980	10.680	6.640	62.316	111.564
1985	29.430	10.680	6.640	59.832	105.948
1986	32.220	10.680	18.630	-	-
1987	33.120	10.680	18.630	-	-
1988	34.290	10.680	18.630	-	-
1989	35.640	10.680	18.630	-	-
1990	38.070	10.680	22.680	-	-
1991	40.410	10.680	22.680	-	-
1992	42.570	10.920	30.780	-	-
1993	44.550	10.920	30.780	-	-
1994	45.720	6.300	30.780	91.692	174.960
1995	46.260	6.300	30.780	87.156	165.672
p) Steuerpflichtige mit 8 Kinderfreibeträgen					
1983	29.856	11.520	6.856	71.064	128.952
1984	30.912	11.520	6.856	63.558	112.968
1985	31.392	11.520	6.856	61.236	107.568
1986	34.368	11.520	19.872	-	-
1987	35.328	11.520	19.872	-	-
1988	36.576	11.520	19.872	-	-
1989	38.016	11.520	19.872	-	-
1990	40.608	11.520	24.192	-	-
1991	43.104	11.520	24.192	-	-
1992	45.408	11.760	32.832	-	-

Kinderfreibetragsentlastung das gezahlte Kindergeld übersteigen kann, verdoppeln sich bei Verheirateten gegenüber Ledigen aus folgendem Grund nicht: Tariftechnisch werden Verheiratete aufgrund des Splitting-Verfahrens wie zwei Ledige behandelt, die jeweils die Hälfte des gemeinsamen zu versteuernden Einkommens erzielen. Der Kinderfreibetrag wird vom gemeinsamen zu versteuernden Einkommen abgezogen, so dass im Ergebnis jeder Ehegatte einen halben Kinderfreibetrag erhält. Aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs ist bei gleichem zu versteuerndem Einkommen pro Kopf die Entlastungswirkung des Abzugs eines vollen Kinderfreibetrags bei Ledigen geringer als die Entlastungswirkung von zwei halben Kinderfreibeträgen beim Ehepaar. Dementsprechend wird eine bestimmte Freibetragsentlastung (in diesem Falle in Höhe des erhaltenen Kindergeldes) bei Ehepaaren bei einem niedrigeren zu versteuernden Einkommen erreicht als bei Ledigen.

Unter Bezugnahme auf das Ergebnis der Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder gilt für die Umsetzung des § 53 EStG (Sondervorschrift zur Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes in den Veranlagungszeiträumen 1983 bis 1995)

§ 53

**Sondervorschrift zur Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes
in den Veranlagungszeiträumen 1983 bis 1995**

In den Veranlagungszeiträumen 1983 bis 1995 sind in Fällen, in denen die Einkommensteuer noch nicht formell bestandskräftig oder hinsichtlich der Höhe der Kinderfreibeträge vorläufig festgesetzt ist, für jedes bei der Festsetzung berücksichtigte Kind folgende Beträge als Existenzminimum des Kindes steuerfrei zu belassen:

1983	3 732 Deutsche Mark,
1984	3 864 Deutsche Mark,
1985	3 924 Deutsche Mark,
1986	4 296 Deutsche Mark,
1987	4 416 Deutsche Mark,
1988	4 672 Deutsche Mark,
1989	4 762 Deutsche Mark,
1990	5 076 Deutsche Mark,
1991	5 388 Deutsche Mark,
1992	5 676 Deutsche Mark,
1993	5 940 Deutsche Mark,
1994	6 096 Deutsche Mark,
1995	6 168 Deutsche Mark.

Im übrigen ist § 32 in der für den jeweiligen Veranlagungszeitraum geltenden Fassung anzuwenden.

Für die Prüfung, ob die nach Satz 1 und 2 gebotene Steuerfreistellung bereits erfolgt ist, ist das dem Steuerpflichtigen im jeweiligen Veranlagungszeitraum zustehende Kindergeld mit dem auf das bisherige zu versteuernde Einkommen des Steuerpflichtigen in demselben Veranlagungszeitraum anzuwendenden Grenzsteuersatz in einen Freibetrag umzurechnen; dies gilt auch dann, soweit das Kindergeld dem Steuerpflichtigen im Wege eines zivilrechtlichen Ausgleichs zusteht. Die Umrechnung des zustehenden Kindergeldes ist entsprechend dem Umfang der bisher abgezogenen Kinderfreibeträge vorzunehmen. Bei einem unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Elternpaar, bei dem die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 Satz 1 nicht vorliegen, ist eine Änderung der bisherigen Inanspruchnahme des Kinderfreibetrags unzulässig. Erreicht die Summe aus dem bei der bisherigen Einkommensteuerfestsetzung abgezogenen Kinderfreibetrag und dem nach Satz 3 und 4 berechneten Freibetrag nicht den nach Satz 1 und 2 für

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
a) Steuerpflichtige mit 0,5 Kinderfreibeträgen					
1983	1.866	300	1.216	39.852	70.308
1984	1.932	300	1.216	35.262	70.308
1985	1.962	300	1.216	35.262	70.308
1986	2.148	300	1.242	28.836	53.244
1987	2.208	300	1.242	26.892	53.244
1988	2.286	300	1.242	26.514	52.380
1989	2.376	300	1.242	24.678	45.252
1990	2.538	300	1.512	42.498	75.492
1991	2.694	300	1.512	29.376	58.320
1992	2.838	420	2.052	116.910	211.896
1993	2.970	420	2.052	96.768	176.472
1994	3.048	420	2.052	80.838	148.392
1995	3.084	420	2.052	74.196	148.392
b) Steuerpflichtige mit 1 Kinderfreibetrag					
1983	3.732	600	2.432	42.984	79.704
1984	3.864	600	2.432	37.638	70.524
1985	3.924	600	2.432	35.640	70.524
1986	4.296	600	2.484	29.268	57.672
1987	4.416	600	2.484	27.324	53.784
1988	4.572	600	2.484	28.026	53.028
1989	4.752	600	2.484	25.164	49.356
1990	5.076	600	3.024	42.984	84.996
1991	5.388	600	3.024	29.916	58.752
1992	5.676	840	4.104	117.180	233.820
1993	5.940	840	4.104	97.146	193.536
1994	6.096	840	4.104	85.050	161.676
1995	6.168	840	4.104	77.976	148.392
c) Steuerpflichtige mit 1,5 Kinderfreibeträgen					
1983	5.598	1.020	3.348	44.496	87.912
1984	5.796	1.020	3.348	38.016	74.736
1985	5.886	1.020	3.348	36.828	70.200
1986	6.444	1.020	3.726	35.154	67.068
1987	6.624	1.020	3.726	32.562	63.612
1988	6.858	1.020	3.726	34.992	68.364
1989	7.128	1.020	3.726	30.942	58.752
1990	7.614	1.020	4.536	56.214	107.136
1991	8.082	1.020	4.536	41.580	81.648
1992	8.514	1.260	6.156	-	-
1993	8.910	1.260	6.156	97.632	188.136
1994	9.144	1.260	6.156	84.240	167.184
1995	9.252	1.260	6.156	79.650	157.572
d) Steuerpflichtige mit 2 Kinderfreibeträgen					
1983	7.464	1.440	4.264	43.956	86.400
1984	7.728	1.440	4.264	38.448	73.440
1985	7.848	1.440	4.264	36.828	70.308
1986	8.592	1.440	4.968	38.772	75.708
1987	8.832	1.440	4.968	35.748	69.444
1988	9.144	1.440	4.968	38.286	74.520
1989	9.504	1.440	4.968	34.290	66.312
1990	10.152	1.440	6.048	63.180	124.416
1991	10.776	1.440	6.048	47.682	93.096
1992	11.352	1.680	8.208	120.906	234.360
1993	11.880	1.680	8.208	98.010	194.292
1994	12.192	1.680	8.208	86.022	170.100
1995	12.336	1.680	8.208	80.676	155.952

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
e) Steuerpflichtige mit 2,5 Kinderfreibeträgen					
1983	9.330	2.280	4.480	50.112	97.848
1984	9.660	2.280	4.480	44.118	85.536
1985	9.810	2.280	4.480	41.904	79.704
1986	10.740	2.280	6.210	68.958	135.648
1987	11.040	2.280	6.210	55.242	108.000
1988	11.430	2.280	6.210	59.670	114.264
1989	11.880	2.280	6.210	51.246	97.848
1990	12.690	2.280	7.560	94.500	183.384
1991	13.470	2.280	7.560	74.898	146.880
1992	14.190	2.520	10.260	-	-
1993	14.850	2.520	10.260	-	-
1994	15.240	2.100	10.260	85.752	165.996
1995	15.420	2.100	10.260	81.486	160.488
f) Steuerpflichtige mit 3 Kinderfreibeträgen					
1983	11.196	3.120	4.696	53.244	100.980
1984	11.592	3.120	4.696	47.196	90.936
1985	11.772	3.120	4.696	44.712	85.860
1986	12.888	3.120	7.452	-	-
1987	13.248	3.120	7.452	103.248	203.904
1988	13.716	3.120	7.452	88.992	174.852
1989	14.256	3.120	7.452	68.094	132.732
1990	15.228	3.120	9.072	115.452	227.880
1991	16.164	3.120	9.072	93.204	182.952
1992	17.028	3.360	12.312	-	-
1993	17.820	3.360	12.312	-	-
1994	18.288	2.520	12.312	86.994	168.480
1995	18.504	2.520	12.312	82.242	159.300
g) Steuerpflichtige mit 3,5 Kinderfreibeträgen					
1983	13.062	3.960	4.912	56.592	106.812
1984	13.524	3.960	4.912	49.572	94.716
1985	13.734	3.960	4.912	47.412	90.180
1986	15.036	3.960	8.694	-	-
1987	15.456	3.960	8.694	-	-
1988	16.002	3.960	8.694	118.854	234.036
1989	16.632	3.960	8.694	90.342	171.936
1990	17.766	3.960	10.584	-	-
1991	18.858	3.960	10.584	106.488	208.872
1992	19.866	4.200	14.364	-	-
1993	20.790	4.200	14.364	-	-
1994	21.336	2.940	14.364	86.994	170.424
1995	21.588	2.940	14.364	82.944	162.216
h) Steuerpflichtige mit 4 Kinderfreibeträgen					
1983	14.928	4.800	5.128	58.428	111.564
1984	15.456	4.800	5.128	51.570	97.632
1985	15.696	4.800	5.128	49.626	93.636
1986	17.184	4.800	9.936	-	-
1987	17.664	4.800	9.936	-	-
1988	18.288	4.800	9.936	-	-
1989	19.008	4.800	9.936	112.536	220.536
1990	20.304	4.800	12.096	-	-
1991	21.552	4.800	12.096	116.586	228.420
1992	22.704	5.040	16.416	-	-

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
i) Steuerpflichtige mit 4,5 Kinderfreibeträgen					
1983	16.794	5.640	5.344	60.102	112.320
1984	17.388	5.640	5.344	53.298	100.116
1985	17.658	5.640	5.344	51.138	94.824
1986	19.332	5.640	11.178	-	-
1987	19.872	5.640	11.178	-	-
1988	20.574	5.640	11.178	-	-
1989	21.384	5.640	11.178	129.870	250.668
1990	22.842	5.640	13.608	-	-
1991	24.246	5.640	13.608	-	244.944
1992	25.542	5.880	18.468	-	-
1993	26.730	5.880	18.468	-	-
1994	27.432	3.780	18.468	88.830	173.340
1995	27.756	3.780	18.468	84.186	163.728
j) Steuerpflichtige mit 5 Kinderfreibeträgen					
1983	18.660	6.480	5.560	62.370	115.884
1984	19.320	6.480	5.560	55.296	102.276
1985	19.620	6.480	5.560	52.920	97.416
1986	21.480	6.480	12.420	-	-
1987	22.080	6.480	12.420	-	-
1988	22.860	6.480	12.420	-	-
1989	23.760	6.480	12.420	-	-
1990	25.380	6.480	15.120	-	-
1991	26.940	6.480	15.120	-	-
1992	28.380	6.720	20.520	-	-
1993	29.700	6.720	20.520	-	-
1994	30.480	4.200	20.520	88.938	171.504
1995	30.840	4.200	20.520	84.132	162.972
k) Steuerpflichtige mit 5,5 Kinderfreibeträgen					
1983	20.526	7.320	5.776	63.666	119.124
1984	21.252	7.320	5.776	56.754	104.112
1985	21.582	7.320	5.776	54.540	99.684
1986	23.628	7.320	13.662	-	-
1987	24.288	7.320	13.662	-	-
1988	25.146	7.320	13.662	-	-
1989	26.136	7.320	13.662	-	-
1990	27.918	7.320	16.632	-	-
1991	29.634	7.320	16.632	-	-
1992	31.218	7.560	22.572	-	-
1993	32.670	7.560	22.572	-	-
1994	33.528	4.620	22.572	89.802	172.800
1995	33.924	4.620	22.572	84.726	162.648
l) Steuerpflichtige mit 6 Kinderfreibeträgen					
1983	22.392	8.160	5.992	65.556	122.040
1984	23.184	8.160	5.992	58.104	105.840
1985	23.544	8.160	5.992	55.782	101.736
1986	25.776	8.160	14.904	-	-
1987	26.496	8.160	14.904	-	-
1988	27.432	8.160	14.904	-	-
1989	28.512	8.160	14.904	-	-
1990	30.456	8.160	18.144	-	-
1991	32.328	8.160	18.144	-	-
1992	34.252	8.160	21.384	-	-
1993	36.126	8.160	21.384	-	-
1994	37.992	5.040	21.384	91.656	183.312
1995	39.792	5.040	21.384	86.520	174.624

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
m) Steuerpflichtige mit 6,5 Kinderfreibeträgen					
1983	24.258	9.000	6.208	66.744	122.040
1984	25.116	9.000	6.208	59.454	107.460
1985	25.506	9.000	6.208	57.294	103.572
1986	27.924	9.000	16.146	-	-
1987	28.704	9.000	16.146	-	-
1988	29.718	9.000	16.146	-	-
1989	30.888	9.000	16.146	-	-
1990	32.994	9.000	19.656	-	-
1991	35.022	9.000	19.656	-	-
1992	36.894	9.240	26.676	-	-
1993	38.610	9.240	26.676	-	-
1994	39.624	5.460	26.676	90.720	174.960
1995	40.092	5.460	26.676	85.968	164.268
n) Steuerpflichtige mit 7 Kinderfreibeträgen					
1983	26.124	9.840	6.424	68.418	124.416
1984	27.048	9.840	6.424	61.074	110.268
1985	27.468	9.840	6.424	58.698	105.300
1986	30.072	9.840	17.388	-	-
1987	30.912	9.840	17.388	-	-
1988	32.004	9.840	17.388	-	-
1989	33.264	9.840	17.388	-	-
1990	35.532	9.840	21.168	-	-
1991	37.716	9.840	21.168	-	-
1992	39.732	10.080	28.728	-	-
1993	41.580	10.080	28.728	-	-
1994	42.672	5.880	28.728	90.936	173.988
1995	43.176	5.880	28.728	86.562	165.888
o) Steuerpflichtige mit 7,5 Kinderfreibeträgen					
1983	27.990	10.680	6.640	69.498	126.792
1984	28.980	10.680	6.640	62.316	111.564
1985	29.430	10.680	6.640	59.832	105.948
1986	32.220	10.680	18.630	-	-
1987	33.120	10.680	18.630	-	-
1988	34.290	10.680	18.630	-	-
1989	35.640	10.680	18.630	-	-
1990	38.070	10.680	22.680	-	-
1991	40.410	10.680	22.680	-	-
1992	42.570	10.920	30.780	-	-
1993	44.550	10.920	30.780	-	-
1994	45.720	6.300	30.780	91.692	174.960
1995	46.260	6.300	30.780	87.156	165.672
p) Steuerpflichtige mit 8 Kinderfreibeträgen					
1983	29.856	11.520	6.856	71.064	128.952
1984	30.912	11.520	6.856	63.558	112.968
1985	31.392	11.520	6.856	61.236	107.568
1986	34.368	11.520	19.872	-	-
1987	35.328	11.520	19.872	-	-
1988	36.576	11.520	19.872	-	-
1989	38.016	11.520	19.872	-	-
1990	40.608	11.520	24.192	-	-
1991	43.104	11.520	24.192	-	-
1992	45.408	11.760	32.832	-	-

Kinderfreibetragsentlastung das gezahlte Kindergeld übersteigen kann, verdoppeln sich bei Verheirateten gegenüber Ledigen aus folgendem Grund nicht: Tariftechnisch werden Verheiratete aufgrund des Splitting-Verfahrens wie zwei Ledige behandelt, die jeweils die Hälfte des gemeinsamen zu versteuernden Einkommens erzielen. Der Kinderfreibetrag wird vom gemeinsamen zu versteuernden Einkommen abgezogen, so dass im Ergebnis jeder Ehegatte einen halben Kinderfreibetrag erhält. Aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs ist bei gleichem zu versteuerndem Einkommen pro Kopf die Entlastungswirkung des Abzugs eines vollen Kinderfreibetrags bei Ledigen geringer als die Entlastungswirkung von zwei halben Kinderfreibeträgen beim Ehepaar. Dementsprechend wird eine bestimmte Freibetragsentlastung (in diesem Falle in Höhe des erhaltenen Kindergeldes) bei Ehepaaren bei einem niedrigeren zu versteuernden Einkommen erreicht als bei Ledigen.

Allgemein

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in drei Entscheidungen die Regelungen zur steuerlichen Berücksichtigung von Kindern (Kinderfreibeträge/Kindergeld) in den Jahren 1985, 1987 und 1988 in bestimmten Fällen als nicht ausreichend angesehen und in derartigen Fällen - soweit sie offen sind - Nachbesserung verlangt.

¹ Nach den Entscheidungen des BVerfG sind die beanstandeten Regelungen nicht in allen Fällen verfassungswidrig. Vielmehr wachsen sie erst ab einem bestimmten Grenzsteuersatz in die Verfassungswidrigkeit hinein, von dem an das Kindergeld, das im Einzelfall mit dem individuellen Grenzsteuersatz in einen Kinderfreibetrag umzurechnen ist, zusammen mit dem gesetzlichen Kinderfreibetrag nicht ausreicht, das steuerliche Existenzminimum eines Kindes freizustellen.

Die Entscheidungen des BVerfG betreffen zwar nur die Jahre 1985, 1987 und 1988 sowie Familien mit einem bzw. zwei Kindern. Die vom BVerfG aufgestellten Kriterien sind aber ab dem Veranlagungszeitraum 1983 für alle Familien zu beachten, soweit die Einkommensteuerveranlagungen noch nicht formell bestandskräftig oder hinsichtlich der Höhe der Kinderfreibeträge für vorläufig

² erklärt sind. Danach sind grundsätzlich folgende Fälle zu überprüfen:

- Einkommensteuerfestsetzungen, die hinsichtlich der Höhe der Kinderfreibeträge für vorläufig erklärt worden sind,
- Einkommensteuerfestsetzungen, die noch nicht formell bestandskräftig sind und bei denen wenigstens ein Kind - entweder ganz oder zur Hälfte - berücksichtigt worden ist.

Berücksichtigung von Kindern

Die im jeweiligen Veranlagungszeitraum getroffenen Feststellungen zur Berücksichtigung von Kindern bleiben unverändert, d. h. die Werte für Inlands- und AuslandsKinder sind so, wie sie bei den ursprünglichen Veranlagungen berücksichtigt worden sind, der Überprüfung zugrunde zu legen (§ 53 Satz 2 EStG). So kann z. B. bei einem unbeschränkt steuerpflichtigen Elternpaar, bei dem ³ die Voraussetzungen für eine Zusammenveranlagung nicht vorliegen, eine mit Zustimmung vorgenommene Übertragung des Kinderfreibetrags nicht nachträglich geändert werden (§ 53 Satz 5 EStG). Bei AuslandsKindern ist ggf. eine Drittelung des nach § 53 Satz 1 EStG maßgebenden Betrages vorzunehmen; eine Änderung der Ländergruppeneinteilung kommt nicht in Betracht.

Zustehendes Kindergeld

Bei der Ermittlung des zustehenden Kindergeldes ist aus Vereinfachungsgründen in allen Fällen von dem auf den Sockelbetrag begrenzten Betrag auszugehen (vgl. Spalte 3 der

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
a) Steuerpflichtige mit 0,5 Kinderfreibeträgen					
1983	1.866	300	1.216	39.852	70.308
1984	1.932	300	1.216	35.262	70.308
1985	1.962	300	1.216	35.262	70.308
1986	2.148	300	1.242	28.836	53.244
1987	2.208	300	1.242	26.892	53.244
1988	2.286	300	1.242	26.514	52.380
1989	2.376	300	1.242	24.678	45.252
1990	2.538	300	1.512	42.498	75.492
1991	2.694	300	1.512	29.376	58.320
1992	2.838	420	2.052	116.910	211.896
1993	2.970	420	2.052	96.768	176.472
1994	3.048	420	2.052	80.838	148.392
1995	3.084	420	2.052	74.196	148.392
b) Steuerpflichtige mit 1 Kinderfreibetrag					
1983	3.732	600	2.432	42.984	79.704
1984	3.864	600	2.432	37.638	70.524
1985	3.924	600	2.432	35.640	70.524
1986	4.296	600	2.484	29.268	57.672
1987	4.416	600	2.484	27.324	53.784
1988	4.572	600	2.484	28.026	53.028
1989	4.752	600	2.484	25.164	49.356
1990	5.076	600	3.024	42.984	84.996
1991	5.388	600	3.024	29.916	58.752
1992	5.676	840	4.104	117.180	233.820
1993	5.940	840	4.104	97.146	193.536
1994	6.096	840	4.104	85.050	161.676
1995	6.168	840	4.104	77.976	148.392
c) Steuerpflichtige mit 1,5 Kinderfreibeträgen					
1983	5.598	1.020	3.348	44.496	87.912
1984	5.796	1.020	3.348	38.016	74.736
1985	5.886	1.020	3.348	36.828	70.200
1986	6.444	1.020	3.726	35.154	67.068
1987	6.624	1.020	3.726	32.562	63.612
1988	6.858	1.020	3.726	34.992	68.364
1989	7.128	1.020	3.726	30.942	58.752
1990	7.614	1.020	4.536	56.214	107.136
1991	8.082	1.020	4.536	41.580	81.648
1992	8.514	1.260	6.156	-	-
1993	8.910	1.260	6.156	97.632	188.136
1994	9.144	1.260	6.156	84.240	167.184
1995	9.252	1.260	6.156	79.650	157.572
d) Steuerpflichtige mit 2 Kinderfreibeträgen					
1983	7.464	1.440	4.264	43.956	86.400
1984	7.728	1.440	4.264	38.448	73.440
1985	7.848	1.440	4.264	36.828	70.308
1986	8.592	1.440	4.968	38.772	75.708
1987	8.832	1.440	4.968	35.748	69.444
1988	9.144	1.440	4.968	38.286	74.520
1989	9.504	1.440	4.968	34.290	66.312
1990	10.152	1.440	6.048	63.180	124.416
1991	10.776	1.440	6.048	47.682	93.096
1992	11.352	1.680	8.208	120.906	234.360
1993	11.880	1.680	8.208	98.010	194.292
1994	12.192	1.680	8.208	86.022	170.100
1995	12.336	1.680	8.208	80.676	155.952

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
e) Steuerpflichtige mit 2,5 Kinderfreibeträgen					
1983	9.330	2.280	4.480	50.112	97.848
1984	9.660	2.280	4.480	44.118	85.536
1985	9.810	2.280	4.480	41.904	79.704
1986	10.740	2.280	6.210	68.958	135.648
1987	11.040	2.280	6.210	55.242	108.000
1988	11.430	2.280	6.210	59.670	114.264
1989	11.880	2.280	6.210	51.246	97.848
1990	12.690	2.280	7.560	94.500	183.384
1991	13.470	2.280	7.560	74.898	146.880
1992	14.190	2.520	10.260	-	-
1993	14.850	2.520	10.260	-	-
1994	15.240	2.100	10.260	85.752	165.996
1995	15.420	2.100	10.260	81.486	160.488
f) Steuerpflichtige mit 3 Kinderfreibeträgen					
1983	11.196	3.120	4.696	53.244	100.980
1984	11.592	3.120	4.696	47.196	90.936
1985	11.772	3.120	4.696	44.712	85.860
1986	12.888	3.120	7.452	-	-
1987	13.248	3.120	7.452	103.248	203.904
1988	13.716	3.120	7.452	88.992	174.852
1989	14.256	3.120	7.452	68.094	132.732
1990	15.228	3.120	9.072	115.452	227.880
1991	16.164	3.120	9.072	93.204	182.952
1992	17.028	3.360	12.312	-	-
1993	17.820	3.360	12.312	-	-
1994	18.288	2.520	12.312	86.994	168.480
1995	18.504	2.520	12.312	82.242	159.300
g) Steuerpflichtige mit 3,5 Kinderfreibeträgen					
1983	13.062	3.960	4.912	56.592	106.812
1984	13.524	3.960	4.912	49.572	94.716
1985	13.734	3.960	4.912	47.412	90.180
1986	15.036	3.960	8.694	-	-
1987	15.456	3.960	8.694	-	-
1988	16.002	3.960	8.694	118.854	234.036
1989	16.632	3.960	8.694	90.342	171.936
1990	17.766	3.960	10.584	-	-
1991	18.858	3.960	10.584	106.488	208.872
1992	19.866	4.200	14.364	-	-
1993	20.790	4.200	14.364	-	-
1994	21.336	2.940	14.364	86.994	170.424
1995	21.588	2.940	14.364	82.944	162.216
h) Steuerpflichtige mit 4 Kinderfreibeträgen					
1983	14.928	4.800	5.128	58.428	111.564
1984	15.456	4.800	5.128	51.570	97.632
1985	15.696	4.800	5.128	49.626	93.636
1986	17.184	4.800	9.936	-	-
1987	17.664	4.800	9.936	-	-
1988	18.288	4.800	9.936	-	-
1989	19.008	4.800	9.936	112.536	220.536
1990	20.304	4.800	12.096	-	-
1991	21.552	4.800	12.096	116.586	228.420
1992	22.704	5.040	16.416	-	-
1993	23.760	5.040	16.416	-	-
1994	24.816	2.880	16.416	87.996	172.944
1995	25.872	2.880	16.416	83.946	167.892

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
i) Steuerpflichtige mit 4,5 Kinderfreibeträgen					
1983	16.794	5.640	5.344	60.102	112.320
1984	17.388	5.640	5.344	53.298	100.116
1985	17.658	5.640	5.344	51.138	94.824
1986	19.332	5.640	11.178	-	-
1987	19.872	5.640	11.178	-	-
1988	20.574	5.640	11.178	-	-
1989	21.384	5.640	11.178	129.870	250.668
1990	22.842	5.640	13.608	-	-
1991	24.246	5.640	13.608	-	244.944
1992	25.542	5.880	18.468	-	-
1993	26.730	5.880	18.468	-	-
1994	27.432	3.780	18.468	88.830	173.340
1995	27.756	3.780	18.468	84.186	163.728
j) Steuerpflichtige mit 5 Kinderfreibeträgen					
1983	18.660	6.480	5.560	62.370	115.884
1984	19.320	6.480	5.560	55.296	102.276
1985	19.620	6.480	5.560	52.920	97.416
1986	21.480	6.480	12.420	-	-
1987	22.080	6.480	12.420	-	-
1988	22.860	6.480	12.420	-	-
1989	23.760	6.480	12.420	-	-
1990	25.380	6.480	15.120	-	-
1991	26.940	6.480	15.120	-	-
1992	28.380	6.720	20.520	-	-
1993	29.700	6.720	20.520	-	-
1994	30.480	4.200	20.520	88.938	171.504
1995	30.840	4.200	20.520	84.132	162.972
k) Steuerpflichtige mit 5,5 Kinderfreibeträgen					
1983	20.526	7.320	5.776	63.666	119.124
1984	21.252	7.320	5.776	56.754	104.112
1985	21.582	7.320	5.776	54.540	99.684
1986	23.628	7.320	13.662	-	-
1987	24.288	7.320	13.662	-	-
1988	25.146	7.320	13.662	-	-
1989	26.136	7.320	13.662	-	-
1990	27.918	7.320	16.632	-	-
1991	29.634	7.320	16.632	-	-
1992	31.218	7.560	22.572	-	-
1993	32.670	7.560	22.572	-	-
1994	33.528	4.620	22.572	89.802	172.800
1995	33.924	4.620	22.572	84.726	162.648
l) Steuerpflichtige mit 6 Kinderfreibeträgen					
1983	22.392	8.160	5.992	65.556	122.040
1984	23.184	8.160	5.992	58.104	105.840
1985	23.544	8.160	5.992	55.782	101.736
1986	25.776	8.160	14.904	-	-
1987	26.496	8.160	14.904	-	-
1988	27.432	8.160	14.904	-	-
1989	28.512	8.160	14.904	-	-
1990	30.456	8.160	18.144	-	-
1991	32.328	8.160	18.144	-	-
1992	34.056	8.400	24.624	-	-
1993	35.640	8.400	24.624	-	-

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
m) Steuerpflichtige mit 6,5 Kinderfreibeträgen					
1983	24.258	9.000	6.208	66.744	122.040
1984	25.116	9.000	6.208	59.454	107.460
1985	25.506	9.000	6.208	57.294	103.572
1986	27.924	9.000	16.146	-	-
1987	28.704	9.000	16.146	-	-
1988	29.718	9.000	16.146	-	-
1989	30.888	9.000	16.146	-	-
1990	32.994	9.000	19.656	-	-
1991	35.022	9.000	19.656	-	-
1992	36.894	9.240	26.676	-	-
1993	38.610	9.240	26.676	-	-
1994	39.624	5.460	26.676	90.720	174.960
1995	40.092	5.460	26.676	85.968	164.268
n) Steuerpflichtige mit 7 Kinderfreibeträgen					
1983	26.124	9.840	6.424	68.418	124.416
1984	27.048	9.840	6.424	61.074	110.268
1985	27.468	9.840	6.424	58.698	105.300
1986	30.072	9.840	17.388	-	-
1987	30.912	9.840	17.388	-	-
1988	32.004	9.840	17.388	-	-
1989	33.264	9.840	17.388	-	-
1990	35.532	9.840	21.168	-	-
1991	37.716	9.840	21.168	-	-
1992	39.732	10.080	28.728	-	-
1993	41.580	10.080	28.728	-	-
1994	42.672	5.880	28.728	90.936	173.988
1995	43.176	5.880	28.728	86.562	165.888
o) Steuerpflichtige mit 7,5 Kinderfreibeträgen					
1983	27.990	10.680	6.640	69.498	126.792
1984	28.980	10.680	6.640	62.316	111.564
1985	29.430	10.680	6.640	59.832	105.948
1986	32.220	10.680	18.630	-	-
1987	33.120	10.680	18.630	-	-
1988	34.290	10.680	18.630	-	-
1989	35.640	10.680	18.630	-	-
1990	38.070	10.680	22.680	-	-
1991	40.410	10.680	22.680	-	-
1992	42.570	10.920	30.780	-	-
1993	44.550	10.920	30.780	-	-
1994	45.720	6.300	30.780	91.692	174.960
1995	46.260	6.300	30.780	87.156	165.672
p) Steuerpflichtige mit 8 Kinderfreibeträgen					
1983	29.856	11.520	6.856	71.064	128.952
1984	30.912	11.520	6.856	63.558	112.968
1985	31.392	11.520	6.856	61.236	107.568
1986	34.368	11.520	19.872	-	-
1987	35.328	11.520	19.872	-	-
1988	36.576	11.520	19.872	-	-
1989	38.016	11.520	19.872	-	-
1990	40.608	11.520	24.192	-	-
1991	43.104	11.520	24.192	-	-
1992	45.408	11.760	32.832	-	-
1993	47.520	11.760	32.832	-	-
1994	48.768	6.300	32.832	91.692	175.932
1995	49.344	6.300	32.832	87.156	166.644

Kinderfreibetragsentlastung das gezahlte Kindergeld übersteigen kann, verdoppeln sich bei Verheirateten gegenüber Ledigen aus folgendem Grund nicht: Tariftechnisch werden Verheiratete aufgrund des Splitting-Verfahrens wie zwei Ledige behandelt, die jeweils die Hälfte des gemeinsamen zu versteuernden Einkommens erzielen. Der Kinderfreibetrag wird vom gemeinsamen zu versteuernden Einkommen abgezogen, so dass im Ergebnis jeder Ehegatte einen halben Kinderfreibetrag erhält. Aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs ist bei gleichem zu versteuerndem Einkommen pro Kopf die Entlastungswirkung des Abzugs eines vollen Kinderfreibetrags bei Ledigen geringer als die Entlastungswirkung von zwei halben Kinderfreibeträgen beim Ehepaar. Dementsprechend wird eine bestimmte Freibetragsentlastung (in diesem Falle in Höhe des erhaltenen Kindergeldes) bei Ehepaaren bei einem niedrigeren zu versteuernden Einkommen erreicht als bei Ledigen.

Das Kindergeld ist ebenso aufzuteilen, wie bei der Einkommensteuerveranlagung der Kinderfreibetrag aufgeteilt worden ist. Bei einem barunterhaltspflichtigen Elternteil, bei dem der halbe Kinderfreibetrag abgezogen worden ist, ist das halbe Kindergeld umzurechnen, das ihm über den zivilrechtlichen Ausgleich entsprechend § 1615 g Bürgerliches Gesetzbuch in der jeweils geltenden 5 Fassung zustand. Die Verrechnung ist unabhängig davon vorzunehmen, ob der zivilrechtliche Ausgleich tatsächlich in Anspruch genommen worden ist. Dementsprechend ist auch bei dem betreuenden Elternteil, bei dem ein halber Kinderfreibetrag abgezogen worden ist, nur die ihm wirtschaftlich verbleibende Hälfte des Kindergeldes in einen Freibetrag umzurechnen und nicht das an ihn tatsächlich in voller Höhe ausgezahlte Kindergeld.

Ist bei der Einkommensteuerveranlagung ein - ggf. geringerer - AuslandsKinderfreibetrag abgezogen worden, so ist zu unterstellen, dass ein Anspruch auf inländisches - auf den Sockelbetrag gekürztes - Kindergeld bestanden hat. Weist der Steuerpflichtige nach, dass er mit dem Kindergeld vergleichbare Leistungen nur in geringerer Höhe erhalten hat, so ist der nachgewiesene Betrag zugrunde zu legen; Tz 4 Satz 2 gilt entsprechend. Zu den vergleichbaren Leistungen gehört neben den anderen Leistungen 6 im Sinne des § 65 EStG (BMF Schreiben vom 9. März 1998, Rdnr. 23 - BStBl I S. 347 - und Bundesamt für Finanzen vom 30. Juni 1998 - BStBl I Seite 888 -) auch Kindergeld nach zwischenstaatlichen Abkommen (Auszüge aus den Abkommen waren dem BMF-Schreiben vom 18. Dezember 1995 - Einführungsschreiben zum Familienleistungsausgleich - IV B 5 - S 2282 a - 438/95 II - Rdnr. 8 - als Anlagen beigelegt).

Ermittlung der Steuererstattung

Zur Ermittlung der Steuererstattung ist der Steuerbetrag zu berechnen, der sich bei Abzug eines Kinderfreibetrages in Höhe des Existenzminimums ergäbe, das nach § 53 Satz 1 EStG steuerfrei zu belassen ist. Der so ermittelte Steuerbetrag ist von dem bisherigen Steuerbetrag abzuziehen. Die Differenz, vermindert um das Kindergeld, das der Steuerpflichtige im jeweiligen Veranlagungszeitraum erhalten hat, ist der Erstattungsbetrag. Dieser ist unter gemeinsamer Berücksichtigung aller Kinder des Steuerpflichtigen zu ermitteln. Das jeweilige zu versteuernde Einkommen, von dem an eine zusätzliche Entlastung erforderlich sein kann, ergibt sich für Steuerpflichtige mit 0,5 bis 8 Kinderfreibeträgen aus der diesem Schreiben beigelegten

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag , DM	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	, DM	DM	DM
a) Steuerpflichtige mit 0,5 Kinderfreibeträgen					
1983	1.866	300	1.216	39.852	70.308
1984	1.932	300	1.216	35.262	70.308
1985	1.962	300	1.216	35.262	70.308
1986	2.148	300	1.242	28.836	53.244
1987	2.208	300	1.242	26.892	53.244
1988	2.286	300	1.242	26.514	52.380
1989	2.376	300	1.242	24.678	45.252
1990	2.538	300	1.512	42.498	75.492
1991	2.694	300	1.512	29.376	58.320
1992	2.838	420	2.052	116.910	211.896
1993	2.970	420	2.052	96.768	176.472
1994	3.048	420	2.052	80.838	148.392
1995	3.084	420	2.052	74.196	148.392
b) Steuerpflichtige mit 1 Kinderfreibetrag					
1983	3.732	600	2.432	42.984	79.704
1984	3.864	600	2.432	37.638	70.524
1985	3.924	600	2.432	35.640	70.524
1986	4.296	600	2.484	29.268	57.672
1987	4.416	600	2.484	27.324	53.784
1988	4.572	600	2.484	28.026	53.028
1989	4.752	600	2.484	25.164	49.356
1990	5.076	600	3.024	42.984	84.996
1991	5.388	600	3.024	29.916	58.752
1992	5.676	840	4.104	117.180	233.820
1993	5.940	840	4.104	97.146	193.536
1994	6.096	840	4.104	85.050	161.676
1995	6.168	840	4.104	77.976	148.392
c) Steuerpflichtige mit 1,5 Kinderfreibeträgen					
1983	5.598	1.020	3.348	44.496	87.912
1984	5.796	1.020	3.348	38.016	74.736
1985	5.886	1.020	3.348	36.828	70.200
1986	6.444	1.020	3.726	35.154	67.068
1987	6.624	1.020	3.726	32.562	63.612
1988	6.858	1.020	3.726	34.992	68.364
1989	7.128	1.020	3.726	30.942	58.752
1990	7.614	1.020	4.536	56.214	107.136
1991	8.082	1.020	4.536	41.580	81.648
1992	8.514	1.260	6.156	-	-
1993	8.910	1.260	6.156	97.632	188.136
1994	9.144	1.260	6.156	84.240	167.184
1995	9.252	1.260	6.156	79.650	157.572
d) Steuerpflichtige mit 2 Kinderfreibeträgen					
1983	7.464	1.440	4.264	43.956	86.400
1984	7.728	1.440	4.264	38.448	73.440
1985	7.848	1.440	4.264	36.828	70.308
1986	8.592	1.440	4.968	38.772	75.708
1987	8.832	1.440	4.968	35.748	69.444
1988	9.144	1.440	4.968	38.286	74.520
1989	9.504	1.440	4.968	34.290	66.312
1990	10.152	1.440	6.048	63.180	124.416
1991	10.776	1.440	6.048	47.682	93.096
1992	11.352	1.680	8.208	120.906	234.360
1993	11.880	1.680	8.208	98.010	194.292
1994	12.192	1.680	8.208	86.022	170.100
1995	12.336	1.680	8.208	80.676	155.952

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
e) Steuerpflichtige mit 2,5 Kinderfreibeträgen					
1983	9.330	2.280	4.480	50.112	97.848
1984	9.660	2.280	4.480	44.118	85.536
1985	9.810	2.280	4.480	41.904	79.704
1986	10.740	2.280	6.210	68.958	135.648
1987	11.040	2.280	6.210	55.242	108.000
1988	11.430	2.280	6.210	59.670	114.264
1989	11.880	2.280	6.210	51.246	97.848
1990	12.690	2.280	7.560	94.500	183.384
1991	13.470	2.280	7.560	74.898	146.880
1992	14.190	2.520	10.260	-	-
1993	14.850	2.520	10.260	-	-
1994	15.240	2.100	10.260	85.752	165.996
1995	15.420	2.100	10.260	81.486	160.488
f) Steuerpflichtige mit 3 Kinderfreibeträgen					
1983	11.196	3.120	4.696	53.244	100.980
1984	11.592	3.120	4.696	47.196	90.936
1985	11.772	3.120	4.696	44.712	85.860
1986	12.888	3.120	7.452	-	-
1987	13.248	3.120	7.452	103.248	203.904
1988	13.716	3.120	7.452	88.992	174.852
1989	14.256	3.120	7.452	68.094	132.732
1990	15.228	3.120	9.072	115.452	227.880
1991	16.164	3.120	9.072	93.204	182.952
1992	17.028	3.360	12.312	-	-
1993	17.820	3.360	12.312	-	-
1994	18.288	2.520	12.312	86.994	168.480
1995	18.504	2.520	12.312	82.242	159.300
g) Steuerpflichtige mit 3,5 Kinderfreibeträgen					
1983	13.062	3.960	4.912	56.592	106.812
1984	13.524	3.960	4.912	49.572	94.716
1985	13.734	3.960	4.912	47.412	90.180
1986	15.036	3.960	8.694	-	-
1987	15.456	3.960	8.694	-	-
1988	16.002	3.960	8.694	118.854	234.036
1989	16.632	3.960	8.694	90.342	171.936
1990	17.766	3.960	10.584	-	-
1991	18.858	3.960	10.584	106.488	208.872
1992	19.866	4.200	14.364	-	-
1993	20.790	4.200	14.364	-	-
1994	21.336	2.940	14.364	86.994	170.424
1995	21.588	2.940	14.364	82.944	162.216
h) Steuerpflichtige mit 4 Kinderfreibeträgen					
1983	14.928	4.800	5.128	58.428	111.564
1984	15.456	4.800	5.128	51.570	97.632
1985	15.696	4.800	5.128	49.626	93.636
1986	17.184	4.800	9.936	-	-
1987	17.664	4.800	9.936	-	-
1988	18.288	4.800	9.936	-	-
1989	19.008	4.800	9.936	112.536	220.536
1990	20.304	4.800	12.096	-	-
1991	21.552	4.800	12.096	116.586	228.420
1992	22.704	5.040	16.416	-	-
1993	23.760	5.040	16.416	-	-
1994	24.816	3.360	16.416	87.994	172.944
1995	25.872	3.360	16.416	83.944	167.936

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
i) Steuerpflichtige mit 4,5 Kinderfreibeträgen					
1983	16.794	5.640	5.344	60.102	112.320
1984	17.388	5.640	5.344	53.298	100.116
1985	17.658	5.640	5.344	51.138	94.824
1986	19.332	5.640	11.178	-	-
1987	19.872	5.640	11.178	-	-
1988	20.574	5.640	11.178	-	-
1989	21.384	5.640	11.178	129.870	250.668
1990	22.842	5.640	13.608	-	-
1991	24.246	5.640	13.608	-	244.944
1992	25.542	5.880	18.468	-	-
1993	26.730	5.880	18.468	-	-
1994	27.432	3.780	18.468	88.830	173.340
1995	27.756	3.780	18.468	84.186	163.728
j) Steuerpflichtige mit 5 Kinderfreibeträgen					
1983	18.660	6.480	5.560	62.370	115.884
1984	19.320	6.480	5.560	55.296	102.276
1985	19.620	6.480	5.560	52.920	97.416
1986	21.480	6.480	12.420	-	-
1987	22.080	6.480	12.420	-	-
1988	22.860	6.480	12.420	-	-
1989	23.760	6.480	12.420	-	-
1990	25.380	6.480	15.120	-	-
1991	26.940	6.480	15.120	-	-
1992	28.380	6.720	20.520	-	-
1993	29.700	6.720	20.520	-	-
1994	30.480	4.200	20.520	88.938	171.504
1995	30.840	4.200	20.520	84.132	162.972
k) Steuerpflichtige mit 5,5 Kinderfreibeträgen					
1983	20.526	7.320	5.776	63.666	119.124
1984	21.252	7.320	5.776	56.754	104.112
1985	21.582	7.320	5.776	54.540	99.684
1986	23.628	7.320	13.662	-	-
1987	24.288	7.320	13.662	-	-
1988	25.146	7.320	13.662	-	-
1989	26.136	7.320	13.662	-	-
1990	27.918	7.320	16.632	-	-
1991	29.634	7.320	16.632	-	-
1992	31.218	7.560	22.572	-	-
1993	32.670	7.560	22.572	-	-
1994	33.528	4.620	22.572	89.802	172.800
1995	33.924	4.620	22.572	84.726	162.648
l) Steuerpflichtige mit 6 Kinderfreibeträgen					
1983	22.392	8.160	5.992	65.556	122.040
1984	23.184	8.160	5.992	58.104	105.840
1985	23.544	8.160	5.992	55.782	101.736
1986	25.776	8.160	14.904	-	-
1987	26.496	8.160	14.904	-	-
1988	27.432	8.160	14.904	-	-
1989	28.512	8.160	14.904	-	-
1990	30.456	8.160	18.144	-	-
1991	32.328	8.160	18.144	-	-
1992	34.056	8.400	24.624	-	-
1993	35.640	8.400	24.624	-	-

Jahr	Exist.- minimum	Sockel- betrag Kinderg.	Kinder- freibetrag	Zu versteuerndes Einkommen bei Grenzsteuersatz	
				Ledige	Verheiratete
	DM	DM	DM	DM	DM
m) Steuerpflichtige mit 6,5 Kinderfreibeträgen					
1983	24.258	9.000	6.208	66.744	122.040
1984	25.116	9.000	6.208	59.454	107.460
1985	25.506	9.000	6.208	57.294	103.572
1986	27.924	9.000	16.146	-	-
1987	28.704	9.000	16.146	-	-
1988	29.718	9.000	16.146	-	-
1989	30.888	9.000	16.146	-	-
1990	32.994	9.000	19.656	-	-
1991	35.022	9.000	19.656	-	-
1992	36.894	9.240	26.676	-	-
1993	38.610	9.240	26.676	-	-
1994	39.624	5.460	26.676	90.720	174.960
1995	40.092	5.460	26.676	85.968	164.268
n) Steuerpflichtige mit 7 Kinderfreibeträgen					
1983	26.124	9.840	6.424	68.418	124.416
1984	27.048	9.840	6.424	61.074	110.268
1985	27.468	9.840	6.424	58.698	105.300
1986	30.072	9.840	17.388	-	-
1987	30.912	9.840	17.388	-	-
1988	32.004	9.840	17.388	-	-
1989	33.264	9.840	17.388	-	-
1990	35.532	9.840	21.168	-	-
1991	37.716	9.840	21.168	-	-
1992	39.732	10.080	28.728	-	-
1993	41.580	10.080	28.728	-	-
1994	42.672	5.880	28.728	90.936	173.988
1995	43.176	5.880	28.728	86.562	165.888
o) Steuerpflichtige mit 7,5 Kinderfreibeträgen					
1983	27.990	10.680	6.640	69.498	126.792
1984	28.980	10.680	6.640	62.316	111.564
1985	29.430	10.680	6.640	59.832	105.948
1986	32.220	10.680	18.630	-	-
1987	33.120	10.680	18.630	-	-
1988	34.290	10.680	18.630	-	-
1989	35.640	10.680	18.630	-	-
1990	38.070	10.680	22.680	-	-
1991	40.410	10.680	22.680	-	-
1992	42.570	10.920	30.780	-	-
1993	44.550	10.920	30.780	-	-
1994	45.720	6.300	30.780	91.692	174.960
1995	46.260	6.300	30.780	87.156	165.672
p) Steuerpflichtige mit 8 Kinderfreibeträgen					
1983	29.856	11.520	6.856	71.064	128.952
1984	30.912	11.520	6.856	63.558	112.968
1985	31.392	11.520	6.856	61.236	107.568
1986	34.368	11.520	19.872	-	-
1987	35.328	11.520	19.872	-	-
1988	36.576	11.520	19.872	-	-
1989	38.016	11.520	19.872	-	-
1990	40.608	11.520	24.192	-	-
1991	43.104	11.520	24.192	-	-
1992	45.408	11.760	32.832	-	-
1993	47.520	11.760	32.832	-	-
1994	48.768	6.300	32.832	91.692	175.932
1995	49.320	6.300	32.832	87.156	166.680

Kinderfreibetragsentlastung das gezahlte Kindergeld übersteigen kann, verdoppeln sich bei Verheirateten gegenüber Ledigen aus folgendem Grund nicht: Tariftechnisch werden Verheiratete aufgrund des Splitting-Verfahrens wie zwei Ledige behandelt, die jeweils die Hälfte des gemeinsamen zu versteuernden Einkommens erzielen. Der Kinderfreibetrag wird vom gemeinsamen zu versteuernden Einkommen abgezogen, so dass im Ergebnis jeder Ehegatte einen halben Kinderfreibetrag erhält. Aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs ist bei gleichem zu versteuerndem Einkommen pro Kopf die Entlastungswirkung des Abzugs eines vollen Kinderfreibetrags bei Ledigen geringer als die Entlastungswirkung von zwei halben Kinderfreibeträgen beim Ehepaar. Dementsprechend wird eine bestimmte Freibetragsentlastung (in diesem Falle in Höhe des erhaltenen Kindergeldes) bei Ehepaaren bei einem niedrigeren zu versteuernden Einkommen erreicht als bei Ledigen.

Beispiele zur Ermittlung der Erstattung:

A. Bei Eheleuten ist im Jahr 1987 ein Kind zu berücksichtigen. Es ist die Splittingtabelle anzuwenden.

zu versteuerndes Einkommen bisher	75 000 DM	
darauf entfallende Einkommensteuer		18 276 DM
Hinzurechnung des bisherigen Kinderfreibetrags	2 484 DM	
Zwischensumme	77 484 DM	
Abzug des Existenzminimums nach § 53 EStG	4 416 DM	
zu versteuerndes Einkommen (fiktiv)	73 068 DM	
darauf entfallende Einkommensteuer		17 512 DM
Differenz		764 DM
erhaltenes Kindergeld		600 DM
Erstattungsbetrag		164 DM
bisher festgesetzte Einkommensteuer		18 276 DM
Erstattungsbetrag		164 DM
nunmehr festzusetzende Einkommensteuer		18 112 DM

B. Bei Eheleuten sind im Jahr 1995 zwei Kinder zu berücksichtigen. Es ist die Splittingtabelle anzuwenden.

zu versteuerndes Einkommen bisher	220 000 DM	
darauf entfallende Einkommensteuer		71 216 DM
Hinzurechnung der bisherigen Kinderfreibeträge	8 208 DM	
Zwischensumme	228 208 DM	
Abzug der Existenzminima nach § 53 EStG	12 336 DM	
zu versteuerndes Einkommen (fiktiv)	215 872 DM	
darauf entfallende Einkommensteuer		69 126 DM
Differenz		2 090 DM
erhaltenes Kindergeld		1 680 DM
Erstattungsbetrag		410 DM
bisher festgesetzte Einkommensteuer		71 216 DM
Erstattungsbetrag		410 DM
nunmehr festzusetzende Einkommensteuer		70 806 DM

8 Die Steuererstattungen werden nach Maßgabe der §§ 233 a, 236 AO verzinst.

Auswirkungen auf Zuschlagsteuern und andere Bezugsgrößen

Die neue festzusetzende Einkommensteuer ist maßgebend für die Berechnung der Zuschlagsteuern nach § 51 a EStG. Die neue festzusetzende Einkommensteuer wirkt sich über das ihr zugrundeliegende zu versteuernde Einkommen auch auf weitere Tatbestände aus, die an das zu versteuernde Einkommen anknüpfen (z. B. Festsetzung einer Arbeitnehmer-Sparzulage). Die maßgebenden Vorschriften sind in der für den jeweiligen Veranlagungszeitraum geltenden Fassung anzuwenden.

Mitwirkung des Steuerpflichtigen

Die Veranlagungen jedes Steuerpflichtigen, der aufgrund der Entscheidungen des BVerfG einen Erstattungsanspruch hat, werden von Amts wegen durch das nunmehr zuständige Finanzamt überprüft. Ein Antrag ist grundsätzlich nicht erforderlich. In Fällen, in denen das zuständige Finanzamt keine oder nur unvollständige Unterlagen hat, hat der Steuerpflichtige die Voraussetzungen durch Vorlage entsprechender Unterlagen nachzuweisen. In Fällen, in denen die Voraussetzungen für eine Zusammenveranlagung jetzt nicht mehr vorliegen und der Erstattungsbetrag nicht ausschließlich einem Elternteil zusteht, soll das Elternpaar gemeinsam bestimmen, an wen ein Erstattungsbetrag ausgezahlt werden soll; wird dem nicht entsprochen, ist der Erstattungsbetrag auf die Elternteile aufzuteilen (siehe AEAO zu § 37 Nr. 2).

Vorläufigkeit

Sind Veranlagungen zur Einkommensteuer hinsichtlich der Höhe der Kinderfreibeträge für vorläufig erklärt worden, beginnt die Zweijahresfrist im Sinne des § 171 Abs. 8 Satz 2 AO am 1. Januar 2000 (Tag des Inkrafttretens des Gesetzes zur Familienförderung) zu laufen. Sie endet am 31. Dezember 2001, und zwar auch, soweit die Steuer vor dem Inkrafttreten der Ergänzung des § 165 Abs. 1 AO durch das Missbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz vom 21. Dezember 1993 (BSStB 1994 I S. 50) vorläufig festgesetzt wurde.

Steuerbescheid

Einen Bescheid erhalten nur Steuerpflichtige, bei denen die Überprüfung zu einer Änderung der Steuerfestsetzung führt. Über
12 die Abwicklung von Einsprüchen und Änderungsanträgen in Fällen, in denen die Steuerfestsetzung nicht zu ändern ist, ergehen
zu einem späteren Zeitpunkt gesonderte Weisungen.

Zuständigkeit

Zuständig ist das derzeitige Wohnsitzfinanzamt, unabhängig davon, welches Finanzamt die ursprüngliche Veranlagung durch-
geführt hat. Es besteht die Möglichkeit, zur Fortführung eines Verwaltungsverfahrens eine Zuständigkeitsvereinbarung gemäß §
13 26 Satz 2 AO mit dem bisher zuständigen Finanzamt zu treffen. Unabhängig von der Fortführung eines Verwaltungsverfahrens
kann mit Zustimmung des Betroffenen eine Zuständigkeitsvereinbarung nach § 27 AO getroffen werden. Nach einem Wohnsitz-
wechsel in die neuen Länder bleibt für Veranlagungszeiträume vor 1991 das Wohnsitzfinanzamt des alten Landes zuständig
(Art. 97a § 1 EGAO).

Im Auftrag

S a r r a z i n

Kirchensteuer

BB

Bekanntmachung

über Kirchensteuerbeschlüsse im Land Brandenburg für das Jahr 2000

Nach den staatlich anerkannten Kirchensteuerbeschlüssen der im Land Brandenburg steuerberechtigten evangelischen und römisch-katholischen Kirchen für das Kalenderjahr 2000 beträgt der einheitliche Kirchensteuersatz 9 v.H. der Einkommen- bzw.

1. Lohnsteuer, höchstens jedoch 3 v.H. des zu versteuernden Einkommens.

Für die Berechnung der Kirchensteuer ist § 51a EStG in der jeweils geltenden Fassung maßgebend. Bei Erhebung des Höchstsatzes oder der Erhebung von Kirchgeld ist das Einkommen um die Kinderfreibeträge zu kürzen.

Für die Erhebung des besonderen Kirchgelds in glaubensverschiedener Ehe gilt im Land Brandenburg folgende Tabelle:

Stufe	Bemessungsgrundlage (zu versteuerndes Einkommen gemäß § 2 Abs. 5 EStG)	jährliches Kirchgeld	monatliches Kirchgeld
	DM	DM	DM
1	54 001,— bis 64 999,—	216,—	18,—
2	65 000,— bis 79 999,—	300,—	25,—
3	80 000,— bis 99 999,—	396,—	33,—
4	100 000,— bis 149 999,—	552,—	46,—
5	150 000,— bis 199 999,—	996,—	83,—
6	200 000,— bis 249 999,—	1 512,—	126,—
7	250 000,— bis 299 999,—	2 100,—	175,—
8	300 000,— bis 349 999,—	2 760,—	230,—
9	350 000,— bis 399 999,—	3 492,—	291,—
10	ab 400 000,—	3 996,—	333,—

3. Wird die Lohnsteuer nach §§ 40, 40a, 40b EStG pauschal erhoben, so beträgt die Kirchensteuer 5 v.H. der pauschalen Lohnsteuer.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf den einheitlichen Ländererlass vom 19. Mai 1999 - BStBl I 1999 S. 509 - verwiesen.

Potsdam, den 15. Februar 2000

Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg

Im Auftrag

N o t t e l m a n n

Kirchensteuer

Bln

Bekanntmachung

über die Kirchensteuerbeschlüsse für das Kalenderjahr 2000

Soweit Kirchensteuern nach dem Maßstab der Einkommensteuer oder Lohnsteuer von den Finanzämtern verwaltet oder von den Arbeitgebern erhoben werden, gelten im Land Berlin für das Kalenderjahr 2000 die folgenden von den zuständigen Kirchenbehörden mit staatlicher Anerkennung festgesetzten Hundertsätze der Kirchensteuern:

- a) Evangelische Kirchensteuer
9 % als Zuschlag zur Einkommensteuer (Lohnsteuer),
1. b) römisch-katholische Kirchensteuer
9 % als Zuschlag zur Einkommensteuer (Lohnsteuer),
- c) alt-katholische Kirchensteuer
9 % als Zuschlag zur Einkommensteuer (Lohnsteuer),

höchstens jedoch 3 % des zu versteuernden Einkommens.

Bemessungsgrundlage ist die nach den Vorschriften des § 51 a EStG ermittelte Einkommensteuer (Lohnsteuer).

Für die Erhebung des Kirchgeldes in glaubensverschiedener Ehe gilt im Land Berlin folgende von den zuständigen Kirchenbehörden mit staatlicher Anerkennung festgelegte Tabelle:

Stufe	Bemessungsgrundlage (zu versteuerndes Einkommen gemäß § 2 Abs. 5 EStG)	jährliches Kirchgeld	monatliches Kirchgeld
	DM	DM	DM
1	54 001,— bis 64 999,—	216,—	18,—
2	65 000,— bis 79 999,—	300,—	25,—
3	80 000,— bis 99 999,—	386,—	33,—
2. 4	100 000,— bis 149 999,—	552,—	46,—
5	150 000,— bis 199 999,—	996,—	83,—
6	200 000,— bis 249 999,—	1 512,—	126,—
7	250 000,— bis 299 999,—	2 100,—	175,—
8	300 000,— bis 349 999,—	2 760,—	230,—
9	350 000,— bis 399 999,—	3 492,—	291,—
10	ab 400 000,—	3 996,—	333,—

Zwischen der Kirchensteuer als Zuschlag zur Einkommensteuer und dem Kirchgeld ist eine Vergleichsberechnung durchzuführen, wobei der höhere Betrag festgesetzt wird.

Wird die Lohnsteuer nach §§ 40, 40 a, 40 b EStG pauschal erhoben, so beträgt die Kirchensteuer 5 % der pauschalen Lohnsteuer.

3. Im Fall der Pauschalierung nach § 40 a EStG wird alt-katholische Kirchensteuer nicht erhoben; in den Fällen der Pauschalierung nach §§ 40, 40 b EStG wird alt-katholische Kirchensteuer nur erhoben, wenn die Konfession nachgewiesen wird.

Wegen weiterer Einzelheiten zur Pauschalierung der Kirchensteuer wird auf den einheitlichen Ländererlass vom 19. Mai 1999 (BStBl I S. 509) verwiesen.

Berlin, den 24. Februar 2000 III A 31 - S 2448 - 3/93

Senatsverwaltung für Finanzen

Im Auftrag

K r o m e

Lohnsteuer

Bundesministerium der Finanzen

Bonn, 21. Februar 2000

IV C 5 - S 2353 - 6/00

IV C 2 - S 2145 - 21/00

Oberste Finanzbehörden
der L ä n d e r

nachrichtlich:
Vertretungen der Länder
beim Bund

Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei Auslandsdienstreisen und -geschäftsreisen ab 1. April 2000

BMF-Schreiben vom 28. Januar 1999 (BStBl I S. 216)

Aufgrund des § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 5 EStG werden im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder die in der anliegenden

**Übersicht über die ab 1. April 2000 geltenden Pauschbeträge
für Verpflegungsmehraufwendungen und Übernachtungskosten**

Fotosatz/VC 5-Goydke-3

Seite 1

Land	Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen bei einer Abwesenheitsdauer je Kalendertag von			Pauschbetrag für Übernachtungskosten DM
	mindestens 24 Stunden DM	weniger als 24, aber mindestens 14 Stunden DM	weniger als 14, aber mindestens 8 Stunden DM	
Ägypten	60	40	20	160
Äquatorialguinea	78	52	26	140
Äthiopien	60	40	20	210
Alghanistan	78	52	26	140
Albanien	48	32	16	100
Algerien	72	48	24	90
Andorra	60	40	20	160
Angola	78	52	26	150
Argentinien	108	72	36	200
Armenien	42	28	14	110
Aserbaidschan	60	40	20	220
Australien	78	52	26	150
Bahamas	78	52	26	140
Bahrain	90	60	30	160
Bangladesch	54	36	18	200
Barbados	78	52	26	140
Belgien	78	52	26	150
Benin	54	36	18	130
Bolivien	54	36	18	110
Bosnien-Herzegowina	60	40	20	150
Botswana	54	36	18	140
Brasilien	66	44	22	120
- Recife	60	40	20	100
- Rio de Janeiro	78	52	26	240
- Sao Paulo	78	52	26	140
Brunei (Darussalam)	72	48	24	140
Bulgarien	42	28	14	140
Burkina Faso	54	36	18	110
Burundi	78	52	26	180
Chile	66	44	22	130
China	78	52	26	170
- Peking	84	56	28	140
- Shanghai	96	64	32	200
(China) Taiwan	66	44	22	200
Costa Rica	66	44	22	160
Côte d'Ivoire	66	44	22	140
Dänemark	90	60	30	110
- Kopenhagen	96	64	32	180
Dominikanische Republik	72	48	24	170
Dschibuti	84	56	28	160
Ecuador	48	32	16	140
El Salvador	54	36	18	160
Eritrea	54	36	18	140
Estland	66	44	22	150
Fidschi	60	40	20	110
Finnland	78	52	26	150
Frankreich	78	52	26	100
- Paris *)	96	64	32	160
- Bordeaux, Straßburg	78	52	26	130
- Lyon	78	52	26	160
Gabun	84	56	28	150
Gambia	78	52	26	140
Georgien	84	56	28	260
Ghana	60	40	20	130
Griechenland	60	40	20	120
Guatemala	66	44	22	150
Guinea	72	48	24	160
Guinea-Bissau	54	36	18	120
Guyana	78	52	26	140
Haiti	72	48	24	150
Honduras	60	40	20	150

*) einschl. der Departements Haute-Seine, Seine-Saint Denis und Val-de-Marne

Land	Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen bei einer Abwesenheitsdauer je Kalendertag von			Pauschbetrag für Übernachtungs- kosten DM
	mindestens 24 Stunden	weniger als 24, aber mindestens 14 Stunden	weniger als 14, aber mindestens 8 Stunden	
	DM	DM	DM	
Indien	48	32	16	200
- Bombay	60	40	20	290
- New Dehli	48	32	16	230
Indonesien	72	48	24	200
Irak	78	52	26	140
Iran, Islamische Republik	36	24	12	180
Irland	84	56	28	160
Island	96	64	32	200
Israel	90	60	30	210
Italien	72	48	24	160
- Mailand	78	52	26	200
Jamaika	78	52	26	180
Japan	132	88	44	180
- Tokio	132	88	44	210
Jemen	66	44	22	160
Jordanien	72	48	24	140
Jugoslawien (Serbien/Montenegro)	72	48	24	130
Kambodscha	60	40	20	80
Kamerun	54	36	18	110
Kanada	72	48	24	150
Kap Verde	78	52	26	140
Kasachstan	60	40	20	140
Katar	72	48	24	180
Kenia	72	48	24	200
Kirgisistan	36	24	12	120
Kolumbien	48	32	16	110
Komoren	78	52	26	140
Kongo	66	44	22	120
Kongo, Demokratische Republik	156	104	52	240
Korea, Demokratische Volksrepublik	102	68	34	140
Korea, Republik	96	64	32	200
Kroatien	54	36	18	110
Kuba	66	44	22	140
Kuwait	66	44	22	160
Laotische Demokr. Volksrepublik	54	36	18	100
Lesotho	48	32	16	110
Lettland	54	36	18	120
Libanon	72	48	24	170
Liberia	78	52	26	140
Libysch-Arabische Dschamahirija	162	108	54	200
Liechtenstein	90	60	30	160
Litauen	48	32	16	140
Luxemburg	78	52	26	140
Madagaskar	48	32	16	160
Malawi	60	40	20	180
Malaysia	60	40	20	80
Malediven	60	40	20	160
Mali	66	44	22	120
Malta	60	40	20	110
Marokko	72	48	24	100
Mauretanien	60	40	20	110
Mauritius	72	48	24	200
Mazedonien	48	32	16	130
Mexiko	60	40	20	100
Moldau, Republik	36	24	12	150
Monaco	78	52	26	100
Mongolei	60	40	20	140
Mosambik	60	40	20	150
Myanmar (früher Burma)	60	40	20	100

Land	Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen bei einer Abwesenheitsdauer je Kalendertag von			Pauschbetrag für Übernachtungskosten DM
	mindestens 24 Stunden DM	weniger als 24, aber mindestens 14 Stunden DM	weniger als 14, aber mindestens 8 Stunden DM	
Namibia	48	32	16	90
Nepal	60	40	20	140
Neuseeland	84	56	28	160
Nicaragua	60	40	20	120
Niederlande	78	52	26	140
Niger	60	40	20	140
Nigeria	84	56	28	230
Norwegen	108	72	36	220
Österreich	66	44	22	130
- Wien	72	48	24	160
Oman	84	56	28	130
Pakistan	42	28	14	150
Panama	78	52	26	130
Papua-Neuguinea	60	40	20	140
Paraguay	48	32	16	140
Peru	66	44	22	170
Philippinen	72	48	24	200
Polen	54	36	18	120
- Breslau	60	40	20	160
- Warschau	72	48	24	200
Portugal	60	40	20	140
- Lissabon	66	44	22	140
Ruanda	54	36	18	120
Rumänien	30	20	10	70
- Bukarest	48	32	16	200
Russische Föderation	42	28	14	70
- Moskau	102	68	34	250
- St. Petersburg	84	56	28	180
Sambia	54	36	18	140
Samoa	54	36	18	110
San Marino	78	52	26	150
Sao Tomé und Príncipe	78	52	26	140
Saudi-Arabien	96	64	32	130
- Riad	96	64	32	180
Schweden	96	64	32	200
Schweiz	84	56	28	160
Senegal	66	44	22	120
Sierra Leone	60	40	20	250
Simbabwe	48	32	16	120
Singapur	72	48	24	140
Slowakei	42	28	14	140
Slowenien	48	32	16	120
Somalia	78	52	26	140
Spanien	60	40	20	150
- Barcelona	60	40	20	180
- Kanarische Inseln	60	40	20	100
Sri Lanka	60	40	20	170
Sudan	72	48	24	210
Südafrika	54	36	18	100
Swasiland	78	52	26	140
Syrien, Arabische Republik	72	48	24	210
Tadschikistan	54	36	18	100
Tansania, Vereinigte Republik	60	40	20	200
Thailand	60	40	20	150
Togo	48	32	16	110
Tonga	60	40	20	70
Trinidad und Tobago	78	52	26	160

Land	Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen bei einer Abwesenheitsdauer je Kalendertag von			Pauschbetrag für Übernachtungskosten DM
	mindestens 24 Stunden DM	weniger als 24, aber mindestens 14 Stunden DM	weniger als 14, aber mindestens 8 Stunden DM	
Island	72	48	24	165
Tschechische Republik	48	32	16	150
Türkei	48	32	16	130
- Ankara, Izmir	54	36	18	130
Tunesien	60	40	20	120
Turkmenistan	72	48	24	100
Uganda	48	32	16	130
Ukraine	72	48	24	160
Ungarn	54	36	18	150
Uruguay	84	56	28	170
Usbekistan	96	64	32	180
Vatikanstadt	72	48	24	180
Venezuela	72	48	24	230
Vereinigte Arabische Emirate	84	56	28	120
- Dubai	84	56	28	170
Vereinigte Staaten	96	64	32	200
- Atlanta, Boston, San Francisco	96	64	32	230
- New York	108	72	36	230
Vereinigtes Königreich	84	56	28	110
- London	108	72	36	210
- Manchester	84	56	28	180
Vietnam	42	28	14	90
- Ho-Chi-Min-Stadt	54	36	18	110
Weißrussland	42	28	14	120
Zentralafrikanische Republik	54	36	18	100
Zypern	60	40	20	130

Für die in der Bekanntmachung nicht erfassten Länder ist der für Luxemburg geltende Pauschbetrag maßgebend, für nicht erfasste Übersee- und Außengebiete eines Landes ist der für das Mutterland geltende Pauschbetrag maßgebend.

Dieses Schreiben gilt entsprechend für Geschäftsreisen in das Ausland und doppelte Haushaltsführungen im Ausland.

Es steht ab sofort für eine Übergangszeit auf den Internetseiten des Bundesministeriums der Finanzen (<http://www.bundesfinanzministerium.de>) unter der Rubrik Fachabteilungen/Infos - Besitz- und Verkehrssteuern als Download-Angebot zum Abruf als WORD- und Textdatei (RTF) bereit.

Im Auftrag

W e i ß

Steuerberatungsgesetz

BdW

Zulassung zur Steuerberaterprüfung und zur Eignungsprüfung 2000

Die nächste Steuerberaterprüfung wird voraussichtlich am 10., 11. und 12. Oktober 2000 mit den Aufsichtsarbeiten beginnen. Bewerberinnen und Bewerber, die bei der Antragstellung in Baden-Württemberg hauptberuflich tätig sind oder - wenn sie keiner beruflichen Tätigkeit nachgehen - dort wohnen bzw. bei mehrfachem Wohnsitz sich dort vorwiegend aufhalten, müssen ihre Anträge auf Zulassung zur Steuerberaterprüfung 2000 bis spätestens

30. April 2000

bei der für sie zuständigen Oberfinanzdirektion einreichen. **Nach dem 30. April 2000 eingehende Anträge können nur in besonders begründeten Ausnahmefällen berücksichtigt werden.**

Die vorstehend genannten, Termine gelten auch für die Anmeldungen zur **Eignungsprüfung** im Sinne des § 36 Abs. 4 und 5 StBerG.

Wegen der Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung und wegen des Verfahrens sowie wegen der für den Antrag vorgeschriebenen Angaben und Nachweise wird auf das Steuerberatungsgesetz und auf die Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (DVStB) hingewiesen. Antragsvordrucke und Merkblätter über die Zulassung zur Steuerberaterprüfung bzw. Eignungsprüfung, über die Durchführung der Prüfung und die Bestellung als Steuerberater sind bei den Oberfinanzdirektionen Karlsruhe und Stuttgart erhältlich.

Oberfinanzdirektion

Karlsruhe

Moltkestraße 50

76133 Karlsruhe

Oberfinanzdirektion

Karlsruhe - Außenstelle Freiburg -

Stefan-Meier-Straße 76

79104 Freiburg i. Br.

Oberfinanzdirektion

Stuttgart

Rotebühlplatz 30

70173 Stuttgart

Der Bezirk der Oberfinanzdirektion Karlsruhe umfasst die Regierungsbezirke Freiburg und Karlsruhe, der Bezirk der Oberfinanzdirektion Stuttgart die Regierungsbezirke Stuttgart und Tübingen. Bewerber aus dem Regierungsbezirk Freiburg richten ihren Antrag an die Oberfinanzdirektion Karlsruhe - Außenstelle Freiburg.

Körperbehinderten Personen werden auf Antrag die ihrer Behinderung entsprechenden Erleichterungen für die Fertigung der Aufsichtsarbeiten gewährt (§ 18 Abs. 3 DVStB). Anträge dieser Art sind mit dem Antrag auf Zulassung zur Steuerberaterprüfung bei der zuständigen Oberfinanzdirektion zu stellen; dabei sind Umfang und Art der Körperbehinderung nachzuweisen.

Die Gebühr für die Bearbeitung des Antrags auf Zulassung zur Prüfung beträgt 250,- DM. Sie ist bei der Antragstellung fällig und an die Landesoberkasse mit dem Hinweis "Zulassung zur Steuerberaterprüfung 2000 (bzw. zur Eignungsprüfung 2000)" zu entrichten. Zusätzlich ist bei Überweisung der Zulassungsgebühr das für den jeweiligen Bewerber maßgebliche **Kassenzeichen** (KassZ) anzugeben.

Als Verwendungszweck sind zusätzlich folgende KassZ anzugeben:

Bewerber aus dem Bereich des

Regierungsbezirks Freiburg: "9879753001367",

Bewerber aus dem Bereich des

Regierungsbezirks Karlsruhe: "9602002301422",

Bewerber aus dem Bereich der

Oberfinanzdirektion Stuttgart: "9825191001624".

Bankverbindungen:

für den Bezirk der

- a) **Oberfinanzdirektion Karlsruhe** (Regierungsbezirke **Freiburg** und **Karlsruhe**) Kto-Nr. **4002015800** bei der Baden-Württembergischen Bank **Karlsruhe** (BLZ 66020020)
- b) **Oberfinanzdirektion Stuttgart** (Regierungsbezirke **Stuttgart** und **Tübingen**) Kto-Nr. **1054633100** bei der Baden-Württembergischen Bank **Stuttgart** (BLZ 60020030)

Für den schriftlichen Teil der Steuerberaterprüfung 2000 bzw. Eignungsprüfung 2000 sind als Hilfsmittel Textausgaben (Loseblatt-Sammlung oder gebunden) beliebiger Verlage, die mindestens die Texte folgender Gesetze einschließlich ggf. hierzu erlassener Durchführungsverordnungen und Richtlinien enthalten, zugelassen:

- Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung,
- Verwaltungszustellungsgesetz,
- Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz,
- Bewertungsgesetz,
- Umsatzsteuergesetz,
- Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Gewerbesteuergesetz,
- Umwandlungsgesetz, Umwandlungssteuergesetz,
- Fördergebietsgesetz, Investitionszulagengesetz,
- Eigenheimzulagengesetz,
- Grunderwerbsteuergesetz, Grundsteuergesetz,
- Bürgerliches Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch, Aktiengesetz, GmbH-Gesetz,
- Steuerberatungsgesetz.

Es liegt in der Verantwortung der Bewerber dafür Sorge zu tragen, dass ihnen neben dem aktuellen Rechtsstand des Prüfungsjahres 2000 die vorgenannten Vorschriften **auch in der für die Kalenderjahre 1998 und 1999 geltenden Fassung** zur Verfügung stehen.

Die Textausgaben dürfen weitere Gesetzestexte und Verwaltungsanweisungen der Finanzbehörden enthalten. Leitsätze von Gerichtsentscheidungen, Kommentierungen und Erläuterungen dürfen dagegen nicht in den Textausgaben enthalten sein.

Für den mündlichen Teil der Steuerberaterprüfung 2000 sind Textausgaben, die Steuerrichtlinien und Verwaltungsanweisungen der Finanzbehörden enthalten, **nicht** zugelassen.

Die jeweiligen Textausgaben sind von den Bewerberinnen und Bewerbern selbst zu beschaffen und zur schriftlichen bzw. mündlichen Prüfung mitzubringen. Es wird nicht beanstandet, wenn in den Textausgaben Unterstreichungen sowie (farbige) Markierungen vorgenommen und/oder Fähnchen angebracht worden sind. Auf den Fähnchen sind lediglich Kurzbezeichnungen von Gesetzestexten und Durchführungsverordnungen und/oder Ordnungsnummern, nicht jedoch Paragraphenangaben zulässig. **Darüber hinaus sind schriftliche Ergänzungen und Anmerkungen jeder Art unzulässig. Sie werden vom Prüfungsausschuss als Täuschungsversuch angesehen.**

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass für die Anfertigung der Prüfungsarbeiten nur nicht programmierbare (sog. "Tax-Taste" ist zulässig) Taschenrechner (auf eigene Gefahr) verwendet werden dürfen.

Das Mitbringen von Funktelefonen o. ä. ist nicht gestattet und wird vom Prüfungsausschuss grundsätzlich als Täuschungsversuch gewertet.

Stuttgart, 16. Februar 2000 Az.: 3 - S 095.4/28

Finanzministerium
Baden-Württemberg

D r . M e t z m a i e r
Ministerialrat

Steuerberatungsgesetz

MV

Steuerberaterprüfung 2000

Der schriftliche Teil der Steuerberaterprüfung 2000 wird voraussichtlich am

10., 11. und 12. Oktober 2000

einheitlich im Bundesgebiet stattfinden.

Bewerber, die zum Zeitpunkt der Antragstellung im Land Mecklenburg-Vorpommern hauptberuflich tätig sind oder - wenn sie keiner beruflichen Tätigkeit nachgehen - dort wohnen bzw. bei mehrfachem Wohnsitz sich dort vorwiegend aufhalten, müssen ihre Anträge auf Zulassung zur Steuerberaterprüfung mit den erforderlichen Unterlagen bis spätestens

30. April 2000

beim Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Steuern, 19053 Schwerin, Schlossstraße 9-11, einreichen (§ 1 Abs. 2 DVStB). Nach dem 30. April 2000 eingehende Anträge können nur in besonders begründeten Ausnahmefällen berücksichtigt werden.

Die vorstehend genannten Termine gelten auch für Anmeldungen zur Eignungsprüfung im Sinne des § 36 Abs. 4 StBerG.

Die Voraussetzungen für die Zulassung zur Steuerberaterprüfung ergeben sich aus den §§ 36 und 37 StBerG.

Vordrucke für die Zulassungsanträge sowie Merkblätter können von der o. g. Behörde schriftlich oder telefonisch (Tel. 0385-588/4302 oder 0385-6433/755) angefordert werden.

Die Richtigkeit der Fotokopien bzw. Abschriften von Zeugnissen und sonstigen Urkunden, die dem Zulassungsantrag beizufügen sind, muss beglaubigt sein. Die beglaubigten Kopien der Zeugnisse über die bisherige Tätigkeit der Bewerber **müssen** detaillierte Angaben über Art und Umfang der Tätigkeit auf dem Gebiet der von den Bundes- oder Landesfinanzbehörden verwalteten Steuern enthalten.

Körperbehinderten Personen werden auf Antrag die ihrer Behinderung entsprechenden Erleichterungen für die Fertigung der Aufsichtsarbeiten gewährt (§ 18 Abs. 3 DVStB). Anträge dieser Art sind zusammen mit dem Antrag auf Zulassung zur Steuerberaterprüfung zu stellen; dabei ist der Umfang der Körperbehinderung nachzuweisen.

Für die Bearbeitung des Antrags auf Zulassung zur Prüfung hat der Bewerber eine Gebühr von 250,- DM zu zahlen (§ 39 Abs. 1 StBerG). Dieser Betrag ist an die Landeshauptkasse Schwerin (Landeszentralbank, Hauptstelle Schwerin, Konto-Nr. 14001509, BLZ 14000000) zu überweisen.

Für den schriftlichen Teil der Steuerberaterprüfung 2000 werden als Hilfsmittel (Loseblatt- oder gebundene) Textausgaben beliebiger Verlage zugelassen, die den von den obersten Finanzbehörden der Länder festgelegten Kriterien entsprechen. Einzelheiten können dem koordinierten Ländererlass, der kurzfristig im Bundessteuerblatt veröffentlicht werden wird, entnommen werden.

Die Textausgaben sind selbst zu beschaffen und zur schriftlichen Prüfung mitzubringen. Die Textausgaben dürfen keine eigenen Anmerkungen oder Eintragungen enthalten. Unterstreichungen, farbige Markierungen und Indices sind jedoch erlaubt. Das Mitführen von Funktelefonen ist nicht gestattet.

Schwerin, den 21. Februar 2000IV 300 - S 0954 - 8/00

Finanzministerium
Mecklenburg-Vorpommern

Im Auftrag
S e i d e l

Steuerberatungsgesetz

Gleich lautende Erlasse der oberen Finanzbehörden der Länder

über die als Hilfsmittel für den schriftlichen Teil der Steuerberaterprüfung 2000 zugelassenen Textausgaben

Vom 24. Februar 2000

Für den schriftlichen Teil der Steuerberaterprüfung 2000 werden als Hilfsmittel Textausgaben (Loseblatt-Sammlung oder gebunden) beliebiger Verlage zugelassen, die mindestens die Texte folgender Gesetze einschließlich ggf. hierzu erlassener Durchführungsverordnungen und Richtlinien enthalten müssen:

- Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung, Verwaltungszustellungsgesetz,
- Erbschaft- und Schenkungssteuergesetz, Bewertungsgesetz,
- Umsatzsteuergesetz,
- Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Gewerbesteuergesetz,
- Umwandlungsgesetz, Umwandlungssteuergesetz,
- Fördergebietsgesetz, Investitionszulagengesetz, Eigenheimzulagengesetz,
- Grunderwerbsteuergesetz, Grundsteuergesetz,
- Bürgerliches Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch, Aktiengesetz, GmbH-Gesetz,
- Steuerberatungsgesetz.

Es liegt in der Verantwortung der Bewerber, dafür Sorge zu tragen, dass ihnen neben dem aktuellen Rechtsstand des Prüfungsjahres 2000 die vorgenannten Vorschriften auch in der für die Kalenderjahre 1998 und 1999 geltenden Fassung zur Verfügung stehen.

Die Textausgaben dürfen weitere Gesetzestexte und Verwaltungsanweisungen der Finanzbehörden enthalten. Leitsätze von Gerichtsentscheidungen, Kommentierungen und Erläuterungen dürfen dagegen nicht in den Textausgaben enthalten sein.

Die jeweiligen Textausgaben sind von den Bewerbern selbst zu beschaffen und zur Prüfung mitzubringen. Sie dürfen außer Unterstreichungen und Markierungen keine weiteren Anmerkungen und Eintragungen enthalten.

Dieser Erlass ergeht mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen.

Finanzministerium Baden-Württemberg

- 3 - S 095.4/28 -

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

- 3 - S 095.4 - 13 -

Senatsverwaltung für Finanzen Berlin

- S 0853 - 5/91 -

Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg

- 33 - S 0853 - 18/99 -

Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

- S 0853 - 5206 - 102 -

Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Hamburg

- 51 - S 0853 - 38/97 -

Hessisches Ministerium der Finanzen

- S 0853 A - 2 - II A 3 -

Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern

- IV 300 - S 0853 - 29/92 -

Niedersächsisches Finanzministerium

- S 0853 - 4 - 33 -

Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

- S 0853 - 7 - V A 3 -

Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz

- S 0853 A - 447 -

Ministerium für Finanzen und Bundesangelegenheiten Saarland

- B/2 - 50/2000 - S 0853 -

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

- 31 - S 0853 - 2/76 - 5740 -

Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt

- 41 - S 0954 - 14 -

Ministerium für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein

- VI 311 - S 0853 - 094 -

Thüringer Finanzministerium

- S 0853 A - 3/2000 - 204.2 -

Steuerberatungsgesetz

He

Zulassung zur Steuerberaterprüfung 2000 und zur Eignungsprüfung i. S. d. § 36 Abs. 3 des Steuerberatungsgesetzes

Der schriftliche Teil der Steuerberaterprüfung 2000 und der Eignungsprüfung findet voraussichtlich am 10. bis 12. Oktober 2000 statt. Die Voraussetzungen für die Zulassung zur Steuerberater- sowie zur Eignungsprüfung ergeben sich aus den §§ 36, 37 und 37 b des Steuerberatungsgesetzes in der Fassung vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735, BStBl I S. 1082), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung und anderer Gesetze vom 12. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3836).

Die Zulassung zur Steuerberaterprüfung oder zur Eignungsprüfung ist bei der zuständigen Landesfinanzbehörde zu beantragen. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Ort, an dem der Bewerber im Zeitpunkt der Antragstellung hauptberuflich tätig ist oder bei fehlender hauptberuflicher Tätigkeit seinen Wohnsitz hat. Bei mehrfachem Wohnsitz ist der Wohnsitz maßgebend, an dem sich der Bewerber vorwiegend aufhält.

Bewerber, die ihre Zulassung in Hessen beantragen müssen, werden gebeten, den Antrag bis spätestens

30. April 2000

an das Hessische Ministerium der Finanzen in 65021 Wiesbaden, Postfach 3180, zu richten. Der Zulassungsantrag ist formbedürftig. Ich bitte, den Vordruck rechtzeitig schriftlich anzufordern (Telefax: 0611/322485).

Bei Teilzeitbeschäftigten muss das Zeugnis die tatsächliche **und** die tarifliche oder betriebliche (allgemeine) Arbeitszeit (jeweils Wochenstundenzahl) enthalten. Ich weise in diesem Zusammenhang auf den gleich lautenden Erlass der obersten Finanzbehörden der Länder vom 12. Januar 1999 hin (BStBl I S. 151).

Für den schriftlichen Teil der Steuerberaterprüfung 2000 werden als Hilfsmittel Textausgaben (Loseblatt-Sammlung oder gebunden) beliebiger Verlage zugelassen, die mindestens die Texte folgender Gesetze einschließlich ggf. hierzu erlassener Durchführungsverordnungen enthalten müssen:

- Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung, Verwaltungszustellungsgesetz,
- Erbschaft- und Schenkungssteuergesetz, Bewertungsgesetz,
- Umsatzsteuergesetz,
- Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Gewerbesteuergesetz,
- Umwandlungsgesetz, Umwandlungssteuergesetz,
- Fördergebietsgesetz, Investitionszulagengesetz, Eigenheimzulagengesetz,
- Grunderwerbsteuergesetz, Grundsteuergesetz,
- Bürgerliches Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch, Aktiengesetz, GmbH-Gesetz,
- Steuerberatungsgesetz.

Es liegt in der Verantwortung der Bewerber, dafür Sorge zu tragen, dass ihnen neben dem aktuellen Rechtsstand des Prüfungsjahres 2000 die vorgenannten Vorschriften auch in der für die Kalenderjahre 1998 und 1999 geltenden Fassung zur Verfügung stehen.

Die Textausgaben dürfen weitere Gesetzestexte und Verwaltungsanweisungen der Finanzbehörden enthalten. Leitsätze von Gerichtsentscheidungen, Kommentierungen und Erläuterungen dürfen dagegen nicht in den Textausgaben enthalten sein.

Die jeweiligen Textausgaben sind von den Bewerbern selbst zu beschaffen und zur Prüfung mitzubringen. Sie dürfen außer Unterstreichungen und Markierungen keine weiteren Anmerkungen und Eintragungen enthalten.

Wiesbaden, den 29. Februar 2000

Hessisches Ministerium
der Finanzen
S 0853 A - 74 - II A 31

Umsatzsteuer

Bundesministerium der Finanzen

Bonn, 28. Februar 2000

IV D 2 - S 7170 - 12/00

Oberste Finanzbehörden
der L ä n d e r

Umsatzsteuer; Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 14 UStG

Die Umsätze aus der Tätigkeit der in § 4 Nr. 14 Satz 1 UStG nicht ausdrücklich genannten Heil- und Heilhilfsberufe (Gesundheitsfachberufe) können nur dann unter die Steuerbefreiung fallen, wenn es sich um eine einem Katalogberuf ähnliche heilberufliche Tätigkeit handelt. Ein Heilberuf wird durch die unmittelbare Arbeit am oder mit dem Patienten, also dem kranken Menschen, gekennzeichnet. Ausübung der Heilkunde liegt vor, wenn es sich um Tätigkeiten zur Feststellung, Heilung oder Linderung von Krankheiten, Leiden oder sonstigen Körperschäden beim Menschen handelt (s. a. § 1 Heilpraktikergesetz).

Unter Bezugnahme auf das Ergebnis der Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder gilt in Ergänzung der Regelungen in Abschn. 90 UStR 2000, unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes vom 29. Oktober 1999 - 2 BvR 1264/90 (BStBl 2000 II S. 154) und vom 10. November 1999 - 2 BvR 1820/92 - und - 2 BvR 2861/93 - (BStBl 2000 II S. 157 und S. 159) und im Lichte des Art. 13 Teil A Buchst. c) der 6. EG-Richtlinie Folgendes:

Ein Beruf ist nach Abschn. 90 Abs. 2 UStR 2000 einem der im Gesetz genannten Katalogberufe ähnlich, wenn das typische Bild des Katalogberufes mit seinen wesentlichen Merkmalen dem Gesamtbild des zu beurteilenden Berufes vergleichbar ist. Zu den wesentlichen Merkmalen gehören:

- die Vergleichbarkeit der ausgeübten Tätigkeit,
- die Vergleichbarkeit der Ausbildung,
- die Vergleichbarkeit der berufsrechtlichen Regelung über Ausbildung, Prüfung, staatliche Anerkennung sowie der staatlichen Erlaubnis und Überwachung der Berufsausbildung.

Ausreichendes Indiz für das Vorliegen einer ähnlichen heilberuflichen Tätigkeit ist die Zulassung des jeweiligen Unternehmers bzw. die regelmäßige Zulassung seiner Berufsgruppe gem. § 124 Abs. 2 SGB V durch die zuständigen Stellen der gesetzlichen Krankenkassen.

Auf die Rechtsform des Unternehmers kommt es für die Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 14 UStG nicht an. So kann auch ein in der Rechtsform einer GmbH oder GmbH & Co. KG betriebenes Unternehmen bei Vorliegen der Voraussetzungen die Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 14 UStG in Anspruch nehmen (vgl. Beschluss des BVerfG vom 10. November 1999 - 2 BvR 2861/93 -, BFH-Urteil vom 4. März 1998 - BStBl 2000 II S. 13 -).

Abschn. 88 Abs. 1 Satz 4 UStR 2000 ist insoweit nicht mehr anzuwenden. Abweichend von Abschn. 93 UStR 2000 ist es nicht erforderlich, dass alle Gesellschafter bzw. Anteilseigner die erforderliche berufliche Qualifikation aufweisen.

Die oben genannten Grundsätze sind in allen noch "offenen Fällen anzuwenden.

Dieses Schreiben steht ab sofort für eine Übergangszeit auf den Internet-Seiten des Bundesministeriums der Finanzen (<http://www.bundesfinanzministerium.de>) unter der Rubrik Fachabteilungen/Infos - Besitz- und Verkehrssteuern - als Download zum Abruf als WORD- und Textdatei (RTF) bereit.

Im Auftrag

C h r i s t m a n n

Umsatzsteuer

Bundesministerium der Finanzen

Bonn, 3. April 2000

IV D 2 - S 7329 - 10/00

Oberste Finanzbehörden
der L ä n d e r

Umsatzsteuer-Umrechnungskurse für den Monat März 2000

(1) Gemäß § 16 Abs. 6 UStG werden die Umsatzsteuer-Umrechnungskurse für den Monat **März 2000** wie folgt festgesetzt:

Euro-Referenzkurs				Errechneter DM-Wert ¹⁾	
Australien	1 EUR =	1,5827	AUD	1 AUD =	1,2358 DEM
Dänemark	1 EUR =	7,4473	DKK	100 DKK =	26,2623 DEM
Estland	1 EUR =	15,6466	EEK	100 EEK =	12,5000 DEM
Griechenland	1 EUR =	333,89	GRD	1000 GRD =	5,8577 DEM
Großbritannien	1 EUR =	0,61063	GBP	1 GBP =	3,2030 DEM
Japan	1 EUR =	102,59	JPY	100 JPY =	1,9085 DEM
Kanada	1 EUR =	1,4082	CAD	1 CAD =	1,3889 DEM
Neuseeland	1 EUR =	1,9874	NZD	1 NZD =	0,9941 DEM
Norwegen	1 EUR =	8,1110	NOK	100 NOK =	24,1133 DEM
Polen	1 EUR =	3,9460	PLN	100 PLN =	49,5649 DEM
Schweden	1 EUR =	8,3884	SEK	100 SEK =	23,3159 DEM
Schweiz	1 EUR =	1,6042	CHF	100 CHF =	121,9193 DEM
Slowenien	1 EUR =	202,7540	SIT	100 SIT =	0,9646 DEM
Tschechien	1 EUR =	35,627	CZK	100 CZK =	5,4897 DEM
Ungarn	1 EUR =	257,08	HUF	1000 HUF =	7,6079 DEM
USA	1 EUR =	0,9643	USD	1 USD =	2,0282 DEM
Zypern	1 EUR =	0,57521	CYP	1 CYP =	3,4002 DEM

¹⁾ Errechnet über den Euro-Referenzkurs in Verbindung mit dem festen Umrechnungskurs 1 EUR = 1,95583 DEM

(2) Andere Währungen sind jeweils nach dem Tageskurs umzurechnen. Davon ausgenommen sind die nationalen Währungseinheiten der EU-Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben. Allgemeine Hinweise zur Einführung des Euro ab "1. Januar 1999 enthalten die BMF-Schreiben zu den Umsatzsteuer-Umrechnungskursen für die Monate Januar bis Juni 1999 (zuletzt BMF-Schreiben vom 1. Juli 1999 - IV D 2 - S 7329 - 17/99 -, BStBl I S. 652).

Dieses Schreiben steht ab sofort für eine Übergangszeit auf den Internet-Seiten des Bundesministeriums der Finanzen (<http://www.bundesfinanzministerium.de>) unter der Rubrik Fachabteilungen/Infos - Besitz- und Verkehrssteuern - als Download zum Abruf als WORD- und Textdatei (RTF) bereit.

Im Auftrag

Christmann

Berichtigung

Berichtigung

Das BMF-Schreiben vom 14. Februar 2000 - IV A 4 - S 0062 - 1/00 - (BStBl I S. 190) ist wie folgt zu berichtigen:

1. In **Nummer 2.4.1.3 des AEAO zu § 122**, Absatz 2 Satz 2, ist die Angabe "27. März 1993" durch die Angabe "**27. April 1993**" zu ersetzen.
2. In **Nummer 3.3.4 des AEAO zu § 122**, Satz 2, ist die Angabe "BStBl II 1988 S. 42" durch die Angabe "BStBl II 1988 S. **242**" zu ersetzen.
3. In **Nummer 6 des AEAO zu § 193**, Satz 2, ist die Angabe "BStBl I S. 377" durch die Angabe "BStBl II S. 377" zu ersetzen.
4. In **Nummer 4 des AEAO zu § 196** ist die Angabe "BStBl II S. 265" durch die Angabe "BStBl II S. **440**" zu ersetzen.
5. In **Nummer 5.3 des AEAO zu § 197**, Absatz 2 Satz 2, ist die Angabe "BFH/NV S. 759" durch die Angabe "BFH/NV S. **758**" zu ersetzen.
6. Im **AEAO zu § 202**, Satz 1, ist die Angabe "10. September 1987, BStBl II 1988 S. 165" durch die Angabe "**29. April 1987, BStBl II 1988 S. 168**" zu ersetzen.
7. In **Nummer 3 des AEAO zu § 204**, Satz 2, ist die Angabe "12. Dezember 1995" durch die Angabe "**13. Dezember 1995**" zu ersetzen.
8. Im **AEAO zu § 205**, Satz 2, ist die Angabe "BFH/NV 1987 S. 87" durch die Angabe "BFH/NV 1987 S. **89**" zu ersetzen.
9. Auf Seite 253 muss die Nummerierung statt 5.2 zu § 197 richtig **5.3** lauten.

Stellenausschreibung

Bei dem **Finanzgericht Mecklenburg-Vorpommern** in Greifswald ist ab **1. April 2000** die Stelle **einer Präsidentin/eines Präsidenten des Finanzgerichts** (BesGr. R 5 BBesO) zu besetzen.

Gesucht wird eine zielstrebige, verantwortungsbewusste Persönlichkeit, die sich in der Rechtsprechung und in der Justiz- oder Finanzverwaltung besonders bewährt hat. Erwartet werden herausragende breitgefächerte Rechtskenntnisse, besonders fundierte Kenntnisse vor allem auf den Gebieten des allgemeinen Abgabenrechts, den Sachgebieten des Steuerrechts sowie des einschlägigen Verfahrens- und Prozessrechts. Verwaltungsgeschick, organisatorische Fähigkeiten und Führungsverhalten sollten im Rahmen einer Tätigkeit in einer obersten Landes- oder Bundesbehörde der Justiz- oder Finanzverwaltung erfolgreich erprobt worden sein.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Das Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern ist bestrebt, den Anteil der Frauen insbesondere in Leitungsfunktionen zu erhöhen.

Bewerbungen sind innerhalb von **drei Wochen** nach Erscheinen dieser Ausschreibung auf dem Dienstweg zu richten an:

Justizministerium
Mecklenburg-Vorpommern
Demmlerplatz 14
19053 Schwerin

Wegen der erforderlichen Bewerbungsunterlagen kann auf die Personalakten Bezug genommen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass dem Präsidialrat die Personalakten nur mit Zustimmung der Bewerberin/des Bewerbers vorgelegt werden dürfen.